BULLETIN

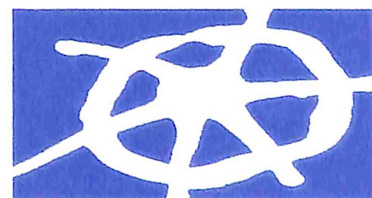
SCHRIFTENREIHE DES ZENTRUM DEMOKRATISCHE KULTUR

1 · 2000

# Zivilgesellschaft und Barbarei

## *Positionen und Akteure im Spannungsfeld zwischen Rechtsextremismus und Demokratie*

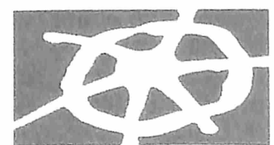




Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus · Jugendgewalt · Neue Medien

# Bulletin
# 1/2000

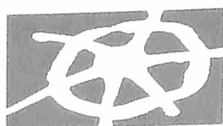
## Zivilgesellschaft und Barbarei
## Positionen und Akteure im Spannungsfeld zwischen Rechtsextremismus und Demokratie



Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus · Jugendgewalt · Neue Medien

# Inhalt







Chausseestraße 29, 10115 Berlin
Tel.: 030–283 91 26 5, Fax: 030–28 39 12 64
e-mail: info@zdk-berlin.de
www.zdk-berlin.de



Redaktion: Sylke Kirschnick, Herbert Weber
Satz: LVD GmbH, Berlin
Druck: Ratzlow Druck



* Diese Fussnoten gelten für den gesamten Artikel.


Für die großzügige Förderung der Publikation danken wir der Bernard van Leer Foundation, der Lindenstiftung und der Freudenberg Stiftung.

# Vorbemerkung

*Sylke Kirschnick*

Anfang November 2000 wurde bei einer Podiumsdiskussion im Thüringischen Eichsfeld gegen einen Aussteiger aus der rechtsextremen Szene der Vorwurf erhoben, er sei aufgrund seiner Artikel in Antifa-Publikationen lediglich von einem Extrem ins andere gestürzt. Ist Antifaschismus gleich Linksextremismus? Eine eindeutige Ablehnung nationalsozialistischer Vorstellungswelten sollte Grundkonsens einer demokratischen Zivilgesellschaft sein. Die Präambel der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« von 1948 verlautet mit deutlichem Bezug auf den Nationalsozialismus, daß die »Verkennung und Mißachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führten, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben«.

Das ist in Ostdeutschland kein Gemeinplatz. Im kommunalen Alltag wird häufig die Arbeit antifaschistischer Initiativen mit den kulturellen und politischen Hegemoniebestrebungen der rechtsextremen Szene gleichgesetzt. Diese Praxis bagatellisiert und billigt nicht nur die rechtsextremen Tendenzen, sondern diskreditiert die zivilgesellschaftlichen Initiativen selbst, sowie ihre Bemühungen, rechtsextremen Dominanzen entgegenzusteuern.

Die rechtsextreme Szene in Ostdeutschland verdankt ihren Einfluß nicht überzeugenden und akzeptablen Positionen, sondern bezieht ihre Bindungskraft aus der Schwäche der demokratischen Gesellschaft. Deshalb ist die Frage nach demokratischer Kultur, ihren Voraussetzungen und ihren Kriterien von besonderer Relevanz. Oft spaltet sich die Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene in unterschiedliche Fraktionen auf. Neben interkulturell-demokratisch orientierten Initiativen gibt es eine Reihe von Vereinen, Organisationen und Kommunalpolitikern, die in Personalunion mit der Verwaltung den Schwerpunkt ihres Handelns auf die Sozialfürsorge für rechtsextreme Jugendliche legen, ohne sich zugleich entschieden für Migranten und kulturelle Pluralität im Jugendfreizeitbereich einzusetzen. Damit unterstützen und fördern sie mitunter die Bestrebungen rechtsextremer Vereine und Kameradschaften, eine geschlossene, ethnisch-kulturell homogene Gemeinschaft auf lokaler Ebene zu etablieren.

Die vorliegende Ausgabe des Bulletins nimmt zwei zentrale Themen der öffentlichen Debatte im Sommer 2000 auf: Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Die nachfolgenden Beiträge beziehen in Statements Position, zeigen in Interviews und Berichten Problemlagen auf, porträtieren zivilgesellschaftliche Akteure und versuchen, die Situation in den neuen Bundesländern zu skizzieren. Außerdem wird die Arbeit der Weinheimer Freudenberg-Stiftung vorgestellt. Seit 10 Jahren engagiert sich die Stiftung beim Aufbau und der Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, Vereine und Projekte auch in Ostdeutschland. Ohne diese kontinuierliche Unterstützung wäre die zivilgesellschaftliche »Aufbauarbeit« – darunter die der RAAs, des Zentrum Demokratische Kultur und der Amadeo-Antonio-Stiftung – kaum zu leisten gewesen. Abschließend liefert eine grundsätzliche Reflexion über das Problem Anhaltspunkte für Überlegungen, die aus der gegenwärtigen Situation in Ostdeutschland herausführen könnten.

# »Es geht um eine aktive Politik der Unterstützung demokratischer Initiativen.«

## Rede zur Verleihung der Theodor-Heuss-Medaille 1999

*Bernd Wagner*

Liebe Frau Dr. Hamm-Brücher,

für die ehrenvolle Auszeichnung mit einer Theodor-Heuss-Medaille sage ich vielen Dank. Dass dies gemeinsam mit Uta Leichsenring, der Präsidentin des Polizeipräsidiums Eberswalde, geschieht, ist für mich und viele meiner Mitstreiter ein Zeichen der Ermutigung. Ein Zeichen, dass viele Betroffene, die Opfer von rechtsextremer Gewalt wurden oder es werden können, nicht allein stehen. Es ist gewiss noch nicht immer selbstverständlich, dass eine grundsätzliche, neue und gemeinsame Sensibilität unterschiedlicher Menschen und Professionen gegenüber den unter unser aller Augen ablaufenden historischen Vorgängen besteht, die im Alltag manchmal im Dickicht unmittelbarer Interessen verschüttet scheinen.

Ich habe in meinem Leben bisher vieles getan und über vieles nachgedacht. Eine Überzeugung hat sich lange in mir aufbauend festgesetzt: die Vorstellung unverbrüchlicher Menschenrechte. Ein Wert, der immer wieder sozialer und staatlicher Ausgestaltung bedarf, ein Wert, der nicht einmal postuliert allgegenwärtig ist. Die Regression in der Geschichte ist stark, auch in Deutschland. Ein Zeichen dafür ist, dass rechtsextreme, völkische und rassistische Ansichten und Verhaltensweisen in unserem Land zunehmen. Das ist ein Faktor, mit dem nach der Jahrtausendwende im öffentlichen Leben, im Alltag und in der Politik erheblich zu rechnen ist.

Ein Bote dessen ist völkisch und rechtsextrem begründete Gewalt. Sie hat bisher in den Jahren der deutschen Einheit zugenommen. Von Rostock und Solingen bis Guben und Cottbus zieht sich eine Blutspur durch unser Land. Es ist keine Kette von Einzelfällen, die von verirrten Jugendlichen ausgeht, »Rabauken«, wie kürzlich eine Staatsanwältin fast liebevoll meinte, denen auch mancher Wissenschaftler und Politiker einen entschuldigenden Kranz bindet.

Nicht nur diese Gewalt ist das Problem, sondern die Gedankenmacht des Völkischen, die in allen sozialen Schichten und Milieus, und nicht nur in den neuen Bundesländern, immer offener erscheint. Davon konnte ich mich vor zwei Tagen in einer Schule in Berlin wiederum überzeugen – wir haben gestern abend ja darüber geredet. Es ist mir persönlich sehr nahe gegangen, was junge Menschen dort an völkischem Gedankengut zelebriert haben: Im Beisein einer chinesischen Schülerin dachten sie laut darüber nach, wie man in Deutschland Ausländer töten müsse.

Und es geht auch nicht nur um Einstellungen und Gewalttaten, es geht um ein sich ausbreitendes Klima der Ablehnung der Menschenwürde, der Ignoranz und Intoleranz,

der Verachtung von Demokratie, ein Klima der Ausgrenzung von »Undeutschen«, von sogenannten »Zecken«, von »Kanaken«, von »Asseln«, von »Juden« usw., vor allem in der rechtsextremen Jugendszene.

Davor zu warnen – auch gegen »grossflächige Interessen« politischer Strukturen und Verwaltungen –, Fragen und Probleme im hastigen Gang der Gegenwart deutlich zu benennen, gegen verschämte oder offene Akzeptanz ethnisierenden Denkens anzugehen, Furcht und massives Leid Betroffener anzunehmen, zu zeigen, und so eine fundamentale Aktivität von Menschen für unverbrüchliche, unser aller tägliche Rechte zu befördern, war in den letzten Jahren und in verschiedenen Strukturen meine Tätigkeit. Heute in den Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule und dem dazugehörigen Zentrum Demokratische Kultur, aber auch im Mobilen Beratungsteam des Landes Brandenburg und für die Amadeu-Antonio-Stiftung.

Vielfach musste ich erfahren, dass eine solche Haltung und Tätigkeit nicht immer Verständnis findet. Im System der DDR gab es dafür kein Lob. In der Bundesrepublik ist Unsicherheit bis heute vorhanden. Manchmal besteht die Ansicht, über rechtsextreme, völkische und rassistische Tendenzen im unmittelbaren Alltag besser zu schweigen. Oder es besteht die Neigung, die Überbringer der »schlechten Nachricht« in ausgrenzender Weise zu behandeln. Mitunter denke ich, dass viele Menschen sehr darüber nachdenken müssen, welche Lehren aus der Geschichte täglich neu zu gewinnen sind. Staatsgläubigkeit und Fixierung auf Parteienmächte behindern das unablässige tägliche Engagement der Bürger in der Zivilgesellschaft. Ja, die Zivilgesellschaft kann sich im Osten Deutschlands kaum entfalten, da in sie durch Politik, Parteien und Wirtschaft in den letzten Jahren kaum ernsthaft investiert wurde.

Erst jetzt gibt es Anfänge einer Umsteuerung wie in Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Es geht um eine aktive Politik der Unterstützung von demokratischen Initiativen und nicht nur um Jugendarbeit, Repression und arbeitsmarktpolitische Anstrengungen oder das Ansprechen von Pädagogen und Eltern. Demokratische Initiative ist mehr. Sie ist Selbstorganisation, Selbstbestimmung und das Beenden von Lethargie, das Überwinden von Furcht. Sie ist auch geeignet, Minderheiten zu schützen, Ausgrenzungen anzugehen und Menschenrechte zu sichern. Sie ist eine bedeutsame Möglichkeit, in freiheitlicher Weise die gesellschaftliche Komplexität zu erkennen und Globalität nicht als vereinzelter Mensch furchtsam zu erfahren. Handeln gegen Rechtsextremismus ist Handeln für den Schutz und für die Entwicklung der Demokratie.

# Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern

*Bernd Wagner*

## Zur Sommerdebatte 2000

Der gemeine Bombenanschlag an einer U-Bahn-Station in Düsseldorf hat im Sommer 2000 zu einer längst überfälligen öffentlichen Debatte um die modernen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und Rassismus geführt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die geistigen, kulturellen, politischen, rechtlichen und ökonomischen Strukturen und die historischen Umstände, die Rechtsextremismus und Rassismus bedingen, werden seither klarer als je zuvor benannt und die Frage nach der Wirksamkeit der Demokratie und ihrer Grundwerte wird neu aufgeworfen.

In den Mittelpunkt wurde die Frage eines Verbots der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) gestellt. Mit einem Verbot würden die rechtsextremen politischen Strukturen in Deutschland geschwächt. Grundsätzlich wird aber auch ein Verbot der NPD das Problem des Rechtsextremismus in Deutschland nicht beseitigen. Rechtsextremismus als ideologisch-kulturelles Phänomen bleibt von Parteiverboten völlig unberührt. Zudem ist die Debatte zum NPD-Verbot Ausdruck für die Täterfixierung. Priorität sollte aber die Perspektive der Opfer rechtsextremer Gewalt haben.

Die Personalisierung und die alleinige Fokussierung auf das Thema Jugendgewalt verhindern eine Auseinandersetzung mit der ideologischen und strukturellen Verankerung von Rechtsextremismus in *allen* Teilen der Gesellschaft. Zugleich werden gescheiterte Rezepte der Jugendarbeit weiter politisch propagiert und die Suche nach Schuldigen und Versagern wie Eltern und Lehrer fortgesetzt. Dabei geht es bei der Frage von Rechtsextremismus und Jugend um eine integrative Jugendpolitik auf allen Ebenen und nicht nur um Jugendhilfe.

Politische Akteure betonen die Notwendigkeit von Repression und polizeilichen Maßnahmen, die zur nachhaltigen Bekämpfung von Gefahren und der Terrorabwehr unerlässlich sind. Dabei wird die Analyse des Problems aber vernachlässigt. Neben dem konsequenten Einsatz von Polizei und Justiz müssen sich alle gesellschaftlichen Gruppen für Demokratie und Menschenrechte auf allen Ebenen einsetzen. Rechtsextremisten muss deutlich gemacht werden, dass die Zeiten der Duldung ihrer menschenverachtenden Aktivitäten vorbei sind.

Häufig wird an die Zivilcourage appelliert, selten aber die Formierung einer demokratischen Zivilgesellschaft gefordert. Die Verantwortung der verschiedenen gesellschaftli-

* Der Beitrag ist die gekürzte Fassung eines gleichnamigen Artikels, der zuerst in der Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« vom 22.09.2000 erschien.

chen Akteure wird oft ausgeblendet. So fehlt eine Debatte zur Humanisierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Statt dessen wird Migration in der Öffentlichkeit unter einem Kosten-Nutzen-Kalkül diskutiert. Rechtsextremisten fühlen sich durch diesen Diskussionsverlauf in ihren Ansichten bestätigt. So lange Asylbewerber und Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Verhältnissen ausgegrenzt leben müssen, ist das Eintreten gegen Rechtsextremismus unglaubwürdig.

Erforderlich sind der Ausbau und die Stärkung demokratischer Strukturen und Aktivitäten. Wo demokratische Diskurse, Strukturen und Aktivitäten schwach ausgebildet sind, fällt es rechtsextremen Akteuren leicht, ihre Ideologien im Alltag zu verankern. Dieser Schritt macht die finanzielle und ideelle Unterstützung von Staat und Wirtschaft notwendig. Gerade die kommunale Ebene und die Schule bedürfen der professionellen Beratung im Handeln gegen Rechtsextremismus. Vorrang muss die Förderung von zivilgesellschaftlichen Basisinitiativen haben, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren. Repräsentative Politik und Exekutive sind nicht die Demokratie allein. Es geht um demokratisches Bürgerengagement im Alltag. Das ist keine Frage der Toleranz, sondern eine Frage des Respekts der Freiheit eines jeden Menschen und der Achtung vor dem Recht.

## Zur Situation in den Neuen Bundesländern

Zehn Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zeigen sich erhebliche Verschleißerscheinungen der repräsentativen Demokratie im Bewusstsein weiter Teile der Bevölkerung. Ein geistiger Aufbruch, der demokratisches Handeln und Bürgerengagement fördert, hat sich bisher nicht eingestellt. Umgekehrt intensivieren sich antidemokratische Diskurse im politischen Spektrum und im öffentlichen Bewusstsein. Dabei stehen die Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte und die Absage an die Menschenrechte im Mittelpunkt.

Die Verschlechterung der sozialen Situation und die gleichzeitige politische Hoffnungslosigkeit wird besonders im Osten Deutschlands sichtbar. Vor allem in den neuen Bundesländern ist zu beobachten, dass demokratische Werte sich im Alltagsbewusstsein breiter Bevölkerungsgruppen nicht durchsetzen können. Zivilgesellschaftliche Strukturen, die sich direkt für demokratische und menschenrechtliche Standards engagieren, sind dort kaum vorhanden. Nicht zuletzt aus diesem Defizit demokratischer Alltagskultur hat sich in den letzten Jahren mancherorts eine soziokulturelle Hegemonie rechtsextremer Werte entwickelt. Rechtsextrem orientierte, rassistische Jugendgewalt ist inzwischen zur Normalität geworden, und Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund wachsen an. Obwohl sich rechtsextreme Diskurse und Praktiken am augenfälligsten unter Jugendlichen artikulieren bzw. etablieren, ist Rechtsextremismus in Ostdeutschland kein jugendspezifisches Problem, sondern betrifft sowohl alle Altersgruppen als auch alle sozialen Schichten.

Grundlage der Gemeinsamkeit sind ein starkes Konformitätsgefühl, Fremdenfeindlichkeit und die Vorstellung biologistisch-kulturalistischer Überlegenheit des deutschen Volkes. Das ideologische Spektrum reicht bis zu einem ›national geprägten Sozialismus‹. Antikapitalistische Globalisierungskritik, gekoppelt mit Antiamerikanismus und Antisemitismus dominieren. Die Bedrohung der Rasse und Nation durch Überfremdung nehme laut rechter Theorie in den Köpfen von Teilen der Bevölkerung gemeinsam mit den anderen Bedrohungen apokalyptische Formen an, denen nur mit ›Nationalem Widerstand‹ entgegenzutreten sei. Alle als ›undeutsch‹ angesehenen gesellschaftlichen Gruppen müssen demzufolge bekämpft werden. Um ihre völkischen Diskurse und Ideologeme zu verbreiten, bedienen sich Rechtsextremisten heute sämtlicher Medien (Print, Videos, Internet etc.) und kultureller Ereignisse (Konzerte, Volksfeste, nationale Jugendarbeit). Musik, Symbole, kulturelle Codes, Mythen, eine spezifische Ästhetik und habituelle Stile bilden die Träger einer prosperierenden rechtsextremen Alltagskultur vor allem Jugendlicher.

Hinsichtlich dieser Artikulationsformen und soziokulturellen Praktiken des modernen Rechtsextremismus gibt es in Deutschland noch immer große Informationsdefizite. Die Strategie der Rechtsextremisten zielt auf die Erlangung kultureller Hegemonie ab, auf die Prägung von Alltagsmentalität und damit das Weltbild besonders von Jugendlichen.

Die relative Schwäche rechtsextremer Parteien bei Wahlen sollte nicht als Zeichen für die Stabilität der etablierten Demokratie gedeutet werden, da sich in den letzten Jahren Diskurse in der Gesellschaft verschränkt haben, die wesentlich von den politischen Vorstellungen der rechtsextremen ›Alten‹ inspiriert sind wie z. B. die Reichsidee, völkischer Kultur- und Identitätsbegriff und Überfremdungsvorstellungen. Hier gibt es eine starke ideologische Macht, deren Dimension schwer zu erfassen ist. Eine weit verbreitete Enttäuschung über die Demokratie und den Kapitalismus, ein Empfinden historischer Betrogenheit und das Gefühl Menschen zweiter Klasse zu sein, kommen zusammen. Dieses Zusammentreffen verschiedenster Faktoren wird als Anklage gegen die westdeutsche Gesellschaft formuliert, die es nicht vermocht hat, die historischen Verheißungen von ›Gleichheit und Gerechtigkeit‹ und ›blühenden Landschaften‹ einzulösen. Statt dessen soll ein als wild und kriminell empfundener Kapitalismus akzeptiert werden, der mit einer weitläufig als unfähig eingeschätzten Politik die Probleme verstärkt, soziale Gerechtigkeit nicht sichert und Zukunftshoffnung nicht zu geben vermag.

Dreh- und Angelpunkt ist in diesem Zusammenhang die sogenannte ›Ausländerfrage‹, die der ›Zukunft des deutschen Volkes‹ und der Entlastung von Kriminalität, Drogen, Gewalt und Massenarbeitslosigkeit entgegensteht. Die sozialen, politischen und kulturellen Fragen werden durch diese Anschauung prismatisch gebrochen und in der Formel ›Ausländer raus‹ zusammengefasst. Diese Formel gibt es im Alltag in verschiedenen politischen und ideologischen Verkleidungen. Die Zukunftsfragen werden an ein ethnisch-kulturelles oder gar an ein offen rassistisches Prinzip gebunden. Dies ist auch eine Tendenz in der westdeutschen Gesellschaft.

›Sturmkolonne unterm Hakenkreuz, zum letzten Kampf bereit‹, so heißt es auf der CD ›Das Vermächtnis des Führers‹ des Projektes ›Arisches Blut‹. So begreifen sich viele

Unabhängige Kameradschaften. Sie zelebrieren nach innen einen rigiden Antisemitismus getreu dem Glauben, dass die Juden der Hauptfeind der ›arischen Rasse‹ seien, die die Demokratie und den Kapitalismus an der Leine führten. Intern, manchmal offen, wird die Fortsetzung von Auschwitz gefordert, wenngleich in schizophrener Weise zeitgleich die Massenverbrechen geleugnet werden. So erhalten nazistische Skinheadgruppen wieder eine verstärkte Bedeutung. Zu nennen sind hier die bundesweit agierenden Sektionen von Blood und Honour (BundH) und der Hammerskinheads, die sehr aktiv im Verbreiten rechtsextremer Musik, dem Organisieren von Konzerten und dem Vertrieb von Szenematerial sind. In diesen Strukturen wird die Idee der weltweiten Vorherrschaft der ›Weißen Arischen Rasse‹ propagiert und ein darauf basierender internationaler Kulturbetrieb fortgeführt.

Diese Gruppierungen sind international vernetzt, mit dem Schwerpunkt Nordeuropa, insbesondere Schweden und Dänemark. Es gibt Beziehungen zur NS-Black-Metal-Szene, die in Deutschland und auch in den neuen Bundesländern zunehmend an Einfluss gewinnt. Die BundH-Gruppen sind Träger von ›Anti-Antifa‹-Aktivitäten, d. h. von gezielter Ausspähung von Feinden und der Planung und Ausführung von Aktionen gegen sie.

Der quantitative Anteil rechtsextrem-orientierter Milieus im Jugendbereich bis zum Alter von etwa 30 Jahren kann nur schwer verortet werden. Ein wichtiger Punkt ist, dass sich in den letzten drei Jahren die Orientierungen der rechtsextrem-orientierten Szenen und Milieus in Richtung germanisch-heidnischer Mythologie verbunden mit rassistischer Reichsidee deutlich verstärkt haben. Das ist gerade vor dem Hintergrund einflussschwacher christlicher Kirchen bedeutsam, zeigt sich rechtsextreme Ideologie nunmehr auch als politische Religion, die esoterische Aspekte einschließt.

Gewalt spielt in den rechtsextrem-orientierten jugendlichen Milieus eine besondere Rolle. In den letzten zehn Jahren sind in Deutschland 138 Menschen aus rechtsextremen Motiven heraus umgebracht worden[2], meist waren es ausländische Mitbürger, aber auch sogenannte »Undeutsche« und auch verfemte Rechtsextreme. Gegen wen richtet sich die Gewalt? Wer sind die ›Feinde‹? Es sind mit biologistisch aufgeladenen Ungeziefernamen und Abartigkeitsbezeichnungen stigmatisierte Gruppen, die nach einem abstrakten Merkmalskatalog definiert werden und denen konkrete Individuen dann im sozialen Umfeld zugeordnet werden.

Die ›Oberfeinde‹ sind die sogenannten ›Kanacken‹ und ›Zecken‹. Die ersten gelten als phänotypische ›Undeutsche‹, die zweiten als ›Undeutsche‹ nach Ideologie und Kultur. In jedem Fall ist ihre ›Bekämpfung‹ in den Augen der Szenevertreter moralisch legitim, weil sie als apokalyptische Verderber des ›Deutschen‹ gelten. Zu den ›Feinden‹ gehören weiter: Juden, ›Popen‹, Schwule, ›Kinderficker‹ und andere ›Abartige‹, ›Assis‹ oder ›Asseln‹, ›Mukus‹ (Multikulturelle), ›Politbonzen‹ und ›Systembullen‹, ›Freimaurer‹ und ›Illuminaten‹. Auch ›genotypisch Behinderte‹ finden als ›unwertes Leben‹ keine Gnade.

2 Nach journalistischen Recherchen unter Mitarbeit von Cordula Mäbert vom Zentrum Demokratische Kultur.

Es ist angesichts der dargestellten Feindbildpalette vorstellbar, dass in der Szene ständig Alarmstimmung herrscht, d. h. der Pegel an Gewaltbereitschaft ist enorm hoch. So ist es zu erklären, dass sogenannte ›Spontantaten‹ wie die Ermordung von Alberto Adriano in Dessau verübt werden, ohne dass es vorher Hinweise gibt. Die Täter fallen immer wieder durch Gereiztheit, Intensitätssteigerung und Borniertheit auf.

Die *NPD* versuchte in den letzten Jahre eine innerparteiliche Erneuerung durch die Öffnung in Richtung jugendlicher Milieus und nazistischer Kameradschaften. Sie entwickelte sich zu einem Dach und Schutzschild gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat. Durch die Zentrierung der Idee des Kultur- und Medienkampfes gegen die Demokratie konnte sie im Unterschied zu den anderen rechtsextremen Parteien in den neuen Bundesländern vereinzelt lokal und regional Fuß fassen, was in einigen Gemeinden zu einem erheblichen Druck gegen die Demokratie, den Staat und die Zivilgesellschaft führte. Die Trennlinien der Partei wurden im rechtsextremen Aktions- und Denkraum in ideologischer Hinsicht, so zum ›nationalistischen Marxismus‹ aber auch in Richtung Gewalt weitgehend aufgehoben, selbst wenn der Bundesvorsitzende Gewaltfreiheit versichert.

# Was ist Zivilgesellschaft?

## *Anetta Kahane*

Die Zivilgesellschaft zu beschreiben fällt außerordentlich schwer, denn in Geschichte und Gegenwart wurde die Zivilgesellschaft mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen und Erwartungen ausgestattet und ist als Begriff im Grunde nicht wirklich eine soziologische oder politische Kategorie.

Vielleicht läßt sich die Entwicklung der Zivilgesellschaft stark zusammengefaßt als ein Prozeß erklären, in dem die Individuen und gesellschaftlichen Gruppen ihre Möglichkeiten der Freiheit zwischen Staat und Ökonomie entfalteten. So unterschiedlich wie die historischen Zusammenhänge waren auch die Interessen der Akteure, die den Begriff Zivilgesellschaft gebrauchten. Ihre Gemeinsamkeit besteht wohl darin, daß sie aus unterschiedlichen Motiven doch jeweils die Ausdehnung der Rechte und der Freiheit der Individuen gegenüber der herrschenden Struktur des Staates zum Ziel hatten. Seit der französischen Revolution nun ist die Demokratie und auch die Zivilgesellschaft verbunden mit den universellen Menschenrechten, die von der Freiheit, Gleichwertigkeit und Würde aller Menschen und ihrer Assoziationen ausgehen. Auf dem Weg zu einer lebendigen Demokratie, auch durch Zeiten der Diktatur hindurch, konnte also die Zivilgesellschaft eine wichtige Dimension des Handelns im Sinne der Menschenrechte sein. Das ist aus verschiedenen Gründen wichtig, wenn man über ihre Möglichkeiten und Aufgaben nachdenkt.

Die enge Verknüpfung von Menschenrechten und Demokratie aber bleibt in der politischen Realität oft auf der Strecke. Wenn beispielsweise in einer parlamentarischen Demokratie die Mehrheit der Wahlbevölkerung eine Partei wählt, deren Politik Menschenrechte relativiert, dann können sich zivilgesellschaftliche Akteure durchaus gegen ein solches Diktat der Mehrheit in seinen konkreten Folgen wenden. Die Frage, wer nun zur Zivilgesellschaft gehört, ob z. B. grundsätzlich Vertreter der Wirtschaft oder der Politik per definitionem davon ausgeschlossen sein sollen, weil die Zivilgesellschaft außerhalb staatlicher und wirtschaftlicher Macht steht, wird in der praktischen Situation unerheblich. In der modernen Demokratie ist es gerade die Summe aller entstandenen Institutionen und Formen des zivilen Lebens, die eine komplexe Gesellschaft ausmachen. Das einzige, woran man ihre demokratische Substanz messen kann, ist ihr Handeln im Sinne des emanzipatorischen Gedankens von Freiheit, Gleichwertigkeit und Würde aller. Das Handeln ist also die Kategorie dessen, was Zivilgesellschaft bedeutet. Die Vielfalt ihrer Interessen und Konflikte allein bedeutet noch keine demokratische, emanzipatorische Potenz. Es ist vielmehr die Erfahrung, daß nur eine grundsätzliche Gleichwertigkeit im Konflikt die Freiheit und Würde der Menschen sichern kann. Dieser Anspruch läßt sich nicht grundsätzlich gegen oder für den Staat formulieren. Demokratisches Handeln kann sich in bestimmten Konstellationen schützend vor den Rechtsstaat stellen oder, wie in vielen anderen, ihn angreifen. Und manchmal ist beides gleichzeitig nötig.

Ein engagiertes Eintreten für die Rechte von Minderheiten wird häufig als Zivilcourage bezeichnet. Sie bezieht sich aber auf das Verhalten einzelner Personen, sie ist nicht oder noch nicht zu einer gesellschaftlichen Kultur oder einer moralischen Instanz herangewachsen. Zivilcourage gab es auch in Zeiten der Barbarei, z. B. während des Nationalsozialismus, doch fehlte die zivile gesellschaftliche Kultur, die in sich selbstverständlich die bürgerliche Errungenschaft der Menschenrechte verkörpert. Zivilcourage reicht also nicht, denn sie individualisiert ein Handeln, das Basis des Gemeinsinns sein sollte. Der Manager eines Unternehmens kann auf der Straße Zivilcourage zeigen, wenn dort jemandem Gewalt angetan wird. Das allein macht ihn noch nicht zum Teil einer Zivilgesellschaft. Wenn er aber in seinem Unternehmen dafür sorgt, daß neben den Standards einer betrieblichen Gerechtigkeit beispielsweise dem Rassismus, egal wie und wo er sich äußert, eine klare Haltung entgegengesetzt wird, dann sorgt er für eine Kultur der Zivilität, die sich über die Ansichten seiner eigenen Person hinaus verbreiten kann.

Wenn auch die Gesellschaft ihr spontanes Handeln in eine Art verläßlichen Prozeß entwickeln kann und als normative Größe wirkt, dann bleibt die Zivilcourage keine einzelne Tat, sondern wird zu einem Teil dessen. Dabei können Unternehmer, obwohl sie zum sozialen Konfliktpotential der Gesellschaft gehören, einen ebenso wichtigen zivilgesellschaftlichen Beitrag im Handeln leisten wie Vertreter von Gewerkschaften, Kirchen oder anderen vermittelnden Institutionen. Denn eines ist klar: Den guten Ort der gesellschaftlichen Innovation gibt es nicht. Weder die Belegschaft in Betrieben noch die Arbeiterklasse als Kategorie noch die unterdrückte Dritte Welt verkörpern per se das Fortschrittliche in sich – ebensowenig wie die Zivilgesellschaft. Man kann, und das ist die Schwierigkeit, Menschen nicht absprechen, in diesem Sinne zu handeln oder sich zu verweigern, nur weil sie einen bestimmten sozialen, politischen oder ökonomischen Ort repräsentieren. Es gibt Unternehmen oder Vertreter von Parteien und Verbänden, die so handeln, und es gibt solche, die es nicht tun. Die Zivilgesellschaft ist in höchstem Maße inkonsistent, und es braucht viele Bedingungen und Strukturen, damit aus der Masse von Bürgern mit unterschiedlichsten Interessen und Motiven citoyens werden, die eine demokratische Kultur und deren Standards zu verteidigen bereit sind. Dennoch wird nur in der lebendigen Zivilgesellschaft immer wieder die Öffentlichkeit für menschenrechtliche Themen hergestellt und durch alle gesellschaftlichen Schichten hindurch der Prozeß des gesellschaftlichen Diskurses neu angeregt. Im Grunde kann man sagen, daß Zivilgesellschaft in allen ihren Dimensionen bis heute ständig um die Ausformung von Menschenrechten ringt: durch Individuen in ihrer Freiheit und Gleichwertigkeit, durch vermittelnde Organisationen, durch NGO's und die demokratische, kritische Öffentlichkeit.

## Besondere Grenzen der Zivilgesellschaft in Transformationsgesellschaften

Das alles gilt natürlich nur in einer Demokratie, in der die Zivilgesellschaft trotz aller Inkonsistenz ihr menschenrechtliches Handeln erproben konnte, Strukturen gefunden und, mit einigem Glück, sogar eine mehr oder weniger solide Kultur normativer Werte hervorgebracht hat. Der Begriff Zivilgesellschaft hat aber in der jüngsten Geschichte eine Renaissance durch die Bürgerbewegungen in Osteuropa vor dem Zerfall der sozialistischen Staaten erfahren. Die verschiedenen oppositionellen Gruppen gegen die diktatorischen Regimes bezeichnete sich selbst als Zivilgesellschaft und wurden auch vom Westen aus so betrachtet. Doch war die Gegnerschaft zum Kommunismus in den Nischen und Gruppen sehr unterschiedlich. Die Vermutung, sie wären allein durch ihre innere antithetische Bindung an den undemokratischen, kommunistischen Staat a priori demokratisch und damit auch menschenrechtsorientiert, ist eine zu kurze Schlußfolgerung. Neben den libertären, humanistischen und häufig populären Vertretern dieser Opposition gab es auch starke Gruppen, die keineswegs die Freiheit, Würde und Gleichwertigkeit aller zum Ziel hatten. Diese Gruppen sind nicht erst nach der Wende nationalistisch und völkisch geworden. Sie waren es bereits vorher und konnten unter den Bedingungen der post-kommunistischen Gesellschaft zu demokratiefeindlichen sozialen Bewegungen heranwachsen. Die Krisen und Gefährdungen der demokratischen Entwicklung in Osteuropas Transformationsgesellschaften wurden vom Westen her durchaus wahrgenommen, und es war klar, daß der Entwicklung der Zivilgesellschaft viel Aufmerksamkeit und Förderung entgegengebracht werden mußte. Dies ist auch ausgiebig geschehen. Neben der Errichtung rechtsstaatlicher Strukturen wird noch immer intensiv in den Aufbau demokratischer Organisationen und zivilgesellschaftlicher Initiativen investiert. Die Schwierigkeiten hierbei und die Komplexität

der Aufgaben sind offenbar und werden von allen Beteiligten anerkannt.
Auch im Osten Deutschlands sind alle Charakteristika einer Transformationsgesellschaft zu finden. Diese Tatsache wird leicht übersehen, denn der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik hat viele Aspekte davon praktisch unsichtbar gemacht. Weder war die Gründung von Parteien nötig mit all den Schwierigkeiten, die dabei entstehen, noch mußten andere Kinderkrankheiten überwunden werden, die auf dem langen Weg der Reformen mitunter virulent ausbrechen. Alles, die Parteienstruktur, Verwaltung, Bildungssystem, Wirtschaft und Gesetzgebung sind vom Westen auf den Osten übertragen, die Koordinaten der vorhandenen Systeme einfach verlängert worden. So konnte sehr rasch mit einem funktionierenden Bild gerechnet werden. Was aber unterhalb dieser formellen Angleichung geschah, fand zunächst keine Beachtung. Die Wahlergebnisse differierten kaum von denen im Westen, und die Umstellung aller Strukturen läßt sich nur als logistische Meisterleistung bewerten.
Doch gerade dies behinderte die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Die einfachste pädagogische Methodik geht davon aus, daß es ohne das eigene Bemühen über Erfolg und Mißerfolg hinweg keine Erfahrung, keine Identität und kein Lernen gibt. Die gigantische Abwicklung der akademischen Schichten der DDR – in der Mischung aus ideologischer Abrechnung und schlichter Verdrängung aus Gründen der Konkurrenz auf dem gerade entstandenen Arbeitsmarkt neue Bundesländer – hat den nötigen Prozeß des aktiven Lernens verhindert. Die engagierten Teile der Bevölkerung, die sich in der DDR und in der Auseinandersetzung mit ihr um humanistische Werte bemühten, hatten weniger Möglichkeiten als vergleichbare Schichten in Polen, Tschechien oder Ungarn, an der Umgestaltung der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens teilzuhaben. Auch viele derjenigen, die sich in den Nischen und vorpolitischen Räumen gegen den absoluten Anspruch des Staates versammelt hatten, sahen in der Wende zunächst nur eine enorme Projektionsfläche für Möglichkeiten ohne wirkliche und eigene Visionen.
Da sich alles gleichzeitig entwickelte, wie die Zerstörung und Umstrukturierung der Wirtschaft, der Aufbau parlamentarischer Parteiensysteme und der Verwaltungen etc., und dies in westdeutschem Besitz, nach dem westdeutschen Vorbild und mit westdeutschen Vorgesetzten, blieb Eigenes überschattet und wurde absorbiert. Dies galt in vielen Fällen auch für die wenigen Vertreter der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Das entstandene System wurde zu Recht als politischer Kapitalismus empfunden, dem natürlich bis heute ein starker antikapitalistischer Impetus entgegengebracht wird. Auch das trug zu Apathie, Zynismus und zur Ablehnung des demokratischen Gesamtsystems bei.

## Perversionen der anti-staatlichen Zivilgesellschaft in rechtsextremen Umfeldern und Ost-West-Dichotomie

Die autoritäre, kollektive Substanz der DDR-Gesellschaft, selbst in ihrem Widerstand gegen das Regime und die Fremdbestimmung bei der Transformation, hatte auch schon vor der Wende ein Gemeinschaftsgefühl bestärkt, das sich nationalistisch und ethnisierend aufladen konnte und nach der Vereinigung zu einer sozialen Bewegung gegen Ausländer heranreifte. Das antikapitalistische Element steht dazu in keinerlei Widerspruch, es symbolisiert auf geradezu leidenschaftliche Weise die Ablehnung einer offenen Gesellschaft. Um das Kollektive zu erhalten, auch gegen soziale Ausdifferenzierungen, die bald nach der Wende eintraten, entstand eine Abwehr der drohenden Auflösung früherer Homogenität, eine Abwehr gegen das Fremde. So brachen auch die wenigen Möglichkeiten zusammen, aus den eigenen Reihen eine Zivilgesellschaft hervorzubringen, und damit verringerten sich die Chancen, gegen die völkischen Stimmungen zivilgesellschaftliche Barrieren aufzubauen. Es gehört aber zu den in sich logischen Lebenslügen der deutschen Wiedervereinigung, diesen Vorgang vom Westen her nicht zu bemerken. Er wurde bagatellisiert und auf eine Art mehr oder weniger sympathischer Ostfolklore psychologisiert. Auch die Gegenprojektion aus dem Westen blieb nicht aus, die alle eigenen Probleme mit Rassismus nun auf den Osten verschieben konnte. Selbstverständlich entstand auch im Osten ein gesellschaftliches Leben. Nur ist ohne genauen Blick darauf kaum zu erkennen, ob es auch zivilgesellschaftlich genannt werden kann.
Die Strategie der kulturellen Subversion, einst entwickelt von Antonio Gramsci im revolutionären Kampf um die Umwertung aller Werte im Sinne der kommunistischen Idee, wurde schon vor Jahren von Rechtsextremisten in Deutschland aufgegriffen und konnte unter den Bedingungen der Transformationsgesellschaft in den neuen Bundesländern besonders erfolgreich angewandt werden. In einem ausgedehnten Flickenteppich informeller Bezüge und Interaktionen hat sich gerade in Ostdeutschland eine kulturelle und politische Landschaft rechtsextremer Organisationsformen und Werte gebildet, die selten als gesellschaftliche Gefahr gesehen wird. Die Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit konzentriert sich ausschließlich auf Wahlergebnisse, die der zuständigen Organe wie der Verfassungsschutz auf die Zahlen bekannter Mitglieder verfassungsfeindlicher Organisationen und Parteien. Das dichte Netz aus völkischen Stimmungen, autonomen Kameradschaften und anderen Organisationsformen, rechtsextrem dominierten kulturellen Bildern, Szenelandschaften und Lifestylebewegungen besonders unter Jugendlichen gerät nur dann kurzzeitig in den Blick, wenn brutale Gewalttaten gegen Ausländer unter den Augen einer vollkommen indolenten Bevölkerung bekannt werden. Das gesellschaftliche Leben kann unter diesen Umständen, da es ja auch zwischen den skandalösen Ereignissen stattfindet, durchaus schon die Charakteristika einer – wie Bernd Wagner sie nennt – »Kontrastgesellschaft« angenommen haben. Sie ist ebenso wie die Zivilgesellschaft an ihrem Handeln zu messen, und ebenso

wie sie kann die Kontrastgesellschaft staatliche oder wirtschaftliche Strukturen für ihre Zwecke nutzen. Ihre Koordinaten sind nicht die Freiheit, Gleichwertigkeit und Würde aller, unabhängig von deren Staatszugehörigkeit und ihrem ethnischen, kulturellen oder religiösen Hintergrund, sondern das Bekenntnis zur ethnischen Nation, das Freiheit und Würde betont unter expliziter Ausgrenzung aller, die nicht den ariosophischen und biologistischen Kriterien der Überwertigkeit des Deutschen entsprechen. Damit sind also in erster Linie rassistische Ansichten verbunden, doch bezieht sich diese Haltung auch auf diejenigen, die sich eindeutig für die Gleichwertigkeit aller einsetzen.

Das westliche mangelnde Interesse am Osten, die Gleichgültigkeit gegenüber der rechtlichen und moralischen Grundregel des Minderheitenschutzes, die Ambivalenz, mit der die Entwicklung des Ostens betrieben und ihre Folgen betrachtet werden, hilft den wenigen zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort nicht. Sie müssen mit ansehen, wie allein die Formen gesellschaftlichen Lebens von der Freiwilligen Feuerwehr bis hin zur Frauenvereinigung oder dem Tauschring als deren Inhalt genommen werden und wie vollkommen abwesend der Wunsch zu sein scheint, sich auch in Ostdeutschland um eine Gesellschaft zu bemühen, die Antisemitismus und Rassismus als schlimmstes Produkt deutscher Geschichte und Kultur zu überwinden vermag.

Eine Hermeneutik würde voraussetzen, daß, wenn nicht der Geist, so doch der Hintergrund einer Zeit hervortritt, vor dem sich die größten Probleme abzeichnen. Überall in Europa drohen der Demokratie von zwei Seiten her Gefahr: durch soziale Ausgrenzung und durch die Ethnisierung von Konflikten. Wie dem entgegengewirkt werden kann, hängt neben grundsätzlichen Fragen des Erhalts von Sozialstaatlichkeit auch davon ab, nach welchen sozialen Vorstellungen und kulturellen Bildern in Zukunft der Zusammenhalt auf lokaler Ebene organisiert wird. Besonders im Osten Deutschlands scheint es aber so zu sein, als lebe man in einer Art geschichtsfreiem Raum, so als wäre mit der DDR ein Zeitsprung geschehen, in dem man die Aufarbeitung des Nationalsozialismus als eine reale und persönliche Dimension von Wirklichkeit vergessen hätte. Und der Westen hält mit seinen politischen und häufig auch gesellschaftlichen Signalen an dem Widerwillen fest, nunmehr hier das Trauma deutscher Geschichte anzugehen. So ist es kaum verwunderlich, daß die rechtsextreme Alltagskultur unter Jugendlichen mit Duldung durch die Erwachsenen als reale Demokratiefeindlichkeit praktisch ausgeblendet wird.

## Faktoren, die Rechtsextremismus fördern

Welches sind die Gründe für den Rechtsextremismus im Osten, lautet vor dem Hintergrund immer neuer Meldungen über völkische Stimmungen und Gewalt eine häufig mit Verwunderung gestellte Frage. Den Faktoren, die solche Entwicklungen begünstigen, hat sich, neben praktischen Erfahrungen auch die Wissenschaft aus sehr unterschiedlichen Perspektiven zugewandt. Einige wichtige Ansätze seien hier kurz geschildert.

1. Die Orte von **Sozialisation** beschränken sich nicht allein auf Erziehungsinstanzen. Wenn Schule oder Elternhaus, gleich ob im Osten oder Westen, von Enge und Rigidität bestimmt sind, dann ist es nicht unerheblich, ob es darüber hinaus andere Möglichkeiten für Partizipation und politische Willensbildung gibt. Das gemeinsame Erbe in Ost und West ist die Zeit des Nationalsozialismus, die fehlende demokratische Tradition in der deutschen Geschichte und damit auch in den Sozialisationsinstanzen. Sie kann sich auch unter den Bedingungen einer Rechtsstaatlichkeit nur langsam entwickeln. In der DDR mit ihrer demokratie- und individualitätsfeindlichen Grundideologie war dies in den Schulen und Jugendeinrichtungen nur sehr partiell möglich. Die Kategorie menschenrechtlicher Bindung von Werten wurde in der DDR politisch in allen Dimensionen öffentlichen Handelns bekämpft. Bei aller Kritik am Schulsystem des Westens, das sich auch nur schwerfällig Reformen öffnete, gab es in der DDR-Schule und ihrem Umfeld kaum eine Chance, etwas anderes als autoritäre, kollektiv- und konformitätsorientierte Erziehungsmodelle anzutreffen. Eigeninitiative, Individualität, Konfliktfähigkeit und Kreativität gehörten hier erklärtermaßen nicht zu den angestrebten Tugenden, im Gegenteil. Zugunsten solcher Werte wie Kollektivität, Ordnung, Fleiß, Sauberkeit, Disziplin kam es in Schulen, Familien und in der Öffentlichkeit bei abweichendem Verhalten Einzelner häufig zu Erfahrungen von Ausgrenzung und Sanktionen. Das innere wie das äußere Gerüst der DDR beruhten insgesamt auf einer kollektiven, autoritären Struktur, in der es im Gegensatz zum Westen keine nennenswerte alternative Sozialisationsmöglichkeit gab. Dies konnte mit der Wende nicht einfach überwunden sein. Solche Art Sozialisation aber behindert die Entwicklung von interkultureller, demokratischer und emphatischer Kompetenz gegenüber Minderheiten.
2. Unter den Bedingungen hoher sozialer Spannung wie **Arbeitslosigkeit** und allgemeiner sozialer Unsicherheit ist es generell schwieriger, für ein Klima der Anerkennung und des Respekts von Minderheiten zu sorgen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß Rechtsextreme selbst arbeitslos sind, eine direkte Korrelation von Arbeitslosigkeit und Einstellung ist nicht nachzuweisen. Selbst wenn von Migranten und Ausländern keine reale Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ausgehen kann, wie in den neuen Ländern mit ihrem niedrigen Anteil an Zuwanderern, werden sie als Bedrohung der eigenen sozialen Situation gewertet. Unter den Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit verstärkt sich auch der ohnehin vorhandene Anpassungsdruck auf Arbeitnehmer, die besonders in Betrieben mit einem hierarchischen Klima nicht zu solidarischen Einstellungen ermutigt werden. Soziale Spannungen bergen häufig vor dem Hintergrund einer abwehrenden Tradition im Umgang mit Minderheiten die Gefahr von Schuldprojektionen.
3. Der Mangel an **Aufarbeitung der NS-Zeit** im familiären und lokalen Umfeld und die faktische Abwesenheit eines Diskurses darüber haben in Ostdeutschland dazu geführt, daß Antisemitismus und Rassismus seit dem Ende des Krieges gewissermaßen überwintern

konnten. Durch seine eingeengte, ideologische Faschismustheorie, die die Ursachen für die Machtübernahme durch Hitler vor allem aus dem Interesse des Monopolkapitals beschreibt, exkulpierte sich das DDR-System selbst, als es mit der Abschaffung des Kapitalismus die Wurzel allen Übels für »ausgerottet« erklärte und in der halbherzigen Entnazifizierung in der Bundesrepublik den Beleg sah, daß nunmehr dort sowohl die verantwortlichen Verbrecher als auch die Strukturen vorzufinden seien. Diese Form der Externalisierung hat eine offene Auseinandersetzung über andere Ursachen von Antisemitismus und Rassismus auch innerhalb der DDR vollkommen blockiert. Die Staatsideologie und ihre autoritäre Form, die »Ziviles« als bürgerliche Anfechtung und reale Bedrohung empfand, war in ihrer Feindschaft gegen Individualität selbst zutiefst rassistisch. Viele der antisemitischen und rassistischen Stereotypen blieben damit trotz der internationalistischen Emphase der Ideologie in verschiedenen kulturellen und sozialen Bildern verborgen und erhalten. Sie entfalten erst jetzt nach der Wende ihre ganze Virulenz. Die Auseinandersetzung mit der autoritären, strukturellen Abwehr menschenrechtlicher Werte in der DDR muß also ebenso zum Teil aktiver Auseinandersetzung der Nachwendegeneration werden.

4. Die Krise der Wiedervereinigung traf auch in eine Zeit wirtschaftlicher Umstrukturierung weltweit. In den neuen Ländern geschah dies in einer Situation allgemeiner **Anomie**. Sämtliche Lebensumstände, viele Elemente des Alltags und alle Strukturen von Verwaltung, Politik und Wirtschaft veränderten sich, während die neuen kaum eine vergleichbare Form gewohnter Sicherheit vermitteln konnten. Modernisierungskrisen und Anomie rufen häufig das Bedürfnis hervor, durch einfache und autoritäre Muster der entstandenen Komplexität zu begegnen. Gewinner und Verlierer von Modernisierung und Wende neigen gleichermaßen dazu, Migranten als Bedrohung abzuwehren. Intransparenz, Korruption und Inkonsistenz in der Parteienpolitik haben obendrein insgesamt zu einem hohen Maß an Ablehnung des demokratischen Systems geführt. Die Vorstellungen darüber, was demokratische Kultur überhaupt sein kann, fehlen vollkommen.
5. Die Themen und die Art und Weise, wie **Diskurse** geführt werden, haben einen erheblichen Einfluß auf das Einstellungspotential der Bevölkerung. Dies gilt für den Stammtisch und die lokalen opinion leaders ebenso wie für Diskurse über die Medien und durch die Politik. Dabei wirken die Krisen der demokratischen Systeme wie eine Art Motor, auf denen Bewertungen transportiert werden. Populistische, ethnisierende und nationalistische Elemente besonders in der Innen-, Sicherheits- und Ausländerpolitik wirken in der Regel als Generatorthemen für rechtsextreme Kreise. Die Betonung der rechtlichen und strukturellen Ungleichheit von Ausländern gehört ebenfalls dazu. Auch die allgemeine Kultur der Diskurse, ihre Verläufe, der Wahrheitsgehalt und ihr Stil beeinflussen die Immunität gegenüber rechtsextremen Haltungen.

Keinem der genannten Faktoren kann ausschließlich oder dominierend das enorme rechtsextreme Potential im Osten zugeschrieben werden. Sie alle wirken gleichzeitig und auf allen Ebenen des Alltags. Sowohl in der Schule als auch zu Hause. Sowohl im eigenen Umfeld als auch in der kommunalen Realität. Sowohl in den Medien als auch im Klub oder in der Kneipe. Einzelne Elemente davon finden sich auch im Westen allemal. Nur mutet die östliche Situation an wie der Test in einer Modezeitschrift: Die Summe aller Punkte ergibt einen determinierten Charakter. Summarisch allein kann dies jedoch nicht erklärt werden. Auf die Widerstandskraft einer zivilen Gesellschaft – die ein Gegengewicht bilden und das Gesamtbild mildern sollte – kann hier kaum gerechnet werden, denn sie ist im Osten rudimentär. Und die emotionale Last der Wiedervereinigung, die im Osten eine große Rolle spielt, vermindert diese Resistenz noch weiter. Mit anderen Worten: Der Rechtsextremismus als starke bis dominante Kultur ist im Osten deshalb so gefährlich, weil alle Faktoren zusammenkommen, die Kraft der Zivilgesellschaft fehlt und die Folgen der Vereinigung den Osten in Selbstwahrnehmung und kritischer Distanz blockieren.

## Zivilgesellschaftliche Initiativen und ihre Aufgaben

Das Ergebnis einer solchen Analyse kann in neuen Aufgaben münden. Unter den gegebenen Bedingungen ist dies ebenso wichtig wie schwierig. Ein großer Teil der Schwierigkeit wird darin bestehen, daß mit heftiger Abwehr auf Fragen der Demokratieentwicklung zu rechnen ist. Deshalb sind diejenigen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die es bereits gibt, unbedingt zu stützen. Es muß deutlich werden, daß die Ziele eines auf Menschenrechte orientierten Handelns keinesfalls in der Stigmatisierung von Regionen und Akteuren liegen, sondern in den Chancen, die insgesamt Partizipation und demokratisch organisierte Communities eröffnen. Eine Quelle zur Lösung dieser Aufgaben ist die präzise Betrachtung des Demokratischen. Ebenso notwendig wie die Übertragung der Demokratie als hochformalisiertes, gegenseitiges Verfahren unter den strikten Bedingungen der Gleichwertigkeit ist es, die Demokratie als kulturellen Ansatz in den neuen Ländern zu fördern und in den alten Ländern zu verteidigen.

Das Konzept der Polis ist dabei jedoch kein guter Ratgeber. Im Gegensatz zu den Idealen der Französischen Revolution, deren Gleichwertigkeitsgebot sich erst langsam und konfliktreich den Fragen des Kolonialismus und des Feminismus zugewandt hat, mutet der Bezug auf die Polis im Demokratiediskurs heute eher elitär an. Die Publikationen der Rechten feiern nicht von ungefähr dieses Konzept, denn es enthält wohl direkte Partizipation, nicht aber die Gleichwertigkeit aller. Damit wird antithetisch eine entscheidende Aufgabe demokratischen Handelns beschrieben: innerhalb einer Volksgemeinschaft liegt in der Partizipation für sich allein kein Wert, auch nicht im Handeln von Bürgerstiftungen.

Wenn der Ausschluß ganzer Gruppen und damit die Verletzung von Gleichwertigkeit nicht beachtet wird, so entsteht Partikularismus. Übersieht man dies, so kann vor unseren Augen das scheinbar Selbstverständliche in allen Handlungsdimensionen verschwinden. Das ist besonders in sol-

chen Gemeinwesen verheerend, wo Rechtsextremismus und völkische Einstellungen, die breite Kreisen erfaßt haben, kaum mehr direkter Gewalteinwirkung bedürfen. Dort herrscht insgesamt ein Klima vor, in dem die als nicht gleichwertig betrachteten Gruppen wie Ausländer oder Andersdenkende keine öffentliche Präsenz zeigen können. Wenn sich also die normative Kraft eines solchen Klimas mit dem »Übersehen« des menschenrechtlichen Grundstandards paart, kann sich unterhalb der politischen Wahrnehmung eine »national befreite Zone« etablieren. Demokratie wird dann gemeinhin auf Parteienpolitik reduziert, und die öffentliche Wahrnehmung beschränkt sich nurmehr auf Wahlergebnisse. Doch die Tatsache, daß der gewählte Bürgermeister der SPD oder CDU angehört, ist längst nicht der Garant dafür, daß die wesentlichen Kriterien demokratischen Handelns gewahrt werden. Viel stärker noch als im Westen bewegen sich Vertreter politischer Parteien im Osten unabhängig von deren jeweiliger Ethik sorglos auf dem Terrain populistischer nationalistischer oder gar rassistischer Einstellungen.

Auch hinter dem, was vorgibt, die Entleerung von allem Politischen zu sein, können sich verstärkt völkisch-nationalistische Aktivitäten sammeln. Wenn z. B. Jugendeinrichtungen von Rechtsextremen dominiert werden und Sozialarbeit dies offensiv rechtfertigt, wenn Rechtsextreme einen eigenen Verein gründen, selbst Träger einer solchen Einrichtung werden und von der Kommune eingeladen werden, im Jugendhilfeausschuß mitzuarbeiten, sind diese Vorgänge auch gesetzeswidrig. Oder wenn, wie in einem anderen Fall geschehen, nach wiederholten Angriffen auf Asylbewerber die Reaktion der Kommune darin besteht, die Opfer auf die Hausordnung des Heims hinzuweisen und öffentlich Überlegungen darüber anzustellen, ob nicht generell nach 22 Uhr der Ausgang aus Asylbewerberheimen verwehrt werden sollte, dann verstößt dies nicht gegen Anstandsregeln allein.

An der Stelle muß die Aufgabe darin liegen, auf eine pädagogisierende Behandlung politisch Verantwortlicher zu verzichten und vielmehr darauf zu bestehen, sie als Teil des demokratischen Rechtsstaates auf ihre Pflichten gegenüber allen Bewohnern ihrer Kommunen mit Nachdruck hinzuweisen. Andere Aufgaben ergeben sich aus den Rechtsextremismus befördernden Faktoren, denn sie deuten auf weitere wichtige Akteure. Die Sozialisation wird im direkten Sinne von Eltern, Lehrern und Sozialarbeitern geleistet. Hier gibt es bereits viele Beispiele guter, innovativer Praxis, die sich nicht auf nur einen Lebensbereich Jugendlicher beschränkt. Beim Abbau von sozialer Spannung sind Politik, Unternehmen und vor allem Gewerkschaften gefragt. Soziale Inklusion und politische Forderungen nach einer gerechten Gesellschaft sind ebenso wichtig wie Bildung und Ausbildung von Mitarbeitern und Jugendlichen. Die Frage der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ist ein Thema für Initiativen der politischen Bildung, der Schulen, Gedenkstätten und der Kommunalpolitik. Anomieprobleme hängen auch stark mit der Qualität regional- oder kommunalpolitischer Gesamtkonzepte zusammen. Hier ließe sich auf der Praxisebene durch Partizipation von Bewohnern, aber auch durch strukturelle Reformen einiges erreichen. In den Diskursen schließlich können opinion leaders in allen Bereichen der Zivilgesellschaft positive Impulse geben. Auf allen genannten Ebenen können in diesem Sinne gute und sinnvolle Projekte entwickelt werden.

Der Artikel wurde entnommen aus: »Community Foundation – ein Kinderspiel«, Interkulturelle Beiträge Jugend & Schule No.5, RAA Berlin (Hrsg.), Berlin, 1999

# Zivilgesellschaft und Barbarei

*Anetta Kahane*

Der Rechtsextremismus in Deutschland lässt sich nicht nur an seinen Gewalttaten messen. Vielerorts herrscht schon brauner Frieden, existiert eine völkische Demokratie. Lange wurden die Diskurse in Deutschland von einem Begriff beherrscht, dem man trotz aller Versuche der Auslotung nie recht auf den Grund zu kommen schien: dem Begriff der Zivilgesellschaft. Sie stand ganz oben auf der Hitliste theoretischer Erwägungen über den wahren Ort des Guten. Nun, da der Kampf gegen Rechtsextremismus plötzlich Konjunktur hat, sind andere Dinge gefragt, und die Queen of Pop ist tot. Jetzt dominiert eine Wortverwandte das Geschäft, deren leuchtende Gestalt dem deutschen Hang zum Hellenischen wohl eher zu entsprechen scheint: die Zivilcourage. Wenn nur jeder Einzelne dem rechten Gewalttäter heroisch in den Arm fiele, dann wäre alles wieder gut. Eine zivile Gesellschaft aber ist aus der Logik ihrer Entwicklung diejenige Gruppe von Menschen, die nach und nach jene immer klarer präzisierten Rechte und Freiheiten der Individuen gegenüber der jeweils herrschenden Macht erkämpfte. Die Ausformung von entsprechenden Gesetzen war also auch das Produkt einer überparteilichen Verständigung, die Vertreter großer Institutionen wie Kirchen und Gewerkschaften ebenso einschloss wie NGO's oder Unternehmen. Ihre Motive mögen dabei sehr verschieden gewesen sein, der Druck von Moral und Vernunft jedoch hat gemeinsames Handeln über Interessenunterschiede hinweg ermöglicht. Das »Zivile« ist von jeher das Gegenteil von Barbarei, und der Diskurs darüber, was barbarisch ist, hat sich historisch Schritt für Schritt entwickelt.

Man stelle sich vor, es gäbe heute solch eine potente Gruppe von Menschen, die bereit ist, sich den Fragen zu stellen, die der Rechtsextremismus aufwirft, die den vorliegenden Analysen traut und fähig ist, Fehler der Vergangenheit auch als solche zu erkennen. Also keine konfliktfreie Promizone, vielleicht sogar noch unter der Ägide des Innenministeriums, sondern Menschen, die das angewachsene Ausmaß an Barbarei auch als solches begreifen. Sie würden verstehen, dass Rechtsextremismus längst nicht nur an seinen Gewalttaten zu messen ist, sondern dass vielerorts brauner Frieden herrscht. Sie würden offen sagen, dass es hier in Deutschland Regionen gibt, in denen sich eine völkische Demokratie entwickeln konnte. Eine Demokratie

* Der Beitrag ist zuerst in der taz vom 8. 8. 2000 erschienen.

mit Parteien, Verwaltung und öffentlichem Leben, die in Kauf nimmt, dass die »undeutschen« Minderheiten ein Leben in Angst führen und in ihrem Alltag Schikanen und Terror ausgesetzt sind. Sie würde nicht dem Prinzip »steriler Aufgeregtheit« folgen, von dem schon Max Weber wusste, sondern einer Verantwortungsethik. Eine solche Gruppe von Personen aus Verwaltung und Politik, aus Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen, aus antirassistischen Initiativen und NGO's würde also zusammenrücken und ernsthaft nachdenken. Sie würde sich anschauen, was geschehen ist, und sie würde fragen, was nützt und was nicht. Sie würde sich bei aller gebotenen Eile Zeit nehmen. Ihr Blick wäre selbstverständlich nicht allein auf die Nazis fixiert, sondern zuerst auf die Opfer und deren Situation. Die Aufhebung ihrer gesellschaftlichen Missachtung, besonders die der Flüchtlinge und Zuwanderer, ihre Anerkennung wäre die allererste und logische Folgerung. Dem Zustand der Demokratie und der demokratischen Kultur käme dann als nächstes Aufmerksamkeit zu.

Die politischen Folgen wären verheerend: der Bruch aller Tradition. Kein hektisch-hysterisches Suchen nach dem Knopf, mit dem man »das« schnell abstellen kann, um weiterzumachen wie bisher. Keine »deutsche« Lösung, wie nach dem Pogrom von Rostock, wo auf die Verletzung der Menschenrechte mit der Einschränkung der Grundrechte, in dem Fall des Grundrechts auf Asyl, geantwortet wurde. Niemand käme auf die Idee, via Nazis das Postgeheimnis auszuhöhlen, das Demonstrationsrecht anzugreifen, das Arbeitsrecht auf ideologische Kontrolle auszudehnen, Videokameras aufzustellen oder endlos ein in Anbetracht der Lage aussichtsloses und wirkungsloses Verbot der NPD zu diskutieren. Stattdessen stünden die Fragen der Anerkennung im Vordergrund: Wie auch in Zeiten der Globalisierung soziale Ausgrenzung verhindern, wie konkret der Ethnisierung von Konflikten begegnen, wie sich über althergebrachte Gräben hinweg mit all denen solidarisieren und diese auch durch Sanktionen schützen, die sich als wehrhafte Demokraten zeigen? Es würde debattiert, wie auf allen Ebenen die Wege dahin zu ebnen sind durch das, was sich am besten mit civic education beschreiben lässt. Ein praktisch-politisches Programm wäre die Folge, das Schritt für Schritt die Themen der Zeit auf ihre Wirkung auf die Menschenrechte hin betrachtet, sich Innovation öffnet und übergreifend zu handeln imstande ist. Doch herrscht momentan allenthalben eine selbstgefällige Stimmung hektischer, bürokratischer Unvernunft, bei allen, die schnelle Rezepte fordern. Sie ist geprägt von einer kurzatmigen Strategie der Behauptung, die besagt: Erstens ist es ein Problem der anderen, nicht meines, aber wenn ich schon etwas machen soll, dann schneide ich es mir zweitens so zurecht, dass es in meine Zuständigkeit oder Möglichkeiten passt, und behaupte, das sei die Lösung. So kann ich dann drittens machen, was ich ohnehin immer mal wollte, viertens habe ich keine Schuld und rufe fünftens nach der Courage, die ich selbst nicht habe.

Dass sich in Deutschland bisher kaum zivile Gesellschaft entwickelte, mag an seinen obrigkeitshörigen Traditionen und dem Hang zum Segmentieren gelegen haben. Die scharfe Trennung von Staatsbürger und Person in Hunderten von Abhängigkeiten hat dazu beigetragen. Die beispiellose Barbarei des Massenmords an den Juden war auch möglich, weil ihr keine zivile Gesellschaft entgegentreten konnte, denn es gab sie nicht. Es gab bestenfalls das privat gehaltene Gewissen. Walser sprach in seiner berüchtigten Rede von der Individualisierung des Gewissens und von seiner Ethik des Wegschauens von den Übeln, an deren Behebung er nicht mitwirken könne. Damit hat er an Gewohntes angeknüpft und von der deutschen Elite vor kurzem noch viel Beifall erhalten. Der absurde Ruf der Politik nach Zivilcourage folgt dem und erniedrigt die wichtige Frage nach menschenrechtlicher und ziviler Moral dieser Tage zu einer heldischen Pose, an der sich der Einzelne und sein Gewissen messen lassen soll. Und der Appell enthält noch eines: Nicht von ungefähr bleibt die Zivilgesellschaft unerwähnt, denn sie wäre gefährlich. Sie wäre eine kollektive Form übergreifender Courage zu Haltungen und Handlungen, die in Deutschland ungewöhnlich sind und die Politik ernsthaft in Frage stellen würden. Eine wirklich zivile Gesellschaft braucht keine Queen of Pop, um hinzuschauen, um Gewissen öffentlich zu machen. Sie beginnt mit ehrlicher, uneitler Kommunikation von allen Seiten, die sich einlässt auf eine Kultur simpler Humanität. Doch das gilt wohl in Deutschland noch immer nicht als zivil, sondern vielmehr als lächerlich. Und doch: Der Vergeblichkeit ins Auge geblickt, könnte man es ja trotzdem versuchen.

# Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus

## Thesen

*Lorenz Korgel*

Die Zivilgesellschaft ist in aller Munde. Insbesondere staatliche Akteure wollen ihr in jüngster Zeit wieder Leben einhauchen und der bundesrepublikanischen Demokratie auf die Sprünge helfen. Auf den obersten politischen Ebenen scheint sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Etablierung rechtsextremer Einstellungen und Strukturen nicht nur durch die Aufsicht staatlicher Institutionen verhindert werden kann.

Das Handlungskonzept »Tolerantes Brandenburg« der Landesregierung Brandenburg war der erste Versuch diese Erkenntnis umzusetzen. Aufgebaut auf drei Säulen, den »Mobilen Beratungsteams«, der »Opferperspektive« und dem »Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus« handelt es sich um eine weitreichende und ambitionierte zivilgesellschaftliche Gehhilfe, die in dieser Form nur in Sachsen-Anhalt eine Nachahmung gefunden hat. Einer der positiven Effekte dieser Landesprogramme ist sicherlich die staatliche Legitimation für die Arbeit gegen Rechtsextremismus. Erstmals erkennen staatliche Stellen das Problem

für ihren eigenen Geltungsbereich an, so daß es den kommunalen politischen Akteuren schwerer fällt, das Problem Rechtsextremismus zu ignorieren oder abzutun.

Gleichzeitig entstehen allerdings Nachteile innerhalb staatlich angeleiteter Zivilgesellschaftsprozesse. Erstens gelingt es, die staatliche Verantwortung für Rassismus in Deutschland zu verwischen. Die Lebensbedingungen von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen in Brandenburg haben sich in den vergangenen Jahren nicht verbessert. Und zweitens ergibt sich für die Ebene der Zivilgesellschaft ein Legitimationsdruck, der ständig messbare »Erfolge« im Kampf gegen Rechtsextremismus einfordert ohne die Bedingungen des »Erfolges« zu nennen. Noch deutlicher tritt diese Problematik bei den Bemühungen der Bundesregierung zu tage. »Hinschauen-Handeln-Helfen« heißt das praxisorientierte Motto des jüngst von Hertha Däubler Gmelin und Otto Schily ins Leben gerufenen »Bündnisses für Demokratie und Toleranz- gegen Extremismus und Gewalt«. Die konzeptionelle Ausrichtung dieses Bündnisses wird derzeit sehr heftig kritisiert. Zu Recht verweisen einige Basisinitiativen auf den zu allgemeinen Extremismusbegriff und befürchten gleichzeitig das Abschieben staatlicher Verantwortung auf gesellschaftliche Initiativen.
In der Tat erinnern manche staatlichen Handlungen eher an einen »staatlichen Aktionismus« als an einen ernst gemeinten Versuch, eine nicht rassistische Gesellschaft zu erwirken. Weder für die theoretische Grundlage noch für die zivilgesellschaftliche Praxis scheinen klare Vorstellungen auf staatlicher Seite vorzuliegen. Kann es überhaupt eine »von oben« verordnete Zivilgesellschaft geben? Wie sieht eigentlich eine Zivilgesellschaft aus, die sich gegen rechtsextreme Tendenzen »zur Wehr« setzen kann? Dies sind die Fragen, die sich anhand der komplexen Problematik ergeben.

Mit der Zivilgesellschaft ist das so eine Sache. Bis heute besteht keine Einigkeit darüber, wo sie ist und noch viel weniger, was sie ist. Ist sie ein vorpolitisches Gebilde, das Menschen schon alleine zum Erhalt ihres Eigentums errichten (im Sinne John Lockes) oder entsteht die Zivilgesellschaft erst durch eine politische Verfassung und die Identifikation der Bürger und Bürgerinnen mit dieser (im Sinne Charles de Montesquieus)? Beruht eine Zivilgesellschaft auf einer normativ integrierten Gemeinschaft (im Sinne des Kommunitarismus von Taylor oder Etzioni) oder reproduziert sie sich kommunikativ durch die Erfahrung gemeinsam ausgetragener Konflikte (im Sinne der Diskurstheorie etwa von Habermas, Dubiel und Rödel)? So harmlos diese Leitfragen der Zivilgesellschaftstheorie auch daherkommen, sie sind für die Konzeption einer Zivilgesellschaft, die sich gegen Angriffe des Rechtsextremismus zur Wehr setzen will, nicht unbedeutend. Denn beide hier vorgestellten Bilder der Zivilgesellschaft, das der normativen Gemeinschaft und der diskursiven Gesellschaft, bieten allerlei Angriffsflächen für Rechtsextremisten.

Die aufmerksame Leserschaft wird sich nun wundern: Rechtsextremisten? Was haben die mit Zivilgesellschaft zu tun?
Eine gute Frage, denn sie haben eigentlich nichts mit ihr zu tun, aber andererseits noch viel zu viel. Aktivitäten rechtsextremer Akteure werden in der Regel nicht als Problem der zivilen Sphäre analysiert, da sie aufgrund der theoretischen Vorbedingungen schlicht aus ihr »herausfallen«.
Verschiedene Analysen der Entwicklungen und Ausformungen rechtsextremer Strukturen in Deutschland seit 1990 machen allerdings deutlich, daß sich Rechtsextremismus in einer Zivilgesellschaft als relevante Kategorie etablieren kann. Formelle und informelle rechtsextreme Gruppen engagieren sich für ihre politischen Überzeugungen und versuchen die damit verknüpften Ideologien subkulturell zu erweitern. Außerdem formieren sich rechtsextreme Bewegungen und Netzwerke, die rechtsextreme Einstellungen aus ihrem gesellschaftlichen Nischendasein herauszuführen versuchen. Insgesamt ergeben sich auch für Rechtsextremisten zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten.

Nach einer Auswertung unterschiedlicher Forschungen zu den Strukturen des Rechtsextremismus und der Praxiserfahrungen des Zentrums Demokratische Kultur lassen sich folgende Aspekte mit zivilgesellschaftlicher Relevanz zusammenfassen (vgl. u. a. Wagner 1998 u. 1999, Stöss 1999, Klose 1999, Korgel 1999): Der Rechtsextremismus in Ostdeutschland ist u. a. durch lockere Personenzusammenschlüsse gekennzeichnet. Den Kern dieser Strukturen bilden die sog. »Kameradschaften«, denen sehr heterogene Unter- und Szenegruppen angegliedert sind. Es handelt sich hierbei um zellenförmige Gruppenstrukturen, mit meist informeller Mitgliedschaft. Die Gruppen weisen allgemein einen hohen Grad an Flexibilität auf und wirken insbesondere auf subkultureller Ebene. Weiterhin sind diese Gruppen durch Nicht-Staatlichkeit, bzw. durch ausgesprochene Antistaatlichkeit definiert.

Es besteht in Ostdeutschland eine eigene, rechtsextrem orientierte Sub- bzw. Jugendkultur. In den unterschiedlichsten Stilrichtungen produzieren eine Vielzahl von Musikgruppen politische Texte auf dem Hintergrund rechtsextremer Ideologien. Ihre Konzerte sind gleichzeitig Treffpunkte der rechtsextremen Szene. Diese wird durch eine Reihe szene-interner Fanzines betreut und mit ideologischen Inhalten versorgt. Darüber hinaus geht die Dominanz der rechtsextremen Ästhetik bis in die Bereiche des »Lifestyles«, wie z. B. des Modetrends.
Der Rechtsextremismus in Ostdeutschland hat bewegungsförmige Strukturen angenommen. Diese Strukturen und Organisationsformen weisen Ähnlichkeiten mit bereits bekannten sozialen Bewegungen auf. Mit den Schlagwörtern »Asyl« und »Überfremdung« verfügt diese Bewegung über gemeinsame, wenn auch wenig intellektuelle Themen. Die gemeinsame Identifikation dieser Bewegung geschieht unter dem Motto: »Wir sind deutsch.« Mit der rechtsextrem orientierten Jugendkultur verfügt die rechtsextreme Bewegung über ein beachtliches Mobilisationspotential.
Der Rechtsextremismus in den fünf neuen Bundesländern ist dezentral strukturiert und befindet sich in einer Entwicklung der zunehmenden Vernetzung. Die Vernetzung geschieht über Internet, »Nationale-Info-Telefone«, eigene Printmedien und Radioprojekte, über Aktionsbündnisse und »Runde Tische«. Diese Netzwerke betreffen sowohl

die subkulturelle Ebene der informellen Gruppen, als auch intellektuelle Zirkel, in denen Themen entwickelt und in die Öffentlichkeit transportiert werden.

Der ostdeutsche Rechtsextremismus bedient sich direkt zivilgesellschaftlicher Aktionsformen. Es bestehen rechte Bürgerinitiativen, rechte Vereinigungen und Clubs, rechte Diskussionszirkel und interne Solidaritätsnetzwerke für inhaftierte Mitstreiter. Außerdem errichten rechtsextreme Akteure Pressearchive und Rechtsbüros, sie bilden Kampagnenkomitees, bieten Schulungen an und rekrutieren aus eigener »nationaler Jugendarbeit« Nachwuchs für die politische Arbeit. In eigens entwickelten Kampagnen werden Integrationsmöglichkeiten für die gesamte rechtsextreme Szene geschaffen. Darüber hinaus gelingt es den rechtsextremen Akteuren, soziale Problemlagen der Bevölkerung auf ihre Weise zu interpretieren und zu artikulieren. Ihre Themensetzungen bestimmen häufig die kommunalen Diskurse und finden teilweise Eingang in das Zentrum des politischen Systems, wo sie von den bereits etablierten politischen Akteuren adaptiert werden.

Der Rechtsextremismus verfügt über ein zivilgesellschaftliches Konzept. Mit der »Besetzung des vorpolitischen Raumes«, mit der Schaffung von Gegenöffentlichkeit und der Einnahme »national befreiter Zonen«, schließlich mit dem an Gramsci angelehnten Konzept der Eroberung der kulturellen Hegemonie, bedient sich der Rechtsextremismus in Ostdeutschland einer gesellschaftspolitischen Strategie zur Durchsetzung politischer Interessen. Im Gegensatz zu den Akteuren im demokratischen Parteiensystem setzt der Rechtsextremismus damit in der unmittelbaren Lebenswelt der Bevölkerung an und zielt auf eine langfristige und breite Wirkung.
Der Rechtsextremismus ist daher Teil der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland, obschon sein ideologischer Kern und sein ganzes Streben die Zerstörung derselben im Sinn hat.

Wenn es in der Demokratie minimale Ziele gibt, dann ist eines davon gewiß die Erhaltung ihrer selbst. Dasselbe gilt im Prinzip für die Zivilgesellschaft. Allerdings ist durchaus eine Situation denkbar, in der dieser Anspruch nicht für alle Teile der Zivilgesellschaft zutrifft. Zivilgesellschaft hat immer auch etwas mit Pluralismus zu tun. Sollte jedoch ein gewichtiger Teil der Zivilgesellschaft von antipluralistischen Akteuren besetzt sein, so verlangt es das pluralistische Prinzip selbst, daß jene Akteure die Zivilgesellschaft nicht in eine monistische Gesellschaftsordnung verwandeln können. Aus diesem Grund ergibt sich die Frage nach den Möglichkeiten einer Wehrhaftigkeit der Zivilgesellschaft. Mit anderen Worten: Gibt es Möglichkeiten, die zivilgesellschaftsfeindlichen Strömungen aus der zivilen Sphäre auszuschließen, ohne die Bedingungen der Zivilgesellschaft selbst außer Kraft zu setzen?

Für den amerikanischen Kommunitarismus besteht diese Möglichkeit in den Gemeinschaften, die über ein festes Gerüst von Normen und Werten eine Identifikation mit ihrer politischen Verfassung aufbauen (vgl. u. a. Taylor, MacIntyre, Dahrendorf). Diese Identifikation führt gleichzeitig zu einer zivilgesellschaftlichen politischen Kultur außerhalb staatlicher Machtapparate. Die Bürger und Bürgerinnen entwickeln aus ihrem Gemeinschaftsgefühl Bürgertugenden, die sie in Vereinigungen und Bewegungen zur Stärkung des demokratischen Systems einsetzen. Auf diese Weise können sie Totalitarismen abwehren und Solidarität in der Bürgerschaft entwickeln.
Ist die kommunitaristische Zivilgesellschaft aber wirklich so wehrhaft wie sie klingt? Die kulturell integrierte und sittliche Gemeinschaft als Grundlage politischen Handelns ist schließlich auch im Rechtsextremismus eine entscheidende Größe.

Mehr noch, das rechtsextreme Konzept der völkischen Hegemonie greift nicht zuletzt auf kommunitaristische Konzepte zur Legitimierung seiner Gemeinschaftsideologien zurück. Anders als bei den Kommunitaristen ist es hier nur die »deutsche Kultur«, das »deutsche Volk« die einzig Solidarität und Identifikation hervorbringen können. »Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus« heißt es entsprechend im NPD-Parteiprogramm (Art. 3). Das Wesen dieser (völkischen) Gemeinschaft, die immer als Gegensatz zur Gesellschaft präsentiert wird, sind die sog. Sekundärtugenden (vgl. Nation&Europa 4/1999: 48). Ihre Anschlußfähigkeit an ideologische Elemente des Konservatismus führt zu »stillen normativen Übereinkünften« konservativer und rechtsextremer Akteure auf kommunaler Ebene. Unter dem Motto der »preußischen Tugenden« also etwa »Ordnung und Sauberkeit« ist so mancher Bürgermeister gerne bereit, rechtsextremen Szenen öffentliche Räume zur Verfügung zu stellen, ohne nach den Konsequenzen für Pluralismus und Offenheit im kommunalen Raum zu fragen. Solcherlei Übereinkünfte sind möglich, weil gerade der deutsche Rechtsextremismus über seine Werte und Normen eine Verankerung in der Bevölkerung sucht.

Etwas anders verhält es sich mit Theorien der Zivilgesellschaft, die nicht den normativen gemeinschaftsorientierten Konsens, sondern den an Regeln gebundenen Diskurs in den Mittelpunkt stellen. Hier ist es die demokratische Öffentlichkeit und die dauerhafte zivilgesellschaftliche Kommunikation, die zwischen dem politischen System und der Lebenswelt vermitteln soll. Gemeinsamkeiten und Solidarität entstehen demnach nicht als Folge konsensualer Einigungen, sondern aufgrund der Erfahrung gemeinsam durchgestandener Konflikte.
Die diskursiven Modelle etwa von Habermas, Dubiel oder Rödel enthalten in Form bestimmter Vorbedingungen und wechselseitiger Anerkennung von Grundrechten in der Tat Elemente von antiautoritärem Charakter. Ohne die hier hervorgehobenen kommunikativen Freiheiten kann eine Zivilgesellschaft nicht existieren. Die Durchsetzung und Verteidigung dieser Freiheit ist ein erster Schritt in der Abwehr rechtsextremistischer Bestrebungen in der zivilen Sphäre. Zu kritisieren ist aber das in diesem Ansatz dominante »Nichteinmischungskonzept« (Jehle: 513). Danach verzichten zivilgesellschaftliche Akteure, im Gegensatz zur politischen Gesellschaft, auf ökonomische, bürokratische und mediale Machtmittel, um auf Überzeugung beruhenden Argumenten Macht zu verleihen. Dadurch bleibt aber der Widerspruch rechter Bewegungen, die als Teil der Zivilgesellschaft dieselbe zerstören, unbeleuchtet. Wenn

Rechtsextremisten zivilgesellschaftlichen Foren aufsuchen ist in der Regel die »argumentative Macht« des demokratischen Arguments, wie es sich die Diskurstheorie erhofft, schnell am Ende. Häufig gelingt es den Rassisten ganze Debatten an sich zu reißen und über die angebliche Bedrohung des deutschen Volkes zu fabulieren. Auch demokratische Akteure wirken in solchen Momenten etwas belämmert, wenn Rechtsextremisten jedem Widerstand mit dem zivilgesellschaftlichen Argument der Meinungsfreiheit begegnen. Derartige Situationen sind innerhalb der Theorie der diskursiven Zivilgesellschaft nicht vorgesehen. Während die Unabhängigkeit des autonomen Assoziationswesens als Vorbedingung der zivilen Diskurse in den Vordergrund gestellt wird, kommen gesellschaftliche Machtverhältnisse nur am Rande vor. Innerhalb der diskursiven Ansätze wird entsprechend nicht die zivile Sphäre verteidigt, sondern ihre Abgrenzung zum Staat.
In solchen Zusammenhängen wird einmal mehr deutlich, daß die Zivilgesellschaft auf den Rechtsstaat als Rahmen angewiesen ist. Wo Gewalt und Volksverhetzung den öffentlichen Diskurs für sich einzunehmen versuchen, hilft kein verständiger Diskurs, sondern nur die Unterstützung der rechtsstaatlichen Organe. Auch ein zivilgesellschaftliches »Netzwerk von Subpolitiken« bedarf eines »koordinierenden Zentrums und einer politischen Arena« (von Beyme: 117).

Eine dritte, nicht so sehr demokratietheoretische Variante der Zivilgesellschaftstheorie wirft etwas mehr Licht in das nicht leicht zu durchschauende, spannungsgeladene Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft.
Mit Antonio Gramscis Theorie der Zivilgesellschaft liegt eine Konzeption vor, die alle politischen und kulturellen Institutionen als Teil der sozialen Sphäre begreift, in deren Interaktion sich öffentliche Meinungen herausbilden (vgl. auch Honneth 1994: 84). Damit wird die Erlangung der Hegemonie, also die Bestimmung des »ethischen Inhalts des Staates« (Gramsci: 729), zur entscheidenden Handlungsanweisung innerhalb der Zivilgesellschaft. Denn diejenige gesellschaftliche Gruppe, die die Hegemonie über die Organisationen und Institutionen aber auch über den »Alltagsverstand« der Zivilgesellschaft ausübt, ist gleichzeitig in der Lage, Einfluß auf die politische Richtung öffentlicher Meinungen zu nehmen. Hier ist die gesellschaftliche Gruppe im Vorteil, die ihre eigenen ökonomischen, politischen und kulturellen Interessen als die Interessen der Allgemeinheit darstellen kann.
Des weiteren ist es möglich, die Handlungszusammenhänge in der Zivilgesellschaft als Hegemoniegewinnung zu beschreiben, womit die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse in das Konzept der Zivilgesellschaft integriert sind. Der deutsche Rechtsextremismus scheint den Zusammenhang zwischen der Herstellung von Hegemonie in der zivilen Sphäre und politischem Erfolg längst, bewußt oder unbewußt, erkannt zu haben. Das Streben nach kultureller Hegemonie ist jedenfalls unverkennbar. Und der Einfluß rechtsextremer Ideologieelemente ist auf allen politischen Ebenen bereits vorhanden. Wenn sich aus dieser theoretischen Herangehensweise eine Handlungsanweisung für den Erhalt der Zivilgesellschaft und die Bekämpfung rechtsextremer Ideologien in derselben ergeben, dann ist dies die Etablierung, Wiedergewinnung und Sicherung einer »demokratischen Hegemonie«.

Diese »demokratische Hegemonie« besteht aus einer Dominanz humanistischer und pluralistischer Werte und aus der Anerkennung der demokratischen Grundrechte für alle Menschen (vgl. Bringt 2000). »Demokratische Hegemonie« bedeutet weiterhin die Existenz demokratischer Diskurse. Die darin enthaltenen Widersprüche von Machtverhältnissen und Interessengegensätzen müssen möglichst deutlich benannt und entschärft werden. Eine »demokratische Hegemonie« beruht dagegen nicht auf normativ integrierten Gemeinschaften. Peter Alheit weist in diesem Zusammenhang zutreffend darauf hin, daß jede Kommunarität den Universalismus im demokratischen Rechtsstaat als Vorbedingung hat. Nur freier Zugang zu Menschenrechten garantiert eine Kommunarität, die Repression ausschließt (vgl. Alheit: 604). Damit dies in der zivilen Sphäre auch wirklich geschieht, ist nichts anderes erforderlich als eine Struktur, die hegemonial demokratische Strukturen durchsetzt.

Vorbedingung einer solchen zivilgesellschaftlichen Struktur ist die Analyse von Dominanzsituationen und das Aufdecken von Wirkungsräumen rechtsextremer Akteure auf kommunaler Ebene.
Zur Problemerfassung und Problemlösung bieten sich die Methoden des Zentrums Demokratische Kultur an. Sie bestehen aus: Grundlagenanalyse, Kontextrecherche, Kommunalanalyse, Projektplanung und -management, Ergebniskontrolle.

Priorität hat in diesem Zusammenhang das Anstoßen von Vernetzungsprozessen antirassistischer Akteure. In diesen Prozeß müssen alle kommunalen Milieugruppen und sozialen Systeme sowie ihre Interessen und Tendenzen miteinbezogen werden, sofern sie an einer »demokratischen Hegemonie« interessiert sind. Von »zwanghafter« Bündnisarbeit sollte allerdings abgesehen werden. Zuweilen erfordern bestimmte soziokulturelle Gegebenheiten in den Kommunen getrennte Vernetzungsebenen, in denen die Akteure ihre Kompetenzen und Ressourcen ohne unnötigen Verschleiß durchführen können. Unabhängig von den einzelnen Erfordernissen muß dieser Prozeß aber von den kommunalen Gruppen kontinuierlich, eigenverantwortlich und selbständig getragen werden.

Zentrales Projektziel ist die Schaffung geschützter öffentlicher Räume in denen sich eine demokratische Kultur entfalten kann. Aus ihnen heraus können die »Eigenzustände« kommunaler sozialer Systeme angestoßen und verändert werden. Es kann sich dabei um Bildungsangebote, Workshops oder auch nur um Jugendclubs, Kneipen und Informationszentren handeln, die durch eine öffentliche Positionierung keine rassistische und rechtsextreme Dominanz zulassen. Letztlich geht es hierbei um die Initiierung und Etablierung demokratischer Diskurse auf kommunaler Ebene. In diesem Zusammenhang müssen v. a. kommunale Verwaltungen Verpflichtungen eingehen, die auf die Einrichtung öffentliche Räume mit entsprechenden Diskursen hinwirken.

Das Projekt einer »wehrhaften Zivilgesellschaft« hat Aussicht auf Erfolg, wenn es gelingt, das Bestehen einer »demokratischen Hegemonie« als das Interesse der Allgemeinheit darzustellen. Hierfür bedarf es eines professionellen »Zivilgesellschaftsmanagements«, das idealerweise von Akteuren durchgeführt wird, die von allen Interessengruppen anerkannt werden. Diese professionellen Akteure können in Kombination mit den Kompetenzen der Personen vor Ort nachhaltige Prozesse anstoßen, diese moderieren und öffentlichkeitswirksam darstellen.

Insgesamt ist Politik in der Zivilgesellschaft als Machtpolitik aufzufassen. In gegenseitig vernetzten Bündnissen demokratischer Initiativen und Akteure ist eine solche Machtpolitik sicherlich effektiver zu gestalten. Dabei ist es unerläßlich den Staat als Teil der zivilen Sphäre anzuerkennen und ihn in die Bündnisse und Netzwerke einzuschalten. Dies ist schon allein in jenen Fällen notwendig, die sich nur noch mit polizeilichen oder juristischen Mitteln regeln lassen. Angesichts der bedeutenden Rolle des Staates in zivilgesellschaftlichen Prozessen ist die politische Ausrichtung der zivilen Gesellschaft um so wichtiger. Die erfolgreiche Abwehr rechtsextremer Aktivitäten hat die Bekämpfung von Rassismus in Gesellschaft *und* Staat als Bedingung. Die demokratischen Kräfte sollten sich dieser Herausforderung stellen und den Diskurs nicht dem Rechtsextremismus überlassen.

Zum Ende drängt es sich daher auf, weitere Untersuchungen über Interaktionen von Staat und Zivilgesellschaft anzustellen. Hierbei müßten die Möglichkeiten und Grenzen des gewiß nicht spannungsfreien Verhältnisses genau ausgelotet werden. So wird zu überprüfen sein, inwieweit Netzwerke gleichberechtigter Organisationen (an Stelle von Institutionen) unter den Bedingungen staatlicher Einflußnahme als Träger einer »wehrhaften Zivilgesellschaft« fungieren können. Die bisherigen Erfahrungsberichte aus der zivilgesellschaftlichen Vernetzungsarbeit deuten eher auf lähmende Wirkungen staatlicher Einflußnahme hin. Dies scheint insbesondere dort der Fall zu sein, wo staatliche Akteure nach der Funktionslogik des Staates direkt in zivilgesellschaftliche Prozesse eingreifen. Spannend erscheint daher die Frage nach den Möglichkeiten vermittelnder Organe (z. B. Stiftungen), die das Kooperationsverhältnis von Staat und Zivilgesellschaft im Engagement gegen Rechtsextremismus koordinieren und negative Effekte dieses Verhältnisses offenlegen.
Weiterhin scheint es angemessen, die zivilgesellschaftlichen Legitimationswirkungen für das politische System zu erforschen. Sollten rechtsextreme Organisationen und Vereine wirklich Einfluß auf die zivile Sphäre gewinnen, so kann dies nicht folgenlos für die Legitimationsprozesse der Demokratie bleiben. Auch hier gilt: Bevor ein Diskurs zur Legitimationsgrundlage werden kann, muß er zuerst über ein demokratisches Verfahren verfügen, das von Akteuren dominiert wird, die dieses Verfahren auch erhalten wollen. Diese Einstellung wird sich nicht aufgrund eines gemeinschaftlichen Konsens ergeben, sondern aus der Erkenntnis, daß zivilgesellschaftliche Verfahren Übereinkünfte hervorbringen, die in ihrer Problemregelung vorteilhafter sind als nicht-kooperative Regelungen, die der Einflußnahme der Betroffenen entzogen bleiben. Dazu bedarf es aber auch »starker« Diskurse, die das ideologische Auftreten rechtsextremer Akteure in der Zivilgesellschaft als Machtfrage verstehen und dementsprechend aufdecken.

Im Hinblick auf Rechtsextremismus muß es sich also um ein Wechselspiel von Information, Vernetzung und Aktion handeln. Die Information muß sich auf die Strukturen des Rechtsextremismus konzentrieren, um seine Wirkungen und Ziele offenlegen zu können. Die Vernetzung demokratischer Akteure in der Zivilgesellschaft soll ein System von Bündnispartnern schaffen, das aufgrund der ausgetauschten Informationen kommunale und regionale Aktionskonzepte erarbeitet. Die Aktion wiederum sollte als letzter Schritt der doppelten Funktion von Zivilgesellschaft zugeschnitten sein. In ihrer Außenwirkung verursachen solche zivilgesellschaftlich-öffentlichen Aktionen die Schaffung eines Umfeldes, das für rechtsextreme Ideologien keinen Platz bietet und die entsprechenden Akteure zwingt, sich der demokratischen Hegemonie zu beugen oder sich aus der zivilen Sphäre zurückzuziehen. In ihrer legitimatorischen Wirkung sollten die Aktionsbündnisse den Boden bereiten für eine egalitäre Gesellschaftspolitik, in der völkische Elemente keinen Platz haben.

**Literatur:**


*Alheit, Peter* (1994): Die Fragilität des Konzepts »Zivilgesellschaft«. In: Das Argument, Nr. 206, Heft 4/5, Oktober 1994. S. 599–608.

*von Beyme, Klaus* (1994): Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt/M.

*Bringt, Friedemann* (2000): Rechtsextreme Jugendkulturen als Herausforderung sozialpädagogischer Bildungskonzepte. Diplomarbeit, Ev. Hochschule für Soziale Arbeit Dresden (FH).

*Dahrendorf, Ralf* (1992): Die Bürgergesellschaft. In: Ders. (Hrsg.): Der moderne soziale Konflikt. Stuttgart. S. 67–73.

Dubiel, Helmut (1994): Ungewißheit und Politik. Frankfurt/M.

*Gramsci, Antonio* (1992): Gefängnishefte. Hamburg.

*Habermas, Jürgen* (1992): Faktizität und Geltung. Frankfurt/M.

*Honneth, Axel* (1994): Desintegration. Frankfurt/M.

*Jehle, Peter* (1994): Hegemonietheoretische Defizite der Zivilgesellschaftsdebatte. Zur Kritik an Kebir und der Habermasschule. In: Das Argument, Nr. 206, Heft 4/5, Oktober 1994. S. 513–528.

*Klose, Bianca* (1999): Rechtsextremismus bei Jugendlichen in den neuen Bundesländern. Examensarbeit, Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter. Göttingen.

*Korgel, Lorenz* (1999): Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft.

*Locke, John* (1977): Zwei Abhandlungen über die Regierung. Frankfurt/M.

*MacIntyre, Alasdair* (1993): Ist Patriotismus eine Tugend? In: Honneth; Axel (Hrsg.): Kommunitarismus, Frankfurt/M. S. 84–102.

*Rödel, Ulrich* (1994): Zivilgesellschaft und Verfassung. In: Gebhard, J./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Demokratie, Verfassung und Nation. Baden-Baden. S. 123–135.

*Stöss, Richard* (1999): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn.
*Taylor, Charles* (1991): Die Beschwörung der Civil Society. In: Michalski, Krzysztof (Hrsg): Europa und die Civil Society. Stuttgart. S. 52–81.
*Taylor, Charles* (1992/93): Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? In: Transit, Heft 5, Winter 1992/93. S. 5–20.
*Wagner, Bernd*: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.): Bulletin, Sonderheft 1998. Berlin.
*Wagner, Bernd* (1999): Rechtsextreme Milieus im Osten. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. Berlin. S. 283–267.

# Community Education auf volksdeutsch!

## Oder: Worin besteht die Zivilität der Zivilgesellschaft?

*Sylke Kirschnick*

## »Fontanestadt Neuruppin – Gut für Geist und Seele«

Mit diesem Slogan warb die märkische Kleinstadt im Fontane-Jahr 1998 um Besucher. Vom Berliner Bahnhof Zoo aus fuhr ein Bus direkt in die Kommune, die sich dem Anlaß gemäß herausgeputzt hatte. Die Fassaden der Fachwerkhäuser waren ordentlich renoviert, die Gehwege sauber gefegt und in den Auslagen der Buchhandlungen glänzten die Einbände deutscher »Dichter und Denker«.
Anläßlich der Gesamtlehrerkonferenz einer Neuruppiner Schule standen die Themen Rechtsextremismus und Erziehung zur Demokratie auf dem Plan. Auch Elternvertreter waren anwesend. Im Anschluß an die zweistündige Informationsveranstaltung erfuhren die Projektleiterin für Schule und Jugendhilfe der RAA Berlin, Britta Kollberg, und die Autorin des Beitrags, daß der Jugendclub »Bunker« Dreh- und Angelpunkt der rechtsextremen Szene und als solcher ein handfestes Problem in der Kommune sei. Das war im Frühjahr 1998.

Sechs Jahre zuvor, im Juli 1992, hatten rechtsextreme Jugendliche aus Neuruppin den damals 50jährigen Obdachlosen Emil Wendtland getötet. Die Fülle rechtsextremer Aktivitäten in und um die Fontanestadt ist seither gut dokumentiert[4]. Kaum thematisiert worden war bislang jedoch, wie die Stadtverwaltung und der größte Freie Träger der Jugendarbeit in der Region mit der Zunahme rechtsextremer Orientierungen und Gewalt seit dem Mord an Emil Wendtland umgegangen sind. Erst ein Beitrag des Fernsehjournalisten Rainer Fromm in der ZDF-Reihe »Kennzeichen D« hat sie im Frühjahr 2000 bundesweit öffentlich gemacht. Und damit zur Zuspitzung einer langen Auseinandersetzung um »Geist und Seele« der staatlich geförderten Jugendfreizeiteinrichtung »Bunker« in der Fontanestadt gesorgt.
Einst nur berühmt durch ihren kritisch-realistischen Apothekerssohn, ist Neuruppin inzwischen auch berüchtigt für das wirklichkeitsferne Rezept, mit der die Kommune ihre rechtsextreme Szene seit Beginn der 90er Jahre aus»kuriert«. Das Mittel heißt: »Fürsorge«, der Doktor: »Initiative Jugendarbeitslosigkeit Neuruppin e. V.« (IJN), die Praxis: »Wir geben ihrer Zukunft ein Zuhause«. Die unbeabsichtigten Folgen und Nebenwirkungen waren: die Stärkung einer antidemokratischen Kontrastkultur mit »national befreiten Zonen« bei gleichzeitiger Schwächung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich um die Durchsetzung menschenrechtlich-demokratischer Grundstandards bemühten.

4 Hinter den Kulissen. Faschistische Aktivitäten in Brandenburg. Zu beziehen über: AJF-Versand, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

## I. Die Akteure und ihre Positionen

**Die Kontrastgesellschaft: die Jugendfreizeiteinrichtung »Bunker«, ihre Besucher und die NPD**
Nach dem Mord an Emil Wendtland startete der Verein »Initiative Jugendarbeitslosigkeit Neuruppin« (IJN) ein Projekt. Man stellte über ABM rechtsextrem orientierte Jugendliche ein, die zu diesem Zeitpunkt arbeitslos waren. Unter Anleitung von drei Streetworkern bauten sie ihren eigenen Treffpunkt aus, den Jugendclub Arthur-Becker-Straße, später »Bunker« genannt. Finanziert wurde das Projekt aus Landesmitteln, Spenden und durch die Stadt. Zwischen 1993 und 1995 erhielt das Projekt auch Zuschüsse durch das »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« (AgAG) des Bundes. Gedacht war der »Bunker« als Anlaufstelle für die bejahrteren rechtsextremen Jugendlichen. Für die 6–13jährigen betrieb IJN parallel zum »Bunker« das Jugendcafé »Fischbüchse«.
Im »Bunker« sammelte sich zunächst ein stabiler Kern von 50 rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Nach der Inbetriebnahme der Kellerräume als Kneipe verdreifachte sich die Anzahl der Besucher. Infolge von Personalkürzungen wurde der »Bunker« seit 1998 nur noch stundenweise durch IJN betreut und die Schlüsselgewalt Hartmut Haack, einem 34jährigen Aktivisten der rechtsextremen Szene übergeben. Haack war zu diesem Zeitpunkt bereits zweifach wegen Landfriedensbruchs und wegen des Verwendens verfassungswidriger Kennzeichen in der Öffentlichkeit vorbestraft. Parallel zur »Bunker«-Kneipe betrieb er eine als Anlaufstelle für NPD-Kader bekannte Kneipe in einem Dorf in der Umgebung. Deshalb schauten hochrangige NPD-Kader der Bundes- und der regionalen Ebene im »Bunker« auch schon mal auf ein Bier vorbei.
Während des Landtagswahlkampfs und für die beiden Demonstrationen 1999 diente der »Bunker« der NPD als Logistikzentrum. In der Jugendfreizeiteinrichtung wurden nicht nur Plakate, Transparente und die Technik gelagert, sondern auch die Kameraden untergebracht, die von auswärts anreisten. Die Aktivitäten der NPD begannen im »Bunker« und endeten dort.

Im Verlauf der letzten acht Jahre hat der »Bunker« mehrere Generationen rechtsextremer Jugendlicher beherbergt und herangezogen. Für regelmäßigen Nachwuchs sorgte die »Fischbüchse«, so daß schließlich eine in der Kommune fest verankerte bruchlose Sozialisationsinstanz entstanden war. Einige der inzwischen erwachsenen »Aktivisten der ersten Stunde« haben sich unterdessen im Kleingewerbebereich mit Geschäften in der Computer- und Mobilfunkbranche etabliert. Eines dieser Geschäfte warb zeitweilig mit dem kostenlosen Zugang ins Thule-Netz. Auch die kommunalen Handwerksbetriebe beschäftigen die tüchtigen Kameraden gern. Politisch beheimatet sind sie ebenfalls: 6 der 10 von der NPD bei der Landtagswahl aufgestellten Kandidaten kamen aus der »Bunker«-Szene.

**Der Jugendtreff e. V.**[5] Bekanntlich gehört »nationale Jugendarbeit« als ganzheitlicher Ansatz zu den strategischen Hauptschwerpunkten der rechtsextremen Szene. Daher nimmt es nicht wunder, daß Aktivisten versuchten, sie in Neuruppin zu institutionalisieren. Im Dezember 1997 gründeten rechtsextreme Jugendliche und junge Erwachsene unter Anwesenheit hochrangiger Kader der NPD den Verein »Jugendtreff«. Zu den Gründungsmitgliedern zählten langjährige Integrationsfiguren der rechtsextremen Szene, die zum Teil wegen schwerer Gewaltdelikte rechtskräftig verurteilt waren. Dazu gesellte sich der Wirt des »Bunkers«, Hartmut Haack. Doppelmitgliedschaften im Verein und in der NPD waren nicht die Ausnahme. Zum Vereinsvorsitzenden wurde Marco Schnee gewählt, der später im Jugendamt und im Jugendbeirat als Sprecher der Szene auftrat. Neben regionaler rechtsextremer Prominenz wie Renald Christopeit (NPD), dem Ex-FAPler Thomas Pennecke, dem ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen Deutschen Alternative, Frank Hübner aus Cottbus, den Berlinern Frank Schwerdt (NPD) und Christian Wendt, leistete auch Wilhelm Lange logistische Unterstützung.
Der 84-jährige Rentner Lange ist überzeugter Nationalsozialist und hat als zeitweiliges Mitglied von NPD, DVU und Deutscher Liga für Volk und Heimat ein bewegtes rechtsextremes Parteien- und Organisationenleben hinter sich. Nach der Wende kam er aus der alten Bundesrepublik in die Mark. In Neuruppin hat er ein Haus gemietet, in dem er mit Computer-, Videospielen und Propagandamaterial Kinder und Jugendliche zu »volkstreuen« Menschen erzieht. Regelmäßig finden Wochenendausflüge statt, auf denen die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen zu einer Wehrsportgruppe ausgebildet werden. Jedem, der es hören will, erklärt Lange, daß er »präventive Jugendarbeit« nach dem Vorbild der Hitler-Jugend betreibt.
Das Alphabet der Satzung des »Jugendtreff e. V.« wurde einem Verein alternativer Jugendlicher in Neuruppin entlehnt und auf rechtsextrem umbuchstabiert. Denn wie man weiß, erfreuen sich weder Menschenrechte noch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in rechtsextremen Kreisen einer allzu hohen Wertschätzung. Mit einer Ausnahme: Artikel 5 des Grundgesetzes, der das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert, wird von Vertretern der rechtsextremen Szene immer dann gern bemüht, wenn es um die Legitimation ihrer Positionen in der Öffentlichkeit geht. Ausdrücklich hält die Satzung des Vereins »Jugendtreff« daher fest: »Der Verein erkennt das Recht der offenen und freien Meinungsäußerung in uneingeschränkter Form an und verteidigt auch diese. Glauben, Gewissen, Ansichten und Gedanken sind den Mitgliedern des Vereines freigestellt.« Es mutet seltsam an, daß ein Verein in seiner Satzung expressis verbis festhält, daß seine Mitglieder glauben und denken dürfen, was sie wollen sowie über ihr Gewissen frei entscheiden und ihre Ansichten frei wählen können. Um Totalitarismusprävention handelt es sich hier jedoch gewiß nicht. Denn unklar bleibt, was in »uneingeschränkter Form« anerkannt werden soll? Das im Grundgesetz verankerte **Recht** auf freie Meinungsäußerung **oder** die **Meinungsäußerung** selbst? Die Passage ist bewußt doppeldeutig gehalten. Das Amtsgericht Neuruppin hat es verabsäumt, in dieser Hinsicht Eindeutigkeit anzumahnen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung besteht in der Bundesrepublik Deutschland nicht uneingeschränkt, wie z. B. hinsichtlich der Persönlichkeitsrechte Dritter in anderen Ländern auch. In Deutschland kommt aber eine Besonderheit hinzu, die mit dem millionenfachen Mord an Juden, Sinti, Roma, politischen und religiösen Gegnern, Behinderten, Homosexuellen und weiteren Opfern während der Zeit des Nationalsozialismus im Zusammenhang steht. Der Verweis auf die beschränkenden allgemeinen Gesetze in Art. 5 GG beinhaltet unter anderem das Strafgesetzbuch mit den §§ 86 und 86a über Propaganda und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Parteien und Organisationen sowie den § 130 zum Tatbestand der Volksverhetzung.
Im Juni 2000 wird Vereinsgründungsmitglied Andy Kola in Neuruppin und Umgebung z. B. Hassgedichte gegen Asylbewerber verteilen. Gegenüber der Polizei wird er sie als Akt der »freien Meinungsäußerung« bewerten und zu Protokoll geben, daß er »national« und deshalb der Auffassung sei, daß »die deutschen Interessen im Vordergrund stehen sollten«. Die Polizei wird bei ihm über 200 rechtsextreme CD's beschlagnahmen – darunter die verbotenen »12 Deutschen Stimmungslieder« der »Zillerthaler Türkenjäger«.
Erklärtes Ziel des »Jugendtreff e. V.« war die offizielle Übergabe des »Bunkers« an den Verein durch die Stadtverwaltung. Die eine Seite umfassende »Konzeption«, mit der sich der Verein der Öffentlichkeit und der Stadtverwaltung präsentierte, liest sich wie ein Praxisversuch von *community education* auf volksdeutsch. Daß das Papier vom Angebot »offener« Jugendarbeit spricht, ist die Konzession, die die Stadtverwaltung ködern sollte. Selbstverständlich umfaßt das Programm politische Bildungsarbeit, die »rechtliche und politische Tagesinformationen an die Jugendlichen heranbringen« sollte, »damit diese nicht politisch desorientiert aufwachsen (z. B. durch einen Rechtsanwalt, Lehrer, Journalisten, Politiker u. ä.)«. Man wolle »helfen bei Problembeseitigung jeglicher Art (z. B. in Schule, Arbeit und Alltag).« Daneben sollten »Eigeninitiative«, »kreative Freizeitgestaltung, Gemeinschaftssinn und Zusammenleben«, das »Übernehmen von Verantwortung«, das »Anerkennen von Werten und Ordnungen« gefördert wer-

5 Ein Auszug aus dem Vereinsregister der Stadt Neuruppin, die Satzung des Vereins, eine »Konzeption« zur Jugendarbeit sowie das Vereinsblatt »Der Ostprignitzer« liegen der Redaktion in Kopien vor.

den. Die ausdrücklich aufgeführte »Elternarbeit« sollte durch Nachbarschaftshilfe ergänzt werden. Die »vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung« sowie die »Hilfestellung bei Arbeits- und Lehrplatzsuche« sollten in der Kommune für Ruhe, Ordnung, Sauberkeit und Fleiß sorgen.
Das Vereinsblatt des »Jugendtreff e. V.« nennt sich »Der Ostprignitzer« und wirbt mit dem Slogan: »antireaktionär – unpolitisch – jugendlich«. Auf dem Deckblatt trägt die in Kopie vertriebene Broschüre das handschriftlich nachgetragene Datum des 20. April, Hitlers Geburtstag.
Nachdem der »Ruppiner Anzeiger« über die Teilnahme des Jugendtreff e. V. an der NPD-Demonstration »Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze« im Frühjahr 1999 berichtet hatte, meldeten sich dessen Mitglieder mit einer Stellungnahme zu Wort, in der es unter anderem heißt: »Diejenigen, die uns dieses als Schlechtes ansehen, scheinen wohl für den Krieg und gegen Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sein. Deswegen: Überlassen wir unsere Jugend nicht dummen Parolen!!!«[6]

## Die »Demokraten«: die Initiative Jugendarbeitslosigkeit Neuruppin e. V.

Die »Initiative Jugendarbeitslosigkeit e. V.« hat sich seit Anfang der 90er Jahre zum größten freien Träger der Jugendarbeit im Landkreis Ostprignitz-Ruppin entwickelt. Er beschäftigt Mitarbeiter zum Teil auf ABM-Basis und zum Teil auf festen Stellen. Drei Jahre lang saß Wilhelm Lange im Vorstand des Vereins und betreute Jugendliche im Landschaftsgartenbereich. Sein Ausschluß aus dem Verein erfolgte nachdem seine Einbindung in rechtsextreme Organisationen öffentlich geworden war.
Die sozialpädagogischen Bemühungen von IJN fokussierten sich auf die rechtsextreme Szene, deren Protagonisten und deren Umfeld man via Fürsorge zu binden und unter Kontrolle zu bekommen suchte. Folgerichtig wurde für die rechtsextrem orientierten Jugendlichen rund um den Jugendtreff »Bunker« ein Arrangement vielfältiger sozialer Maßnahmen ergriffen: vom freiwilligen sozialen Jahr über die berufsbegleitende Betreuung und Einführung in das Berufs- und Erwerbsleben, Zertifikationsqualifizierungen bis hin zum betreuten Wohnen im eigenen Lehrlingswohnheim. Das alles sind sicher sinnvolle soziale Maßnahmen. Nur erweisen sie sich in einer demokratischen Gesellschaft dann als kontraproduktiv, wenn sie nicht zugleich an die Vermittlung menschenrechtlich-demokratischer Grundstandards geknüpft sind. Denn dann besteht die Gefahr, daß man anstatt den Rechtsextremismus zu bekämpfen, die Entwicklung einer Volksgemeinschaft fördert.
Da die Mitglieder des Vereins in sämtlichen Ausschüssen und Gremien des Landkreises sitzen, spielt er nicht nur beim Erhalt, sondern bereits bei der Verteilung von Fördermitteln in der Region eine maßgebliche Rolle. Ein sozialpädagogisches Konzept hat IJN indes nie erstellt.
Während der öffentlichen Auseinandersetzungen um die Schließung des »Bunkers« wurde deutlich, daß IJN über die rechtsextremen Strukturen durchaus gut informiert war, die Dimension des Problems und den Kontrollverlust in der Öffentlichkeit aber vehement bestritt. Daher gab es weder eine Reflexion auf das eigene Handeln noch eine Fehleranalyse geschweige denn die Verweigerung von Angeboten gegenüber rechtsextremen Jugendlichen. Nachdem der Verein lange Zeit geleugnet hatte, daß Kader rechtsextremer Parteien wie der NPD im »Bunker« beachtlichen Einfluß ausüben, räumte ein Mitarbeiter Mitte Februar 2000 endlich ein: »Es gibt dort eine Gruppe von Jugendlichen, die relativ fest mit einer Organisation verbandelt ist.«[7]
Mit seiner realitätsverweigernden und ambivalenten Haltung hat der Verein der rechtsextremen Kontrastgesellschaft und der NPD nicht allein Spielraum verschafft, sondern in vorauseilendem Gehorsam geradezu in die Hände gearbeitet.

## Die »Demokraten«: die Stadtverwaltung

Die Stadtverwaltung folgte immer der Argumentation von IJN, daß es besser sei, rechtsextremen Jugendlichen Räume zur Verfügung zu stellen, als ganz den Kontakt zu dieser Szene zu verlieren. Sowohl IJN als auch Stadtverwaltung hielten beharrlich an dem Glauben fest, das Geschehen im »Bunker« kontrollieren zu können. Die Sozialdezernentin und stellvertretende Bürgermeisterin Margarete Jungblut zog sich auf die Auskünfte von Polizei und Verfassungsschutz zurück. Bernd Wagner vom Zentrum Demokratische Kultur und Uta Pehl vom Mobilen Beratungsteam Brandenburg hatten mehrfach darauf hingewiesen, daß die Polizei in diesem Fall nicht der richtige Ansprechpartner sei, weil vom »Bunker« zu diesem Zeitpunkt de facto keine nachweislichen(!) Straftaten ausgingen und die Jugendfreizeiteinrichtung demzufolge auch nicht in der polizeilichen Statistik erscheinen konnte. Gegenüber der Presse ließ Jungblut verlauten: »Warum sollen wir den Laden dicht machen? Der Staatsschutz beobachtet ihn, und der hat uns noch nichts gesagt.«[8]

Der Staatsschutz hatte mitgeteilt, daß er gegenwärtig keine Auskunft erteilen könne, weil es sich um laufende Ermittlungen handle. Von der Stadtverwaltung wurde das dahingehend interpretiert, daß es keine rechtsextremen Strukturen im und um den »Bunker« gibt. Allein der sichere Umstand, daß die Jugendfreizeiteinrichtung für den Staatsschutz bereits Relevanz hatte, reichte ganz offensichtlich nicht einmal hin, auch nur verhaltene Skepsis zu erzeugen.
Um sich ein Bild von den Besuchern und vom Klima in der Jugendfreizeiteinrichtung »Bunker« zu machen, hatte Jungblut die Jugendfreizeiteinrichtung besucht. Sie zeigte sich besonders angetan von »Ordnung« und »Sauberkeit« im Club, die offenbar nicht nur den moderat auftretenden jungen Männern von »Jugendtreff e. V.« besonders am Herzen lagen. Im Gespräch mit Hartmut Haack, dem Kneipier des »Bunkers« und Kassierer des »Jugendtreff e. V.« erfuhr sie, daß keine politische Arbeit in der Jugendfreizeiteinrichtung stattfinden, gleichwohl aber über »rechte Themen« debattiert würde. Jungblut führte daraufhin die auf etwas wackeligen Füßen stehende Unterscheidung zwischen Rechtsextremismus und Rechtsorientierung in die öffentliche Debatte ein. Aus ihren Äußerungen gegenüber

6 Ruppiner Anzeiger vom 1. 3. und 15. 3. 2000

7 Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ) vom 16. 2. 2000
8 MAZ vom 16. 2. 2000

der Presse[9] ist zu schließen, daß »rechtsextrem« lediglich all diejenigen Strukturen genannt werden können, die den traditionellen parteipolitischen Organisations- und Aktionsformen entsprechen. Da antidemokratische Aktivitäten offenbar erst dann alarmierend sind, wenn sie polizei- bzw. staatsschutzrelevant sind, sah die Sozialdezernentin keinen Handlungsbedarf und setzte sich immer vehement für die Erhaltung des »Bunkers« und viel zu lange für die Unterstützung des »Jugendtreff e. V.« ein.

Auch **Bürgermeister** Otto Theel (PDS) wollte den »Bunker« nur unter der Voraussetzung schließen lassen, daß sich parteipolitische Aktivitäten der NPD und entsprechende Strukturen nachweisen lassen. Gegenüber der Presse äußerte er Mitte Februar 2000: »Daß im Bunker keine Politik stattfinden darf, ist Teil der Vereinbarung zwischen der Stadt und der IJN.«[10]
Analog zur Sozialdezernentin Jungblut verstand er unter Politik lediglich Parteipolitik. Da IJN versicherte, daß das nicht der Fall sei und die Polizei diesen Nachweis nicht erbrachte, sah auch Theel keinerlei Handlungsbedarf, obwohl er schon im Dezember in einem Brief von Bernd Wagner, dem Leiter des »Zentrums Demokratische Kultur«, über die soziokulturelle Dimension und die innovativen Organisations- und Aktionsformen des modernen Rechtsextremismus neben und unabhängig von der parteipolitischen Ebene informiert worden war.

**Die »Verfassungsschützer«**
Das Aktionsbündnis gegen rechts Ostprignitz-Ruppin. Bereits im Juni 1998 hatte es anläßlich der bevorstehenden Wahlen einen Runden Tisch bestehend aus Vertretern des alternativen Wohnprojekts Mitten Drin e. V., des Stadtjugendwarts, der Bündnisgrünen, PDS, CDU und SPD gegeben, da die NPD-Kandidatur von Wilhelm Lange eine verstärkte Präsenz der rechtsextremen Szene in der Kommune zur Folge gehabt hatte. Da die NPD keine nennenswerten Wahlerfolge verbuchen konnte, hatte sich das Bündnis Ende 1998 wieder aufgelöst.
Nach dem ersten NPD-Aufmarsch im Frühjahr 1999 konstituierte sich das Bündnis neu. Vertreterinnen und Vertreter von Kirche, Parteien, Jugendprojekten, Schulen, Gewerkschaften und engagierte Bürger thematisierten die völkischen Stimmungen sowie die rechtsextremen Aktivitäten und Akteure in der Kommune. Auch Vertreter von IJN saßen mit am Tisch, nahmen im Hinblick auf der »Bunker« allerdings sehr widersprüchliche Positionen ein. Mal blockierten sie die Arbeit des Bündnisses dadurch, daß sie die Dimension der im »Bunker« stattfindenden rechtsextremen Aktivitäten bagatellisierten oder gar vertuschten. Mal gaben sie offen zu, daß die Situation prekär sei.
Um die Neuruppiner aufzurütteln, führte das Aktionsbündnis Veranstaltungen und Kundgebungen durch. Im März 1999 trat das Bündnis mit der Forderung »Neuruppin gegen Rechtsextremismus und Gewalt« an die Öffentlichkeit. Die NPD-Demo unter dem Motto »Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze« im April 1999 quittierte das Aktionsbündnis mit einem Straßenfest und der Kundgebung »Für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Gegen Rassismus und Faschismus«.
Als Zielstellung des Aktionsbündnisses wurden die Aufklärung über rechtsextreme Strukturen und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Gefährdungen der Demokratie durch zunehmende Akzeptanz rechtsextremer Hegemoniebestrebungen formuliert. Eine Forderung war auch die Schließung des »Bunkers«.

Über Aufrufe wie »Hier [im »Bunker«] sind wir sicher.« auf verschiedenen rechtsextremen Websites im Internet hätten die Stadtverwaltung und der Bürgermeister bestätigt finden können, was nicht nur Bernd Wagner und das »Aktionsbündnis gegen Rechts«, sondern vor allem Uta Pehl vom **Mobilen Beratungsteam Brandenburg** seit Herbst 1999 unermüdlich an sie herangetragen haben. Uta Pehl hat wichtige Informationen recherchiert, ausgewertet und systematisch verbreitet. Ein Blick ins Vereinsregister hätte die Stadtverwaltung und die kommunale Politik z. B. darüber belehren können, daß zu den Gründungsmitgliedern des »Jugendtreff e. V.« der wegen schwerer Körperverletzung rechtskräftig verurteilte Volker an der Tangen zählte, eine prominenter Akteur der rechtsextremen Szene in der Region. Als Uta Pehl ihnen diesen Einblick über einen kopierten Auszug aus dem Vereinsregister verschaffte, hat sie das zunächst wenig beeindruckt. Wirkung hat dagegen die mühsame Aufklärungsarbeit der einzelnen Mitglieder verschiedener Ausschüsse auf kommunaler, regionaler und Landesebene sowie der Lokalpresse gezeitigt. Daneben hat Pehl die zivilgesellschaftlichen Partner in der Kommune gestärkt, die keine Lobby hatten. Dazu zählten das alternative Wohnprojekt »Mitten Drin e. V.« sowie einzelne Akteure aus der Jugendantifa, den Gewerkschaften, den Vereinen, der Kirche und den Parteien.

Bernd Wagner vom **Zentrum Demokratische Kultur** hat die rechtsextremen Strukturen und Aktivitäten in Neuruppin analysiert und bewertet. Auch diese Ergebnisse wurden der Verwaltung und der kommunale Politik vorgestellt, von dieser jeweils auch wahrgenommen und diskutiert, jedoch nicht operationalisiert. Als wissenschaftlicher Berater des Mobilen Beratungsteams und als externer Partner hat Wagner eine beständige Verlaufsanalyse erstellt und die Akteure der Zivilgesellschaft auf dieser Grundlage beraten.

Der Fernsehjournalist Dr. **Rainer Fromm** ist mit der Problematik Rechtsextremismus im allgemeinen und in den neuen Bundesländern im besonderen bestens vertraut. Seine sachkundigen Beiträge informierten eine bundesweite Öffentlichkeit bereits in der Vergangenheit über skandalöse Vorfälle auf Länder- oder kommunaler Ebene und haben mitunter auch Konsequenzen gezeitigt.

9 ebd.
10 MAZ vom 19. 2. 2000

## II. Verlauf der Auseinandersetzung um die Schließung des »Bunkers«

**Rechtsextremismus?**

Die rechtsextremen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus dem »Bunker« haben das umliegende Straßenbild nicht nur dominiert, sondern auch kontrolliert. Asylbewerber, alternative oder dem Outfit nach lediglich nicht erkennbar rechtsextreme Jugendliche – von sogenannten Linken ganz zu schweigen – konnten die Gegend nicht mehr angstfrei passieren. Pöbeleien und Drohungen waren die Regel. Von der Polizei mußten sie sich fragen lassen, warum sie sich in dieser Gegend überhaupt aufhalten, da ihnen doch bekannt sei, daß sie dort riskieren »etwas auf die Mütze zu kriegen«. Die Sozialdezernentin Margarete Jungblut äußerte sich analog. Mit dieser Haltung haben die Behörden den »Bunker« und sein Umfeld als »national befreite Zone« oder – um aus der Perspektive der Opfer zu sprechen – als »no go area«[11] faktisch anerkannt.

Im Herbst 1999 intensivierte der »Jugendtreff e. V.« seine Bemühungen um die offizielle Übernahme des »Bunkers« bei der Sozialdezernentin Jungblut. Da die bereits beschriebenen »Rechtsorientierungen« der »Bunker«-Besucher und des »Jugendtreff e. V.« sich ihrer Auffassung nach im Bereich tolerabler Denk- und Handlungsweisen bewegten und Eigeninitiative und Verantwortungsbewußtsein offenbar allein schon förderungswürdig sind, zeigte sie sich gegenüber den jungen Männern, die eine engagierte junge Frau im »Aktionsbündnis« einmal sarkastisch als »Schwiegermütterschwarm« bezeichnete, äußerst aufgeschlossen.
Ende November bat das Aktionsbündnis Bürgermeister Theel um ein Gespräch, an dem auch der Stadtverordnetenvorsteher teilnehmen sollte. Im Schreiben heißt es:

*»In dem stetigen Anwachsen rechtsextremer Gesinnungen und Meinungen und damit auch in der zunehmenden Akzeptanz bzw. Gleichgültigkeit dem gegenüber in der Öffentlichkeit sehen wir eine wachsende Gefahr, die sich nicht nur bei den landes- und bundesweiten Wahlen manifestiert, sondern die in der Zunahme rechtsextremer Gewalttaten gerade auch in Neuruppin deutlich wird. Ein zentraler Punkt dieser Entwicklung ist aus unserer Sicht der Neuruppiner ›Bunker‹ in der Arthur-Becker-Straße. Der ›Bunker‹ ist mittlerweile Logistikzentrum für rechtsextreme Aufmärsche und weitere Aktionen in Ostprignitz-Ruppin, im Land Brandenburg und darüber hinaus. Weiterhin dient er als Anlauf- und Treffpunkt auch organisierter rechtsextremer Jugendlicher. Diesen Zustand und die Tatsache, daß der organisierten rechtsextremen Szene für ihre Aktivitäten öffentliche, von der Stadt geförderte Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, halten wir für untragbar.«*[12]

Das »Aktionsbündnis« erhielt vom Bürgermeister eine Einladung. Das Gespräch verdeutlichte, daß die Position der Sozialdezernentin sich im lokalen Parlament durchgesetzt hatte. Gegen das »Aktionsbündnis« stand schließlich der Vorwurf im Raum, daß es den darin Versammelten lediglich um die Schließung der Jugendfreizeiteinrichtung »Bunker« zu tun sei. Ein Problembewußtsein für das soziokulturelle Klima in der Kommune, die Gefährdung demokratischer Kultur einschließlich der Beschädigung wesentlicher Grundstandards wie der Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen ließ sich bei den kommunalpolitisch Verantwortlichen nicht schaffen. Die Tatsache, daß sich Menschen im kommunalen Alltag nicht angsfrei bewegen konnten, weil sie von den Akteuren im und um den »Bunker« als »undeutsch« qualifiziert und entsprechend sanktioniert wurden, schien den Bürgermeister, das lokale Parlament und die Sozialdezernentin nicht zur Intervention bewegen zu können.

Im Dezember wandte sich Bernd Wagner vom »Zentrum Demokratische Kultur« ebenfalls in einem Brief an den Bürgermeister. Deutlich wies er darauf hin, daß es in Neuruppin ein Problem namens Rechtsextremismus gibt und daß die Stadtverwaltung und die kommunale Politik durch die rechtsextreme Szene instrumentalisiert zu werden drohten:

*»Es führt kein Weg daran vorbei, daß ich Sie darauf aufmerksam mache, daß Sie in Neuruppin nicht nur ein allgemeines Problem mit diversen ausländerfeindlichen bis hin zu völkischen und rechtsextremen Einstellungen haben, [...], sondern daß Sie zum Spielball von Menschen werden, die sich direkt und aktiv kämpferisch nicht demokratisch und menschenrechtlich orientieren, die die Werte des Grundgesetzes nicht nur geringschätzen, sondern massiv ablehnen und sich an direkt rechtsextremen Aktivitäten beteiligen, unabhängig davon, wie sie sich in der Stadt optisch und verbal zeigen. Dabei ist es unerheblich, welche definitorischen Wortspiele zum Thema Rechtsextremismus aufgeführt werden. So werden die begrifflichen Verwirrungen und die Szeneunkenntnis im demokratischen Lager der Politik, der Medien und in der Verwaltung spielerisch ›glänzend‹ ausgenutzt, z. B. der Umgang mit dem Begriff ›rechts‹ ...«*[13]

Auf diesen Brief hat der Bürgermeister nie reagiert.

Die Stadt wollte die Jugendfreizeiteinrichtung »Bunker« um jeden Preis erhalten und beabsichtigte, das Problem mit den »rechtsorientierten« Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch einen neuen Sozialarbeiter zu lösen. Denn auch »rechtsorientierte« Jugendliche hätten schließlich das Recht auf staatlich finanzierte Räume. Da IJN

11 Die formelhafte Zustandsbeschreibung wurde von Kay Wendel vom Projekt »Opferperspektive« in die Diskussion gebracht. Vgl.: Wendel, Kay: Unsere Angst ist ihre Macht. In: Handeln für mehr Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus. Bulletin des Zentrums Demokratiesche Kultur 4/1998. – Anders als der Begriff »national befreite Zone«, ist »no go area« nicht zum brand name avanciert. Als Formel ist er sicher weniger geeignet, rechtsextreme Hegemoniebestrebungen in ihren unterschiedlichen Facetten zu bündeln, prononciert dafür aber das Problem des Demokratiedefizits, das dem Rechtsextremismus erst die Einflußpotentiale verschafft hat, über die er heute verfügt.

12 Der Brief liegt der Redaktion als Kopie vor.

13 Der Brief liegt der Redaktion als Kopie vor.

immer wieder suggerierte, daß das Problem mit den »Rechtsorientierungen« im »Bunker« unter Kontrolle zu bekommen sei, wurde dem Verein die Finanzierung einer neuen Sozialarbeiterstelle offeriert. Schnell zimmerte IJN ein Papier[14] zusammen, wie man älteren Jugendlichen »mit latent fremdenfeindlichen und nationalistischen Einstellungen« Freizeitangebote unterbreiten und von den »harten« Kadern rechtsextremer Parteien und Organisationen isolieren könne. Das dreieinhalbseitige Elaborat[15] sah vor, »den rechten Parteien genau auf dem Gebiet konkurrierende Angebote zu machen, auf dem sie stark sind: Identifikation zu vermitteln, Abenteuer und Helden zu bieten, Sinn zu stiften.« Den »Meinungsdruck in Richtung fremdenfeindlicher, nationalistischer Einstellungen« begründete das Papier unter anderem mit »nichtexistente(n) Väter(n), die entweder tatsächlich in den Familien fehlen oder sich aufgrund eigener Problematiken innerlich aus dem Kontakt mit ihren Kinder zurückgezogen haben. Daraus resultiert ein Mangel an familiären Grenzsetzungen, die über eine positiv gefärbte Beziehung vermittelt werden. Insbesondere sind hier Jungen betroffen, die in der Phase der Pubertät auf einen intensiven (wenn auch spannungsvollen) Kontakt zum Vater und ein väterliches Vorbild angewiesen sind.« Abgesehen von den streitbaren Auffassungen über Erziehung, Geschlechtsspezifik und Familie findet sich in dem Papier zwar die Erklärung über eine notwendige politische Abgrenzung von »allen rechten Parteien, ihren Programmen und ihren (insbesondere lokalen) Vertretern«, doch nirgends ein Wort über tatsächlich andere politische Positionen. Auffallend ist auch der Mangel an pädagogischen Standards zur Frage der Vermittlung demokratischer Spielregeln und Werte, die Kindern und Jugendlichen die Chance bieten könnten, als Individuen soziale und interkulturelle Kompetenz zu erwerben.

Im Januar 2000 fand eine Jugendbeiratssitzung statt, auf der die Schließung des »Bunkers« zum ersten Mal öffentlich erörtert wurde. Anwesend waren auch Vertreter des Jugendtreff e. V., dessen Vorsitzender, Marco Schnee, im Falle einer Schließung der Jugendfreizeiteinrichtung mit »harten Zeiten« drohte. Unterstützt wurde er von Wilhelm Lange, der zu diesem Zeitpunkt nationalistische Flugblätter gegen »deutschfeindliche Geistesmanipulation« vertrieb. Lange wurde das Rederecht entzogen. Daß Schnee die Kommune mit der mehr oder minder deutlichen Gewaltandrohung unter Druck zu setzen versuchte, kam einer unfreiwilligen Delegitimierung gleich, die sich später zu Ungunsten des Vereins auszahlen sollte.

Mitte Februar 2000 bewarb sich »Jugendtreff e. V.« jedoch zunächst um die Aufnahme in den Jugendbeirat und um die Anerkennung als Freier Träger der Jugendarbeit. Marco Schnee inszenierte sich und den Verein öffentlich als Opfer, behauptete, daß »rechte« Jugendliche durch die öffentliche Hand finanziell benachteiligt würden, betonte, daß »Jugendtreff e. V.« unpolitisch und parteiunabhängig sei. Manch einer schenkte dem Glauben. Das Kreisjugendamt war auch noch bereit, »Jugendtreff e. V.« die Anerkennung als Freier Träger zu erteilen, nachdem Uta Pehl vom Mobilen Beratungsteam die Verantwortlichen anhand eines kopierten Auszugs aus dem Vereinsregister vom Amtsgericht Neuruppin über die politische und soziokulturelle Orientierung der Vereinsmitglieder aufgeklärt hatte. Anstatt die Informationen ernstzunehmen, verließ man sich statt dessen auf die Auskünfte der Sozialdezernentin und der IJN, die nicht müde wurden, die Harmlosigkeit und Therapierbarkeit der »Rechtsorientierungen« zu beschwören.

Inzwischen waren selbst in der regionalen Presse Vorwürfe laut geworden, daß durch das Betreiben der Jugendfreizeiteinrichtung »Bunker« mit Steuergeldern eine »Plattform für rechtsextremistische Politik am Leben erhalten werde«. Daraufhin ließ der Bürgermeister verlauten, daß der »Bunker« geschlossen würde, wenn der Beweis erbracht sei, daß die NPD die Jugendfreizeiteinrichtung als Logistikzentrum nutzt und dort »Politik stattfindet«.

Wer aber sollte diesen Nachweis nun eigentlich noch erbringen? Die Polizei war in diesem Fall nicht die richtige Instanz, da es sich bei der NPD um eine zwar verfassungsfeindliche, aber nicht verfassungswidrige Partei handelt und Propagandadelikte daher nicht zur Anzeige kommen konnten. Der Staatsschutz hatte bereits deutlich signalisiert, daß im Zusammenhang mit dem »Bunker« und dem »Jugendtreff e. V.« ermittelt wird. Der für den »Bunker« verantwortliche IJN-Mitarbeiter hatte schon vorher gegenüber der Presse eingeräumt, daß 10–15 »Bunker«-Besucher fest mit einer »Organisation« »verbandelt« sind. Bei dieser »Organisation« handelte es sich um die NPD. Das »Aktionsbündnis gegen Rechts«, Uta Pehl sowie Bernd Wagner hatten Aufklärungsarbeit im Hinblick auf die soziokulturelle Dimension und die politischen Organisationsformen des modernen Rechtsextremismus geleistet und auch nicht verabsäumt, auf die Rolle der NPD hinzuweisen. Da ihre Hinweise zwar gehört wurden, aber keine Berücksichtigung fanden, beschlossen sie, überregionale Medien einzubeziehen, um die Anerkennung des Problems Rechtsextremismus in der Kommune Neuruppin durchzusetzen. Der Fernsehjournalist Rainer Fromm erbrachte schließlich den Beweis, daß die NPD im Neuruppiner »Bunker« aktiv ist.

IJN nahm sich im Anschluß an die Recherchen Fromms als Opfer einer »politischen Kampagne« wahr und kündigte an, sich als Träger des »Bunkers« zurückzuziehen. Durch »verleumderische und geschäftsschädigende Aussagen« würde IJN als Träger »diskriminiert«, ließ sich Geschäftsführer Andreas Haacke in der Lokalpresse[16] vernehmen. Immerhin distanzierte sich IJN zugleich öffentlich vom »Jugendtreff e. V.«, dem zuvor das Abhalten von Vereinssitzungen im »Bunker« untersagt worden war. Denn durch Uta Pehls unermüdliche Informationsarbeit, hatte sich inzwischen herumgesprochen, wer »Jugendtreff e. V.« zu welchem Zweck gegründet hatte. Bürgermeister und Stadtverwaltung stärkten IJN den Rücken. Sozialdezernentin Jungblut sprach gar von einem »politischen Ränkespiel«[17]

14 Das Konzept liegt der Redaktion als Kopie vor.

15 Vgl. Bernd Wagner, Vaterfigur und Brücke in die Gesellschaft. In: Keine Akzeptanz von Intoleranz. Bulletin des Zentrums Demokratische Kultur 1/1999

16 MAZ vom 2. 3. 2000

gegen IJN. In Erwartung des ZDF-Fernsehberichts setzte die Geschäftsführung von IJN den Abschluß des Arbeitsvertrags mit dem neuem Sozialarbeiter zunächst mit der Begründung aus, daß der »Druck«, den das »Aktionsbündnis« ausübe, unzumutbar sei.

**Die Heilsamkeit des Skandals**

Nachdem anonyme Anrufer beim ZDF versucht hatten, die Ausstrahlung des Fernsehbeitrags zu verhindern, wurde er am Abend des 1. März 2000 schließlich gesendet.

»Wenn die NPD Aufmärsche, also Kundgebungen macht, ist es ja wohl ganz normal, daß da rechtsorientierte Jugendliche hinfahren. Und die rechtsorientierten Jugendlichen treffen sich hier im Bunker. Und dann ist es ja wohl ganz normal, daß der Bus hier vorne abfährt.«, äußerte ein »Bunker«-Besucher im Fernsehbeitrag. Der langjährige Szene-Aktivist Steffen Hupka, ehemals führender Kader der verbotenen Nationalistischen Front, später Mitglied des Bundesvorstands der NPD, nannte den Neuruppiner Jugendclub vor laufender Kamera als ein gelungenes Beispiel für die praktische Umsetzung des Konzepts »national befreiter Zonen«: »Ich weiß von Neuruppin, daß es dort ein Jugendzentrum gibt, das von Nationalen betrieben wird, das sehr erfolgreich läuft.«

Ein Mitarbeiter von IJN äußerte im Hinblick auf die Arbeit mit den »Bunker«-Besuchern: »Wir diskutieren nicht politisch mit denen, weil – das sagen die Erfahrungen ganz deutlich – wir da keinen Widerhall finden, wir da keine Chance haben, etwas zu verändern. Wir machen ihnen Angebote auf den Gebieten, wo sie wirklich empfänglich sind und wo sie Angebote benötigen.« Eine zu »Geist und Seele« der im Club herrschenden Jugendkultur befragte IJN-Mitarbeiterin betonte: »Das Äußere ist erstmal so, es ist eine ganz normale Kneipe. Es ist keine Symbolik dort an den Wänden zu finden.« Ein Kameraschwenk fing anschließend die Poster mit den Wikingern in Kampfpose und den Eisernen Kreuzen ein.

Bernd Wagner vom »Zentrum Demokratische Kultur« kommentierte: »Das ist ja für die rechtsextreme Szene besonders interessant, hier finden sie sehr schöne, sehr gute Bedingungen vor für ihr Konzept der ›national befreiten Zonen‹. Das muß sich Sozialarbeit völlig klarmachen, daß Sozialarbeit umgekehrt wird und zum Förderinstrument für rechtsextremistische Bereiche wird.«

Sozialdezernentin und stellvertretende Bürgermeisterin Margarete Jungblut stellte klar: »Die Schließung des Bunkers, das ist ja das, was auch gefordert wurde vom Aktionsbündnis. Wir haben uns dann gesagt, erst einmal, mit welchem Recht. Ist das dann nicht schlimmer. Jetzt haben wir die Jugendlichen dort. IJN betreut sie. Auch die Polizei guckt dort vorbei. Es ist ja nicht so, daß sie dort mit geschlossenen Augen vorbeifährt. So ist es ja nicht.«
Der DGB-Kreisvorsitzende Reinhard Porazik, Mitglied des »Aktionsbündnisses gegen Rechts« faßte zusammen: »Die Kritik am ›Bunker‹ ist, dass aus einem ehemals vielleicht gut gedachten Jugendobjekt ein Szenetreff der rechtsorganisierten und rechtsextremen Szene geworden ist und das – ja, ich muss sagen – sehenden Auges von der Stadt Neuruppin in Kauf genommen wird. Daß die Stadt Ausgaben vorsieht für Jugendarbeit ist in Ordnung, aber daß damit die rechtsorganisierte Szene mitfinanziert wird, ist schlichtweg eine Katastrophe.«

Eine Woche darauf wurde die Jugendfreizeiteinrichtung »Bunker« geschlossen. Die Schließung war ein Erfolg der menschenrechtlich-demokratisch orientierten Akteure der Zivilgesellschaft. Die Einschaltung der Medien in den Prozeß der Auseinandersetzung wurde nicht von allen in der Kommune als legitimes Mittel demokratischen Handelns bewertet. Selbst Mitglieder des Aktionsbündnisses wie IJN und der Stadtjugendwart sahen darin lediglich den Akt einseitiger Stigmatisierung und übler Nachrede. In der Herstellung einer überregionalen Öffentlichkeit hatten die »Verfassungsschützer« die einzig verbliebene Chance gesehen, sowohl den Rechtsextremismus als auch den Umgang der lokalen Politik und Verwaltung mit dieser kommunalen Alltagswirklichkeit zu problematisieren. Daß das denjenigen, die in mühseliger und kleinteiliger Aufklärungsarbeit versucht hatten, die Stadtverwaltung und Lokalpolitiker zum Handeln zu bewegen, erst mit Hilfe einer bundesweiten Skandalisierung gelungen ist, verdeutlicht die Schwierigkeiten, gegen Realitätsverweigerung, mangelnde Bereitschaft zur Fehleranalyse und defizitäres Demokratieverständnis in der Kommune vorzugehen.

**Die Folgen**

Mit der Schließung des »Bunkers« war die Auseinandersetzung in der Kommune erwartungsgemäß noch nicht beendet. Die lokalen Fraktionen von SPD und FDP sowie die Sozialdezernentin Jungblut bewerteten die Schließung nicht als einen ersten Schritt der Intervention gegen rechtsextreme Tendenzen: »Es ist bedauerlich, daß die IJN diesen Schritt gegangen ist.«[18], äußerte Jungblut gegenüber der Lokalpresse. Sie bemühte sich in der Folge um neue Räumen für die »akzeptierende« Jugendarbeit mit »rechtsorientierten« Jugendlichen. Mitte März forderte sie von anderen Jugendfreizeiteinrichtungen der Stadt und dem alternativen Wohnprojekt »Mitten Drin e. V.« »mehr Toleranz« gegenüber den ehemaligen Bunker-Besuchern.
Diese versuchten auf unterschiedliche Weise, die Wiedereröffnung des »Bunkers« zu erzwingen. In Springerstiefeln und Bomberjacken zeigten sie martialisch Präsenz in und vor anderen Jugendfreizeiteinrichtungen der Stadt. Im städtischen Jugendfreizeitzentrum tranken sie friedlich ihr Bier, bauten sich mit bis zu vierzig Leuten vor dem alternativen Jugendwohnprojekt »Mitten Drin e. V.« auf und postierten sich auf den Stufen des evangelischen Jugendfreizeitzentrums. Das hatte unter anderem zur Folge, daß auf einmal nicht nur diejenigen Neuruppiner die rechtsextremen Jugendlichen wahrnahmen, die zu ihren potentiellen Opfern zählten, sondern auch diejenigen, für die sie bisher kein Problem darstellten.

17 ebd.

18 Märkische Allgemeine Zeitung vom 9. 3. 2000

Das »Aktionsbündnis« hielt fast allabendlich Krisensitzungen ab, auf denen debattiert wurde, wie man in Zusammenarbeit mit allen Jugendclubs, der Polizei und dem alternativen Wohnprojekt »Mitten Drin e. V.« eine praktikable Deeskalationsstrategie entwickeln kann. Das hat funktioniert. Weil man sich nicht provozieren ließ und die rechtsextrem orientierten Jugendlichen keinen allzu langen Atem hatten, fanden sich Abend für Abend weniger Protestler ein, um die übrigen Jugendfreizeiteinrichtungen zu belagern. Eines Tages blieben sie schließlich ganz fern.

In der Kommune wurden indes auch noch andere Stimmen laut, die die Wiedereröffnung des »Bunkers« forderten. Die lokale SPD-Fraktion wollte die Jugendfreizeiteinrichtung sogar unabhängig von der Einstellung eines Sozialarbeiters wiedereröffnen. Denn man müsse »auch diesen Jugendlichen einen Klub geben«[19], ließ die SPD in der lokalen Presse verlauten. Der FDP-Ortsverband sprach sich dafür aus, »politisch rechtsgerichtete Jugendliche der Fontanestadt genauso zu behandeln wie Vertreter der jungen Linken.«: »Wir finden es nicht in Ordnung, was da passiert ist. Wenn es der Bunker nicht sein soll, muß schnellstens ein neues Objekt für diese Jugendlichen gefunden werden.«[20] Wer die jungen »Linken« seien, blieb ungesagt. Schwierig an dieser abstrakten Gleichsetzung von »rechts« und »links« ist das Absehen vom Inhalt nicht nur der Kategorien, sondern auch der Positionen, die mit ihnen gemeinhin verbunden werden. Denn in den letzten Jahren hat im öffentlichen Bewußtsein Ostdeutschlands eine begriffliche Verschiebung stattgefunden. Während rechtskonservative Positionen im Hinblick auf Einwanderung und kulturelle Normen zunehmend zu Allgemeinplätzen der sogenannten Mitte werden und völkische Stimmungen den kommunalen Alltag im Osten prägen, werden traditionell humanistische Werte, liberale und menschenrechtlich-demokratische Positionen von zahlreichen Kommunalpolitikern und jugendbegleitenden Erwachsenen bereits als ausgesprochen »linke« Positionen mit deutlicher Tendenz zum Radikalismus diskreditiert. Häufig folgt die Beurteilung derjenigen, die sich in den Kommunen gegen rechtsextreme und völkische Tendenzen engagieren, weniger einer klaren Wahrnehmung ihrer Positionen, als vielmehr jener simplen, aber wirksamen Gegensatzkonstruktion. Aus dem Widerspruch gegen menschenverachtende, rassistische und zum Teil neonationalsozialistische Vorstellungswelten wird auf diese Weise das Phantom einer gleichermaßen starken Linken erzeugt.

Die Formel von der »Gleichbehandlung« dankbar aufnehmend, demonstrierten Mitte März um die 100 rechtsextreme Jugendliche und junge Erwachsene zugunsten der Wiedereröffnung der Jugendfreizeiteinrichtung »Bunker« durch Neuruppin. Als Anmelder traten Mitglieder des Vereins »Jugendtreff e. V.« auf. Die Transparente forderten »Recht und Freiheit für jedermann« und »Gleiches Recht für alle. Wir fordern den Bunker zurück.« Die Demonstration verlief wie die Okkupation der übrigen Jugendfreizeiteinrichtungen ohne nennenswerte Zwischenfälle. Denn immerhin stand der »Jugendtreff e. V.« mit der Stadtverwaltung noch in Verhandlung und war um die Anerkennung als Freier Träger der Jugendarbeit sowie die Aufnahme in den Jugendbeirat bemüht.

Nachdem das durch Pehl informierte Landesjugendamt noch einmal von außen interveniert hatte, nahm endlich auch das Kreisjugendamt Abstand von seinem Vorhaben, »Jugendtreff e. V.« als Freien Träger der Jugendarbeit anzuerkennen. Die beharrliche Informationsarbeit Pehls hat dazu geführt, daß auch die einzelnen Mitglieder des Jugendbeirats genauer nachfragten. »Jugendtreff e. V.« sollte auf den Sitzungen des Jugendbeirats öffentlich Auskunft über seine Vorstandsmitglieder und seine sozialpädagogische Konzeption geben. Diese Auskünfte verweigerten die Vertreter des Vereins. Deshalb beschloß der Jugendbeirat die Entscheidung zu vertagen, um auf einer weiteren Sitzung in geheimer Abstimmung mit einer Stimmenthaltung zu beschließen, daß der »Jugendtreff e. V.« wegen mangelnder Bereitschaft zur Transparenz und dem aggressiven Auftreten Marco Schnees in der Januarsitzung des Beirats nicht aufgenommen werden könne. Auf die Abstimmung hinter geschlossenen Türen hatten eine Reihe Mitglieder des Jugendbeirats bestanden, weil sie Repressalien der rechtsextremen Szene fürchteten.

Anfang April erschienen vier Vertreter des »Jugendtreff e. V.« noch einmal im Jugendamt bei Sozialdezernentin Margarete Jungblut, um sie um ihre Unterstützung hinsichtlich der Suche und der Finanzierung von Räumlichkeiten zu bitten. Jungblut hat die Bitte abschlägig beschieden. Denn schließlich hatte sich auch der Verfassungsschutz zu Wort gemeldet: »Wie die Medien zutreffend berichtet haben, gehören dem Verein Jugendtreff e. V. auch Personen an, die Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen sind oder waren.«[21]

Im Rathaus fand einige Tage darauf eine Gesprächsrunde statt, deren Schwerpunkt die Zukunft der Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen war. Neben dem Bürgermeister, der Sozialdezernentin und IJN nahm auch das Mobile Beratungsteam Brandenburg teil. IJN hatte bereits nach der Schließung des »Bunkers« entschieden, keinen Kneipenbetrieb mehr anzubieten. Man wolle sich bewußt vom älterem Klientel distanzieren, für die laut IJN-Geschäftsführung die Polizei und der Staatsschutz zuständig seien. Statt dessen wolle man sich in Zukunft auf die Jüngeren, die 12–16jährigen »rechtsorientierten« Kinder und Jugendlichen konzentrieren. Vom akzeptierenden Ansatz zur Betreuung rechtsextremer Jugendlicher will IJN nicht abrücken. Mit der Fachhochschule Potsdam will IJN ein sozialpädagogisches Konzept erarbeiten. Nun muß die Zeit zeigen, ob und welche Früchte das trägt.

Die Protagonisten der rechtsextremen Szene haben sich inzwischen eine neue, freilich kostspieligere Kneipe in der Innenstadt von Neuruppin gesucht, als dessen Betreiber wieder Hartmut Haack figuriert. Die »verfolgte Unschuld« Marco Schnee und seine Kumpane sind damit für die Kinder und Jugendlichen aus dem Neubaugebiet nicht mehr ohne Umwege erreichbar. Dank des Engagements der

19 MAZ vom 16. 3. 2000

20 Ruppiner Anzeiger vom 29. 3. 2000

21 Ruppiner Anzeiger vom 15. 3. 2000

Neuruppiner »Verfassungsschützer«, Uta Pehls, Bernd Wagners und Rainer Fromms ist der rechtsextremen Szene ein Logistikzentrum, Aktions- und Sozialisationsraum abhanden gekommen.

## III. Fazit: Eine wirkliche Intervention könnte jetzt beginnen

**Kann man »lechts« und »rinks« verwechseln?«**
Nur wenn sich auch bei Kommunalpolitikern und Ämtern ein Demokratieverständnis durchsetzt, das Grundstandards wie Minderheiten- und Opferschutz sowie die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen als essentielle Bestandteile der Demokratie und des kommunalen Alltags erachtet, werden Rechtsextremisten keine Chance haben, die Demokratie mit Hilfe der »Demokratie« auszuhebeln. Bereits die ersten Artikel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bieten hinreichende Möglichkeiten der Orientierung. Um die Frage von Sozialdezernentin Jungblut aufzunehmen: Mit welchem Recht konnten die Neuruppiner »Verfassungsschützer« die Schließung des »Bunkers« fordern, unabhängig davon, ob der Nachweis, daß die NPD dort aktiv ist, erbracht ist oder nicht?

Der Verein »Jugendtreff e. V.« hat in seiner Satzung implizit, wenn auch irrtümlich auf das Grundgesetz Bezug genommen. Auch die Interpretation der Klausel von der Meinungsfreiheit als uneingeschränkte Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung im Sinne des Artikels 5 GG erspart nicht die schwierige Diskussion über die nicht minder schwierige Unterscheidung zwischen Meinungen, Interpretationen, Fakten und Lügen. Eine beliebte Taktik von Rechtsextremisten und Geschichtsrevisionisten ist es, über gerade diese Unterscheidungen gezielt Verwirrung zu stiften. In einer solchen Diskussion kann es weder um den Anspruch auf die Definitionshoheit über diese Begrifflichkeiten gehen noch darum, sich in einer gewiß lohnenswerten, aber kaum operationalisierbaren philosophischen Debatte zu verlieren. Es gilt Klarheit darüber zu gewinnen, wann Meinungsäußerungen wirklich als bloße Akte der Äußerung einer Meinung Geltung beanspruchen können und wann es sich darüber hinaus um Lügen, Beschimpfungen und Entwertungen handelt. Nicht immer im strafrechtlichen Sinne, aber ganz gewiß unter ethischen Gesichtspunkten, weil sie die Anerkennung der Würde und Gleichwertigkeit aller Menschen verweigern und daher verfassungsfeindlich sind.

Man kann gewiß – wie etwa Vereinsgründungsmitglied Andy Kola – die verfassungswidrige, weil antidemokratische und rassistische Meinung vertreten, daß Inhaber der deutschen Staatsbürgerschaft z. B. bei der Arbeitsplatzvergabe privilegiert werden sollten. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Meinung als politische Forderung unsinnig ist, weil sie ohnehin landläufiger Praxis entspricht, dürfte sie sich weder politisch noch wirtschaftlich als besonders tauglich erweisen.

Es ist aber nicht lediglich ein Akt der Meinungsäußerung, politisch nicht rechtsextrem orientierte Menschen als »Zecken«, Afrodeutsche als »Affen«, Asylbewerber schwarzafrikanischer Herkunft als »Bimbos« zu beschimpfen oder bestimmten Menschen herabsetzende kollektive Merkmale wie Faulheit, einen Hang zur Gewalttätigkeit oder unlautere Absichten zuzuschreiben, wie Kola das in seinen Hassgedichten getan hat. Im allgemeinen werden »Meinungsäußerungen« dieser Art in ihrer potentiell mobilisierenden Wirkung unterschätzt. Sie sind nicht lediglich eine Artikulation unschöner Worte, sondern Handlungen: sie entwerten, schüchtern ein, drohen und verletzen.
Vor dem Hintergrund des soziokulturellen Klimas vor allem in Ostdeutschland, sind solche sogenannten »Sprüche« darüber hinaus Handlungen, die in entsprechenden Situationen weitere Handlungen provozieren können. Es ist hinlänglich bekannt, daß rechtsextremen Gewaltstraftaten gegen Menschen deren verbale Entwertung vorangeht und sie begleitet. Rechtsextreme Gewalt ist ideologisch motivierte Gewalt. »Sprüche« fixieren Menschen als deren potentielle Ziele. Rechtsextreme Gewaltstraftäter haben unter anderem deshalb in der Vergangenheit häufig kein Unrechtsbewußtsein angesichts ihrer Straftaten entwickelt, weil die Opfer in ihren Augen keine gleichwertigen Menschen, sondern qua Ideologie als »lebensunwert« für Gewaltaktionen mit der »Tendenz zur Vernichtung« freigegeben waren.
Ebensowenig kann man einfach der Meinung sein, daß Migranten in Deutschland politische, wirtschaftliche und soziale Privilegien genießen, wenn das faktisch nicht der Fall ist. Hier geht es nicht um eine diskutable Interpretation der Anwesenheit von Migranten einschließlich ihres Rechts auf Sozialleistungen und auch nicht um tolerierbare Vorurteilsstrukturen, sondern um eine durch keinerlei Faktizität gestützte Behauptung, deren Grenze zur Lüge mit mobilisierender Wirkung fließend ist. Eine Meinung sollte – will sie nicht schlichtweg Lüge genannt werden – offen zutageliegenden Fakten nicht diametral entgegengesetzt sein wie z. B. denen, daß die Bürgerrechte von Migranten eingeschränkt sind, daß sie häufig anstatt Geld Sachmittel erhalten oder der Sozialhilfesatz, den Migranten beziehen, niemals höher, sondern zeitweise sogar niedriger als der deutscher Staatsangehöriger ist.

Man kann gewiß die Faktizität, daß ein bestimmter Prozentsatz in Deutschland lebender Migranten genauso wie ein bestimmter Prozentsatz deutscher Staatsangehöriger imstande ist, kriminelle Energien zu entwickeln, dahingehend interpretieren, daß Migranten moralisch nicht vollkommener sind als Inländer mit deutschem Pass. Aber man kann diesen Umstand ganz sicher nicht dahingehend interpretieren, daß Migranten aufgrund ihrer ethnisch-kulturellen Herkunft zur Kriminalität disponierter sind. Interpretationen müssen sich an Fakten zurückbinden lassen und es ist ein schwer zu leugnender Fakt, daß die Fähigkeit, kriminelle Handlungen zu begehen, Individuen aller Ethnien und Kulturen betrifft und daher in keinem unmittelbar kausalen Ableitungsverhältnis zur ethnisch-kulturellen Herkunft stehen kann. Straftaten werden in der Regel von Individuen begangen, die dafür auch als Individuen – und nicht als Repräsentanten eines ethnisch-kulturellen Kollektivs – haftbar sind. Eine Diskussion über die Zusammenhänge mangelnder Integrationsmöglichkeiten, sozia-

ler Unterprivilegierung und gelegentlicher Delinquenz von Migranten ist in Deutschland bisher zudem noch kaum geführt worden. Selten gerät darüber hinaus in den Blick, daß z. B. Straftaten, die das Aufenthaltsrecht betreffen, von Inhabern der deutschen Staatsbürgerschaft gar nicht erst begangen werden können.

Es ist auch weder Ansichtssache noch kann man entsprechende Fakten anders interpretieren, als daß Deutschland im 20. Jahrhundert zwei Weltkriege veranlaßt und zwischen 1933 und 1945 eine ethnisierende Innen- und Außenpolitik praktiziert hat, in deren Folge Millionen Juden, Sinti, Roma und Angehörige anderer Staaten und Kulturen, ermordet wurden. Faktizitäten dieser Art sind nicht verhandelbar, d. h. man kann über ihren Status als Faktizität nicht dieser oder jener Meinung sein. Zwar ist es richtig, daß historische Wahrheit und Faktizität nur bis zu einem bestimmten Grad objektivierbar sind. Ebenso richtig ist, daß die Entscheidung darüber, was als historische Wahrheit und als Faktizität gilt, immer eine Frage machtgestützter Konvention ist und es persilreine, von Interpretationen vollständig geläuterte Fakten nicht gibt. Die detaillierten Zeugnisse sowie die Anerkennung bestimmter historischer Dokumente, die das begangene Unrecht belegen und als Faktizitäten Geltung beanspruchen können, sind aus Gründen der Vernunft – die bloße Absicht macht aus einem Kreis noch kein Quadrat – und auch nach der derzeitigen Rechtslage unzweifelhaft und unumstößlich.
Man wird der Problematik der Diskriminierung ethnisch-kultureller Minderheiten aus juristischer Perspektive allerdings nicht gerecht und mit Informationsarbeit allein nicht beikommen können. Notwendig ist die Verständigung über demokratische Werte und eine Ethik, die auch die Fähigkeit zur Empathie mit den Opfern rechtsextremer Attacken vermittelt, seien diese nun physisch oder verbal.

Das sollte in den Blickwinkel der Sozialdezernentin und der Fraktionen von SPD und FDP in Neuruppin geraten, wenn sie »Gleiches Recht für alle« fordern. Die Rede von der »Gleichbehandlung« »rechter« und »linker« Jugendlicher ist zynisch. Die Berufung auf Artikel 1 und 3 des Grundgesetzes in denunziatorischer Absicht als »links« zu bezeichnen, wirft nicht nur ein Licht auf mangelnde Klarheit im Einschätzungsvermögen sogenannter »rechter« Jugendlicher, sondern stellt auch einen unfreiwilligen Akt der Positionierung dar. Eine am Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland orientierte menschenrechtlich-demokratische Position befindet sich weder ethisch noch politisch auf dem »gleichen« Niveau wie nationalistische, rassistische und mitunter neonationalsozialistische Positionen. Die Jugendlichen im Umkreis des »Bunkers« und des »Jugendtreff e. V.« sind der politischen Option einer Volksgemeinschaft verpflichtet, die sich über den Ausschluß von, mindestens aber über deutliche Sanktionen gegen Migranten, Flüchtlinge(n), Juden, Homosexuelle(n), Behinderte(n), Obdachlose(n), Liberale(n), Linke(n) und alle(n), die das normative Ideal vom »Volksdeutschen« stören, definiert. Diese Option haben »Bunker«-Besucher sowie Mitglieder von »Jugendtreff e. V.« in der Vergangenheit sporadisch auch mittels Gewalt verfolgt.

**Demokratische Kultur und die Zivilität der Zivilgesellschaft**

Unter den kommunalpolitisch Verantwortlichen, der Stadtverwaltung und Mitarbeitern des größten Freien Trägers der Jugendarbeit in Neuruppin hatte eine erschreckendes Informationsdefizit hinsichtlich der soziokulturellen Praktiken, Vorstellungswelten und Organisationsformen des modernen Rechtsextremismus geherrscht. Daher rührten die Mißdeutungen der Auskünfte des Staatsschutzes, die Fehleinschätzung des eigenen Kontrollvermögens, die beharrliche Geringschätzung und verzerrte Wahrnehmung von Aufklärungsarbeit sowie Positionen menschenrechtlich-demokratischer Initiativen.

Bereits die hanebüchenen Vorstellungen darüber, wann in einer Jugendfreizeiteinrichtung »Politik stattfindet«, warfen und werfen enorme Schwierigkeiten auf. Den Äußerungen des Bürgermeisters und der – im übrigen parteilosen – Sozialdezernentin zufolge, »findet Politik dann statt«, wenn eine Partei sie betreibt. Ignoriert wird dabei erstens, daß die soziokulturellen Hegemoniebestrebungen von Rechtsextremisten immer auch politische Botschaften transportieren. Vermutlich stünde der Neuruppiner »Bunker« der rechtsextremen Szene noch heute als Aktionsraum und Sozialisationsfaktor zu Verfügung, hätte sich keine personelle Überschneidung von Kadern bzw. Mitgliedern der NPD, dem »Jugendtreff e. V.« und dem »Bunker«-Klientel nachweisen lassen. Zweitens müssen Sozialpädagogen sich politisch positionieren, wenn sie Franz-Josef Krafelds Methode der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen praktizieren wollen. Die Diskussion darüber, ob in einer Jugendfreizeiteinrichtung Politik stattfinden darf und inwiefern das nicht nur legitim, sondern notwendig ist, läßt sich weder auf Parteipolitik reduzieren noch unabhängig von politischen Inhalten führen. Bindend sollte deshalb für Kommunalpolitiker und staatlich finanzierte Sozialpädagogen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sein, dessen Artikel 1 im zweiten Absatz die Anerkennung unveräußerlicher Menschenrechte garantiert.

Den Grad der Gefährdung einer demokratischen Gesellschaft an den strafrechtlichen Kriterien von Polizei bzw. Staatsschutz zu messen, kommt einer Bankrotterklärung ebenjener Demokratie gleich. Es hat in Neuruppin keine wirklich offene und gleichberechtigte Kommunikation zwischen Bürgermeister, lokalem Parlament, Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft gegeben, weil erstere sich beharrlich weigerten, demokratische Grundstandards auch nur in Betracht zu ziehen, geschweige denn sich gemeinsam mit den »Verfassungsschützern« darauf zu verständigen, welche Indikatoren über das soziokulturelle Klima in der Kommune tatsächlich Auskunft geben können und welche Spielregeln und Werte dieses Klima in Zukunft prägen sollten. Gegen die Wertschätzung von »Ordnung« und »Sauberkeit« ist nichts einzuwenden. Als maßgebliche Indikatoren für Zivilität und demokratische Kultur sind sie indes ungeeignet.

Die Spaltung der Neuruppiner Zivilgesellschaft in eine menschenrechtlich-demokratisch orientierte Fraktion, für

die z. B. die Gewerkschaftsvertreter und das alternative Wohnprojekt »Mitten Drin e. V.« stehen, und eine Fraktion wie IJN, die soziale Fürsorge gegen politische Intervention ausspielte, hat den Auseinandersetzungsprozeß in der Kommune mitgeprägt. Zu meinen, man könne soziale Gerechtigkeit schaffen und zugleich vom Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Menschen absehen, ebnet allenfalls einer ungerechten, weil ethnisch und kulturell geschlossenen Gemeinschaft den Weg. Bei aller gebotenen Vorsicht gegenüber normativen Grundlagen sollte die Vorstellung von Zivilgesellschaft an das Kriterium humanistischer Werte und menschenrechtlich-demokratischer Positionen zurückgebunden werden. Denn die Zivilität einer Zivilgesellschaft bemißt sich an ihrer Fähigkeit, Minoritäten einzuschließen und die Anerkennung und den Respekt aller im Sinne der Menschenrechtskonvention durchzusetzen. Offenheit, Toleranz und Gleichheit haben dort ihre Grenzen, wo sie instrumentell zum Zweck ihrer Abschaffung mißbraucht werden.

Der Beitrag beruht auf den Recherchen, Informationsmaterialien und Gesprächen von und mit Uta Pehl vom »Mobilen Beratungsteam Brandenburg«, Vertretern des »Mitten Drin e. V.« und Reinhard Porazik vom »Aktionsbündnis gegen Rechts Ostprignitz Ruppin«, denen an dieser Stelle ebenso herzlich wie ausdrücklich gedankt sei.

# »Manchmal habe ich den Eindruck, daß wir hier die eigentlichen Verfassungsschützer sind.«

## Interview mit einem Vertreter des alternativen Jugendwohnprojekts »Mitten Drin e. V.« in Neuruppin

*1993 haben einige Jugendliche aus dem Umkreis der »Jungen Gemeinde« in Neuruppin ein Haus besetzt und einen Verein gegründet. Weil das Wohnprojekt mitten in der Stadt lag, nannten sie es »Mitten Drin e. V.« Inzwischen gehören sie zu einem der vier wichtigsten Freien Träger der Jugendarbeit in der Kommune und haben sechs hauptamtliche Mitarbeiter: einen Projektleiter, Streetworker und eine Mitarbeiterin, die die »Kids« betreut. Die Jüngsten sind um die 12, die Älteren um die 26 Jahre alt.*
*»Mitten Drin e. V.« war in den vergangenen 7 Jahren häufig das Ziel rechtsextremer Übergriffe in der Kommune. Auch deshalb war der Verein eines der aktivsten Mitglieder im »Aktionsbündnis gegen Rechts Ostprignitz-Ruppin« und hat während der Auseinandersetzung um die Schließung des »Bunkers« gemeinsam mit Uta Pehl eine Fülle an Informations- und Aufklärungsarbeit geleistet. Im Frühjahr haben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein »neues« Haus bezogen, das sie wegen eines Brandschadens gegenwärtig aus- und umbauen.*

### Projektarbeit

Frage: Welches sind eure Arbeitsschwerpunkte und welche Projekte führt ihr durch?

Mitten Drin: Angefangen haben wir als Hausbesetzer. Jetzt sind wir ein alternatives Jugendwohnprojekt. Unsere beiden Arbeitsschwerpunkte sind die offene Jugendarbeit als anerkannter Freier Träger der Jugendhilfe und politische Bildungsarbeit. Wir haben z. B. eine Ausstellung zum Thema Abschiebehaft aufgebaut und die Schulen angeschrieben, die dann mit ihren Klassen gekommen sind, um sie anzusehen. Aber auch Ernährungsseminare, in denen wir über Veganismus und Vegetarismus informieren, stehen auf unserem Programm. Manchmal veranstalten wir Lesungen und Lyrikabende. Wir haben auch schon Verleger eingeladen, die dann darüber berichtet haben, wie eine Buchpublikation verläuft. Eine große Rolle spielt die Zusammenarbeit mit dem Asylbewerberheim und der Kontakt zu Flüchtlingen. Wir haben viele Infoveranstaltungen zur Migration durchgeführt. Mit Partnern wie der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration oder mit dem Flüchtlingsrat.

Frage: Wie wurdet ihr als Mitten Drin e. V. öffentlich wahrgenommen?

Mitten Drin: Anfänglich waren die Schlagworte über uns: »Drogenhölle«, »Asoziale«, »Alkoholiker«, »Randalierer« oder »dreckige Chaoten«. In den letzten drei Jahren hat sich das geändert. Das hat sicher etwas damit zu tun, daß wir aus unserem Nischendenken ein bißchen herausgekommen sind. Uns war es sehr lange Zeit egal, wie uns die anderen wahrnehmen. Ist es eigentlich immer noch, aber wir arbeiten jetzt anders damit. Wir haben Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyarbeit fürs ›Mitten Drin‹ gemacht, damit transparent wird, wer wir sind und womit wir uns beschäftigen. Das läuft vor allem über öffentliche Veranstaltungen. Und wir haben uns Bündnispartner in der Stadt gesucht. Klar, es sitzen auch immer Leute vor der Tür mit der Bierflasche in der Hand; die Möbel sehen nicht aus, als wären sie gerade vom Möbelhaus angeliefert worden und es sind Gitter an den Fenstern. Hier wird eben erstens Jugendarbeit und zweitens politische Bildungsarbeit gemacht. Und wir sind nun mal kein Stehcafé, wo es Tequilla mit Schirmchen gibt.
Inzwischen haben die Eltern kein Problem mehr damit, daß ihre Kinder zu uns ins ›Mitten Drin‹ kommen. Das war einmal anders. Auch durch die Arbeit im »Aktionsbündnis gegen Rechts« haben wir viele Fürsprecher gewonnen. Die sagen: Okay, die vom ›Mitten Drin‹ sind ein bißchen anders, sehen auch ein bißchen anders aus, aber machen ganz gute Arbeit.

Frage: Welchen Stellenwert haben Grund- und Menschenrechte in eurer Arbeit?

Mitten Drin: Einen entscheidenden. Das ist uns noch einmal in der Arbeit mit der »Aktion Noteingang« deutlich geworden. Es ist fatal und skandalös, daß man hier solche Noteingänge überhaupt schaffen muß. Daß es notwendig

ist, Läden, Privatpersonen und Initiativen zu bitten, das Leben von Menschen zu schützen, die angegriffen werden. Wir fanden uns sehr schnell in der Rolle derjenigen wieder, die überhaupt erst einmal ein Bewußtsein dafür schaffen müssen, daß es so etwas wie Grundrechte gibt.
Die Auswertung der Fragebögen, die »Aktion Noteingang« erstellt hat, hat Exemplarisches zutage gefördert. Es gab eine Menge Leute, die eingeräumt haben, daß sie Minderheitengruppen schützen würden. Dann aber kam im Nachsatz die Einschränkung »außer« z. B. Alkoholiker oder Homosexuelle oder Juden oder Linke. Wenn man das versucht, in der Öffentlichkeit zu thematisieren, wissen die Leute oft gar nicht, wovon man spricht. Keine Spur von Problembewußtsein. Man selbst bekommt schnell das Image eines Nestbeschmutzers und den Vorwurf der Radikalität oder des Extremismus gemacht. Manchmal habe ich den Eindruck, daß wir hier die eigentlichen Verfassungsschützer sind.

Frage: Bekommt ihr bei eurer Arbeit zur Durchsetzung von Grundrechten Unterstützung von den etablierten Parteien?

Mitten Drin: Wir arbeiten mit Parteien wie der SPD, den Grünen und der PDS zusammen. Eigentlich müßte man davon ausgehen können, daß sie für die Grund- und Menschenrechte, die schwarz auf weiß Grundgesetz heißen, eintreten. Leider wird im Alltag sehr schnell entpolitisiert, sobald du auf das Problem einer rechten Gruppierung verweist, die durch die Stadt zieht und Leute attackiert, weil sie schwarz oder behindert oder links oder nicht rechts sind oder einfach nur anders aussehen. Auf einmal fühlt sich auch niemand mehr verantwortlich. Die Polizei sagt, daß sich die Jugendarbeit drum kümmern muß. Die Jugendarbeiter sagen, die Politik muß was tun. Die Politik sagt dann wieder ›Wir haben doch die Polizei.‹ So drehen sich halt alle im Kreis. Wenn man dann das Problem Rechtsextremismus anspricht: ›Leute hier passiert gerade eine riesengroße Schweinerei‹, stehen alle da und sagen: ›Na, so schlimm ist es nun auch wieder nicht.‹

## Die Arbeit gegen Rechtsextremismus

Frage: Wann habt ihr begonnen, das Thema Rechtsextremismus zu bearbeiten?

Mitten Drin: Wir wurden politisiert, weil wir einfach von Anfang an Ärger mit den Rechten hatten. Auch körperliche Auseinandersetzungen. Gleich in den ersten Wochen nach der Besetzung des Hauses waren wir das Ziel von Angriffen. Teilweise wurde sogar mit scharfer Munition geschossen. Wir hatten damals noch nicht viel Ahnung in juristischen Dingen, so daß manche dieser Angriffe nie zur Anzeige gebracht wurden. Man hat das erduldet, weil man es zu diesem Zeitpunkt einfach auch nicht anders gewohnt war. Damals gab es auch keine Unterstützung seitens der Polizei.
Aus einer persönlichen Betroffenheit heraus haben wir dann zu handeln begonnen. Als einmal die ganze Stadt mit Hakenkreuzen zugesprüht war und eine starke rechte Präsenz in den Straßen zu spüren war, haben wir angefangen, Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus durchzuführen. 1996 gab es dann regelmäßig Veranstaltungen zum Thema Antifaschismus/Antirassismus. Mit den Projekten sind wir nach und nach gewachsen. Von bloßen Infoveranstaltungen über Filmvorführungen bis hin zur tragenden Säule eines landesweiten Jugendbündnisses wie »Aktion Noteingang«.

Frage: Welche Rolle hat »Mitten Drin e. V.« in der Auseinandersetzung um die Schließung des »Bunkers« gespielt?

Mitten Drin: Wir haben das »Aktionsbündnis gegen Rechts« regelmäßig über rechtsextreme Aktivitäten in Neuruppin informiert. Unser Ziel war, eine Öffentlichkeit und ein Problembewußtsein für das Thema Rechtsextremismus und in diesem Zusammenhang auch für den Jugendclub »Bunker« zu schaffen. Das war schwierig, weil uns nur wenige geglaubt haben. Es wurde entweder abgestritten oder nicht ernst genommen. Es mußte erst ein Herr Hupka vor laufender Kamera sagen, daß es in Neuruppin einen nationalen Jugendclub gibt. Im Prinzip hat er nur wiederholt, was wir seit zwei Jahren gesagt haben. Aber auf einmal haben alle aufgemerkt: Ja, wenn der Hupka das sagt, dann muß ja wohl wirklich was dran sein. Es war ernüchternd, daß erst ein Nazikader daherkommen muß, damit die Leute glauben, was hier passiert.

Frage: Wieso wurden deiner Auffassung nach eure Wahrnehmungen in Zweifel gezogen oder zumindest relativiert?

Mitten Drin: Ich glaube, die haben gedacht, daß wir die Situation völlig überzogen darstellen und bewerten. Sie haben uns als die »Linken« wahrgenommen und die »Rechten« als unseren Gegenpart. Gewaltaktionen haben sie bagatellisiert nach dem Motto ›Mein Gott, daß da mal jemand was aufs Maul kriegt, das passiert an jeder dritten Straßenecke. Das sind halt Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und bestimmt wurden die Rechten provoziert.‹ Dann wurde immer wieder sehr schnell dieser Umkehrschluß gezogen. In diesem Zusammenhang sind Sätze gefallen wie ›Ihr habt doch auch Aufnäher gegen Nazis. Wieso sollte der rechte Jugendliche dann nicht seinen ›White-Power‹-Aufnäher tragen?!‹

Frage: Ihr wurdet als diejenigen, die auf ein Problem aufmerksam machen, zum eigentlichen Problem deklariert?

Mitten Drin: Ja, angeblich gibt es nur Streß, wenn die Linken oder die Antifaschisten oder wie auch immer man uns bezeichnete, auftauchen. Denn die Rechten sind einfach mal da und werden nur dann aktiv, wenn sie provoziert werden. In Wirklichkeit läuft das zwar häufig anders ab, aber das wollte kaum jemand wahrhaben. Zum Beispiel zur Silvesterparty 1998. Wir haben mit ca 30 Leuten im »Mitten Drin« gefeiert. Plötzlich standen 50 Rechte vor der Tür und haben unseren Laden in Klumpen gehauen. Es gab übrigens auch im »Aktionsbündnis« einige, die sich das nicht vorstellen konnten und immer wieder insistierten, daß den Übergriffen Provokationen unsererseits vorangegangen sein müssen.

## Partnerschaften

Frage: Gab es Solidarisierungen mit euch innerhalb des »Aktionsbündnisses« und in der Kommune? Welche Partner habt ihr in der Kommune?

Mitten Drin: Es gab von einzelnen eine Solidarisierung wie z. B. von Uta Pehl und vom DGB. Wir haben beim »Aktionsbündnis« neue Partner gefunden, mit denen man zusammenarbeiten kann. Mit dem DGB haben wir jetzt zum zweiten Mal ein Open air-Festival mit Info-Ständen und viel Musik veranstaltet. Auch zu anderen Jugendprojekten wie z. B. zur Skaterbahn oder dem städtischen Jugendfreizeitzentrum gibt es gute Kontakte. Seit Jahren pflegen wir gute Kontakte auch zum Jugendamt des Kreises Ostprignitz-Ruppin. Wir haben in Neuruppin den Jugendbeirat mit aufgebaut, der sehr gut arbeitet. Und wir sind im Kreisjugendring aktiv, auch auf überregionaler Ebene.

Frage: Was müßte aus eurer Sicht geschehen, um den rechtsextremen Tendenzen in Neuruppin effektiv entgegenzusteuern? Wer müßte an welcher Stelle mit euch gemeinsam aktiv werden?

Mitten Drin: Es ist vollkommen richtig, neu entstehende Jugendeinrichtungen zu unterstützen und zu fördern. Aber es ist mindestens genauso wichtig, bereits bestehende Jugendeinrichtungen zu erhalten, speziell auch mit Personalkosten, um nicht nur vielfältige, sondern auch beständige Angebote machen zu können. Erforderlich ist aber auch die Unterstützung der Selbständigkeit und Selbstorganisierung von Jugendlichen. Nicht alles darf immer gleich durch Vereine bzw. Träger verbürokratisiert werden.
Wir haben im Zusammenhang mit der »Bunker«-Geschichte innerhalb des »Aktionsbündnisses« und in der Öffentlichkeit immer wieder darauf hingewiesen, daß wir keine spezielle Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen brauchen. Statt dessen brauchen wir eine stadtteilorientierte Arbeit mit Jugendlichen, so daß nicht immer nur ein Klientel betreut wird. Und dazu braucht es eine von der Stadt organisierte Jugendarbeit mit ausgebildeten Sozialpädagogen, die die Pluralität der Jugendkultur fördert und nicht die Monokultur der rechtsextremen Jugendlichen, die das dann ausnutzen.
Wichtig ist eine Vernetzung mit allen freien Trägern der Jugendhilfe, um die sich jeder einzelne Träger – im übrigen auch die Sportvereine – gezielt bemüht. Das schließt die Arbeit mit jugendlichen Aussiedlern genauso ein wie die mit den Skatern.

Frage: Wer arbeitet mit den Kindern aus dem Asylbewerberheim?

Mitten Drin: Das ist eine gute Frage. Sicherlich werden sie durch den Besuch in der Schule schon integriert. Aber was passiert danach – sie besitzen doch keinerlei Rechte. Es gibt außer uns Einrichtungen bzw. Träger, in denen sich die Kinder einbringen, die sie mitgestalten können. Das Jugendfreizeitzentrum (JFZ) zum Beispiel, aber auch das ESTA-Projekt (Einsetzen statt Aussetzen) und das Frauen- und Mädchenzentrum geben den Asylbewerbern diese Möglichkeiten und bieten auch konkrete Hilfe an.

## Zivilgesellschaft

Frage: Was müßte über Jugendarbeit hinaus geschehen?

Mitten Drin: Wichtig ist, daß Bürgerinitiativen von bestimmten Institutionen wie Parlament, Stadtverwaltung und Parteien Unterstützung erfahren. Es wird immer wieder Zivilcourage und Problembewußtsein eingefordert, aber wenn es Initiativen gibt, die bestimmte Probleme wie Rechtsextremismus benennen und dagegen arbeiten wollen, dann werden sie entweder nicht beachtet oder blockiert oder sogar ausgegrenzt. Auf diese Weise wird man automatisch wieder ins Nischendasein zurückgeworfen. Es sind auch staatliche Institutionen gefragt, Initiativen gegen Rechtsextremismus und für mehr Demokratie in der Öffentlichkeit politisch und moralisch zu stärken. Doch vor allem dort sind Toleranz und Achtung von Minderheiten-Meinungen absolute Mangelware.

Frage: Welche Positionen sollten eine Zivilgesellschaft prägen?

Mitten Drin: Eindeutig nicht-rechte Positionen. Eine Zivilgesellschaft sollte nicht rassistisch, nicht nationalistisch, nicht fremdenfeindlich sein. Während der Auseinandersetzung um den »Bunker« wurde im »Aktionsbündnis« immer wieder gesagt: ›Wir sind mehr als die.‹ Gemeint waren natürlich die Rechten. Dann haben wir immer wieder gefragt: ›Wer sind denn ›die‹?‹ Wir haben verdeutlicht, daß wir nicht in einem Aktionsbündnis zusammen mit einer CDU arbeiten können, die eine Unterschriftenkampagne durchführt, mit der massiv Ausländerhetze betrieben wird. »Wir« und »Die« haben für uns eine andere Dimension. Unserer Auffassung nach verlaufen die Trennlinien anderswo.

Frage: »Zivilgesellschaft« ist deinem Verständnis nach an menschenrechtlich-demokratische Positionen gebunden?

Mitten Drin: Eindeutig. Die Polarisierung, die wir aufmachen, besteht darin, daß die einen z. B. Fremdenfeindlichkeit dulden oder sogar fördern, während die anderen sie bekämpfen. Mittlerweile werden von der CDU oder CSU Positionen vertreten, die früher der DVU oder NPD vorbehalten waren. Zum Beispiel kann ein CDU-Stadtrat heute einfach mal so einen Satz bringen wie: »Die Hausbesetzerszene in Potsdam ist vergleichbar mit den Zuständen in der Reichskristallnacht.« Es hat niemand widersprochen. Da werden Vergleiche gezogen, die die Verbrechen während der Nazizeit verharmlosen. Wenn man dann Einspruch erhebt, ist man ein Spielverderber und Nestbeschmutzer.

*Das Interview mit »Mitten Drin e. V.« führte Sylke Kirschnick.*

# Die Freudenberg Stiftung – eine zivilgesellschaftliche Initiative

*Christian Petry*

## 1. Zur Entstehungsgeschichte der Stiftung

Die Freudenberg Stiftung wurde 1984 gegründet. Mitglieder der Familie Freudenberg übertrugen Vermögensanteile an der ausschließlich in Familienbesitz befindlichen Firma Freudenberg auf eine gemeinnützige Stiftung. Die Unternehmensgruppe Freudenberg hat 1999 ihr hundertfünfzigjähriges Jubiläum gefeiert.
Die Freudenberg Stiftung wurde als gemeinnützige GmbH konzipiert. Ihre Erträge werden satzungsgemäß zur Förderung von Wissenschaft, Erziehung und Bildung sowie zur Stärkung des friedlichen Zusammenlebens in der Gesellschaft eingesetzt. Sie vergibt jährlich ca. 3,5 Millionen DM.

## 2. Selbstverständnis und Tätigkeitsschwerpunkte

Ziel der Freudenberg Stiftung ist es, durch innovative Handlungsmodelle zur Überwindung sozialer Ausgrenzung und zur Stärkung der demokratischen Alltagskultur in Schule, Jugendarbeit und Gesellschaft beizutragen. Wichtig ist ihr dabei, regionale Verantwortungsgemeinschaften zu fördern, die in einer Partnerschaft zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen Praxisprojekte entwickeln. Die Freudenberg Stiftung versteht sich als operative Stiftung, die eigene Projekte entwirft, umsetzt, weiterentwickelt und verbreitet. Sie ist aber auch offen für extern entwickelte Initiativen. Die Schwerpunktbereiche, auf die sich die aktive Stiftungspolitik konzentriert, um einen möglichst effektiven und langfristigen Mitteleinsatz sicherzustellen, sind:

- *Gleichberechtigte Teilhabe ethnisch-kultureller Minderheiten*
  Hier geht es z. B. um die soziale und berufliche Eingliederung von Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft; um die Lebensqualität von MigrantInnen, Flüchtlingen und ausgegrenzten Minoritäten; um einen von Verständnis und gegenseitigem Respekt getragenen Dialog zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und ihren kulturellen Minderheiten bzw. um die Verständigung von Minderheiten untereinander. Es geht um interkulturelles Lernen und um wirksame Strategien gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.
- *Jugendliche zwischen Schule und Beruf*
  Gemeint sind Fragen der Berufsorientierung und -vorbereitung, die Überwindung der ›ersten Schwelle‹ zwischen Schule und Ausbildung sowie der ›zweiten Schwelle‹ zwischen Ausbildung und Beruf bzw. Arbeit. Unterstützt werden ausbildungsbegleitende Hilfen und alternative Modelle beruflicher Qualifikation, die Förderung von Eigeninitiative und unternehmerischen Kompetenzen. Initiiert und gefördert werden Konzepte, die aus dem Lernort Schule einen Lebensort und zudem einen Raum für Erfahrungslernen machen, in dem neue Formen politischer Bildung und Erziehung im Sinne demokratischer Grundwerte und Handlungsmodelle gegen Gewaltbereitschaft von Jugendlichen realisiert werden.
- *Arbeitsmarktintegration, Qualifizierung und Entstigmatisierung psychisch Kranker*
  Die Stiftung fördert in diesem Zusammenhang z. B. Selbsthilfefirmen, Organisationsmodelle für die Bereitstellung von Möglichkeiten für Zuverdienst und Teilzeitarbeit, geschützte Abteilungen in Betrieben, Integrationsdienste, den Aufbau von Strukturen der Selbstvertretung und Interventionen im Fortbildungsbereich. Neben arbeitsbezogenen Projekten unterstützt die Stiftung innovative Initiativen, die zum Abbau von Stigmatisierung psychisch kranker Menschen beitragen.

## 3. Ebenen des Stiftungshandelns

Die Praxis der Freudenberg Stiftung umfasst verschiedene Handlungsebenen:

- Initiierung, Förderung, Begleitung und Auswertung konkreter Praxisprojekte in den Stiftungsschwerpunkten
- Vernetzung innovativer Praxisprojekte durch Workshops, Arbeitsgruppen und Tagungen
- Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zur Vorbereitung, Überprüfung und Weiterentwicklung der Projektepraxis
- Öffentlichkeitsarbeit und Politikberatung mit dem Ziel, durch Publikationen und öffentliche Diskussionen zur Verbreitung erfolgreicher Handlungsmodelle beizutragen und den politischen Meinungsbildungsprozess zu bereichern
- Zusammenarbeit mit lokalen, nationalen und internationalen Partnerorganisationen wie z. B. Kommunen, Landes- und Bundesbehörden, Stiftungen und dem Europarat.

## 4. Projekte der Freudenberg Stiftung

Die Stiftung initiiert und fördert innovative Projekte, die praktische Antworten auf folgende Fragen entwickeln:
1. Wie lassen sich Prozesse sozialer und ökonomischer Ausgrenzung überwinden bzw. vermeiden?
2. Was ist zu tun, um eine demokratische Kultur zu stärken?

Die Leitlinien für die Bewertung »guter Praxis« sind:
- die Projektpraxis zeigt innovativ, modellhaft und übertragbar auf, wie ein soziales Problem gelöst werden kann
- durch die Projektpraxis entsteht eine nachhaltige Innovation im regionalen Gemeinwesen bzw. in bundesweiten oder transnationalen Netzwerken
- das Projekt erbringt einen nachweislichen Zuwachs an Demokratie – insbesondere Minderheitenschutz- und sozialer Inklusion
- das Projekt trägt dauerhaft zur Erhöhung der Eigeni-

nitiative und Fähigkeit zur Selbstorganisation der Zielgruppen bei
- das Projekt verbessert die Kooperation öffentlicher und privater Einrichtungen und führt zur Stärkung regionaler Verantwortungsgemeinschaften über Zuständigkeitsgrenzen hinweg
- Das Projekt zeigt eine Kohärenz von innen und außen, d. h. die Binnenstrukturen sind demokratisch und teamorientiert
- die kontinuierliche Weiterentwicklung des Projekts beruht auf einer lebendigen, systematischen und zukunftsorientierten Evaluationskultur
- das Projekt speist seinen Lerngewinn in bestehende Netzwerke der Freudenberg Stiftung ein und erweitert damit den kollektiven Lernfortschritt.

Die Freudenberg Stiftung hat eine vielfältige Projektlandschaft initiiert. Dazu zählen nicht nur Projekte in den alten und neuen Ländern, sondern auch europaweite und transnationale Projekte.

In den neuen Ländern fördert die Stiftung neben den RAA's unter anderem das Zentrum Demokratische Kultur, die Amadeo-Antonio-Stiftung und die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS).

Vier von den insgesamt 38 Projekten der Freudenberg Stiftung werden im Folgenden kurz vorgestellt.

**civis*medienpreis*, civis-Jugendvideowettbewerb, civis*europe***

Der civis-Fernseh- und Hörfunkpreis zeichnet Medienbeiträge aus, die in besonderer Weise die Achtung des Anderen in der kulturellen Vielfalt zum Ausdruck bringen und fördern. Der Preis wurde 1987 von der Freudenberg Stiftung gemeinsam mit der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen sowie der ARD unter Federführung des WDR ins Leben gerufen. Mitte der 90er Jahre ist der *civis*preis um ein Jugendprojekt ergänzt worden. Ziel des Projektes ist es, sich für die Inhalte zu engagieren, die der Fernseh- und Hörfunkpreis symbolisiert: die Verständigung mit kulturellen Minderheiten bzw. Menschen nichtdeutscher Herkunft, die Bekämpfung von Jugendgewalt und Fremdenfeindlichkeit, die Förderung kultureller Vielfalt gegen Rassismus. Das civis-Jugendprojekt wird getragen von der Bundesarbeitsgemeinschaft der RAA. Der »civis*medienpreis* 2000« – Leben in der kulturellen Vielfalt hat eine europäische Dimension erhalten. Der neue civis*europe* prämiert Programmleistungen, die sich gegen Rassismus und Ausgrenzung auf der Basis gemeinsamer europäischer Grundwerte einsetzen und das Europa der kulturellen Vielfalt beispielhaft darstellen. Die diesjährige Ausschreibung stand unter dem Motto »Grenzerfahrungen – an inneren und äußeren Grenzen«.

**Job Central – Weinheimer Modell Jugend-Bildung-Arbeit**

Job Central arbeitet seit April 1999 als regionales Projekt an der Verwirklichung der zwanzig Empfehlungen des Memorandums »Wege aus der Ausbildungskrise« sowie der Enquete-Kommission Jugend-Arbeit-Zukunft im Raum Badische Bergstraße. Vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg als Modell »Regionale Jugendagentur« ausgewiesen und gefördert, zielt Job Central in einem regionalen Verbundsystem auf die Verbesserung der Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit ab. Kernaufgabe von Job Central ist es – entsprechend den Erfordernissen des Vertrags von Amsterdam – jedem und jeder Jugendlichen in der Region Beratung und Unterstützung bei der Entwicklung einer tragfähigen, zukunftsorientierten beruflichen Lebensperspektive zu bieten und bei der konkreten Umsetzung zu helfen. Job Central setzt sozusagen als Werkstatt die Handlungsempfehlungen des Forums Jugend-Bildung-Arbeit um und hat damit Modellfunktion für die Freudenberg Stiftung.

Handlungsfelder:
- Haupt- und ehrenamtliches Coaching und Job Hunting für junge Menschen bis 25 Jahre
- Gemeinschaftsprojekte mit Schulen
- Partizipation von Jugendlichen – Dialog mit Jugendlichen
- Stärkung der regionalen Verantwortungsgemeinschaft zur Überwindung der Ausbildungskrise
- Erprobung des Qualipasses.

**Weißenseer Integration Behinderter e. V. (WIB)**

Der Verein Weißenseer Integration Behinderter e. V. wurde 1990 als Beratungs- und Beschäftigungsprojekt für psychisch Behinderte im Osten Berlins gegründet. WIB e. V. war einer der ersten Vereine in den östlichen Stadtbezirken, der die Ideen der Psychiatriereform mit ganzheitlichen Ansätzen des DDR-Rehabilitationssystems verband und lebensweltnahe Angebote für psychisch kranke Menschen und Menschen mit Behinderungen aufbaute. Ziel war es, eine Innovationslücke des westdeutschen Rehabilitationssystems zu schließen, indem Möglichkeiten zur beruflichen Integration psychisch Kranker geschaffen wurden. Durch die Auflösung der sogenannten geschützten Betriebsabteilungen nach der Wende bestand dringender Bedarf an alternativen Integrationsformen ins Erwerbsleben. WIB e. V. hat neben Kontakt- und Beratungsstellen, Beschäftigungstagesstätten, Einrichtungen zum betreuten Wohnen auch Zuverdienstprojekte, die diesen integrativen Ansatz verwirklichen. Dazu gehören beispielsweise eine Nähwerkstatt mit Second-Hand-Laden sowie die Selbsthilfefirma Spektrum gGmbH für berufliche Bildung und Integration, die zusammen mit einem zur Firma Freudenberg gehörenden Berliner Betrieb eine ›geschützte Abteilung‹ eingerichtet hat. 1998 wurde eine weitere Integrationsfirma mit den beiden Geschäftsfeldern Wäscherei/ Reinigung und Gebäudereinigung eröffnet.

**Towards Emerging Ethnic Classes in Europe**

Ziel des Projekts war, die Herausbildung ethnischer Klassen in sieben europäischen Ländern unter besonderer Berücksichtigung der Rolle von ethnisch heterogen strukturierten Betrieben zu analysieren. Als Ergebnis einer internationalen Konferenz mit Experten und Stiftungsvertretern wurde festgehalten, dass in allen Ländern Immigranten und ethnische Minderheiten systematisch ausgegrenzt sind,

wobei es zwischen den einzelnen Gruppen relativ große Unterschiede gibt. Auch die zweiten und dritten Generationen von Minderheiten erreichen sowohl auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt als auch im Bildungssystem schlechtere Positionen als die Einheimischen. Die Bedeutung der multiethnischen Betriebe für eine erfolgreiche Integration der Minderheiten in die Mehrheitsgesellschaft wurde kontrovers diskutiert. Die Mehrheit der Länderexperten betrachteten Unternehmensgründungen jedoch als überaus erfolgversprechende Strategien gegen soziale Ausgrenzung, die sehr oft soziale Mobilität ermöglichen. Der veröffentlichte Abschlussbericht enthält neben den Länderberichten Politikempfehlungen für europaweite Strategien zur Stärkung der sozialen Inklusion ethnischer Minderheiten.

Umfassendere Informationen zur Freudenberg Stiftung, ihren MitarbeiterInnen, Projekten, Aktivitäten und Publikationen kann man im Internet unter www.freudenberg-stiftung.de finden.

# Das zivilgesellschaftliche Engagement des Brandenburger Generalstaatsanwalts Erardo Rautenberg

*Sylke Kirschnick*

Das Büro der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg befindet sich in der gleichnamigen Kleinstadt, ganz in der Nähe des Bahnhofs. Auf dem Weg dahin kann man Jugendlichen und jungen Erwachsenen begegnen, die ihre politische Überzeugung via Outfit demonstrieren. Wie überall in Ostdeutschland.
Als sich im Frühsommer und Herbst 1996 medienwirksame rechtsextreme Gewaltstraftaten im Land Brandenburg häuften, schien das Problem Rechtsextremismus in den anderen neuen Bundesländern in den Hintergrund zu treten. Selten fand Beachtung, daß rechtsextreme Aktivitäten und Übergriffe in Brandenburg auch deshalb öffentlich wurden, weil neben mutigen Journalisten auch eine Reihe zivilgesellschaftlicher Initiativen, Vereine und engagierter Bürger mit und ohne Verantwortung qua Amt sie problematisierten. Einer, der sich über die professionell erzwungene Beschäftigung mit dem Rechtsextremismus hinaus dagegen engagierte, ist Erardo Rautenberg.

Zwischen einem wichtigen Termin und der Abreise zu einer Fachtagung nach Polen nimmt der Generalstaatsanwalt am Besuchertisch seines Arbeitszimmers Platz. Zum Gespräch über zivilgesellschaftliche Bündnisse gegen Rechtsextremismus. Rautenberg hatte zu diesem Thema bereits ebenso klar wie differenziert Position bezogen, als es noch nicht en vogue war.

In einem Interview mit dem Journalisten Frank Jansen vom »Tagesspiegel« hatte er im Juli 1996 »eine Solidarität gegen diese menschenverachtende rechte Gewalt« gefordert, »die nicht nur den sogenannten Durchschnittsbürger einbezieht, sondern vom stramm Konservativen bis zum autonomen Spektrum reicht.«[22] Dazu gehört selbstredend die Anerkennung des rechtsstaatlichen Gewaltmonopols. Autonomer Gewaltverzicht muß zum prinzipiellen Minimalkonsens breiter Bündnisse gegen Rechtsextremismus zählen. Darauf legt Rautenberg Wert. Nicht nur, weil er das von Amts wegen muß. Auch, weil der Einsatz von Gewalt in seinen Augen strukturell das Gleiche mit lediglich umgekehrtem Vorzeichen wäre. Es würde den Kampf gegen Rechtsextremismus delegitimieren: »Wenn man gegen Menschen vorgehen will, die die Menschenwürde anderer Menschen angreifen, dann kann man das nicht mit Mitteln tun, die ihrerseits menschenfeindlich sind.«

Nach Brandenburg war Rautenberg Anfang der 90er Jahre gekommen. In eine doch ein bißchen andere Welt. Der in Patagonien geborene Jurist ist Inhaber eines argentinischen Passes. Familienangehörige waren vor dem ersten Weltkrieg nach Argentinien ausgewandert. Ein Jahr nach Rautenbergs Geburt kehrte die Familie nach Deutschland zurück. In der Nähe von Göttingen wuchs Rautenberg auf, studierte Jura, promovierte über ein Thema des Grenzbereichs zwischen Recht und Psychiatrie und begann 1982 in Lübeck seine Laufbahn als Staatsanwalt.
Im Juli 1992 wechselte der inzwischen als Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof tätige Rautenberg mit dem Wohnort auch die Arbeitsaufgabe. Hatte er sich in Karlsruhe mit RAF und PKK befaßt, sollte er nun die Aufarbeitung und Strafverfolgung des durch die SED begangenen Unrechts in die Wege leiten.

## Vox populi

In einer brandenburgischen Kleinstadt bezog Rautenberg Ende 1993 ein möbliertes Zimmer. Das lag direkt über einer Kneipe. In der trank er abends gelegentlich sein Bier. Anfangs waren die anderen Gäste nicht sehr gesprächig. Zumal man wußte, was Rautenberg beruflich tat. »Immer wenn die Leute sich lautstark über Politik unterhielten, machte der Wirt so eine Geste.« Rautenberg ahmt kichernd die Handbewegung des Gastwirts nach, die die Lautstärke dämpfen und die Wahl der Gesprächsthemen regulieren sollte. Als sich das nach einer Weile gab, »kam dann eine für mich erschreckende Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit zum Ausdruck«, sagt Rautenberg. Ressentimentgeladene Szenarien wurden entworfen. Von zu Schrott gefahrenen Luxuskarrossen, die in den Asylbewerberheimen angeblich en masse stünden. Oder von »Asylanten«, die in den Dorfkneipen der Umgebung die Geldscheine zählen und stapeln würden. Auch die Zigarettenhändler, bei denen man morgens kaufte und die man abends am Stammtisch zum Teufel phantasierte, wurden ins Visier genommen. Zwar ließen sich Herkunft, Bedeutung und Schutzwürdigkeit des Asylrechts abstrakt erläutern. Daß wirtschaftliche

22 »Tagesspiegel« vom 31.07.1996

Not ein legitimer Grund für Migration sein kann, war aber nicht vermittelbar. Es war die Zeit der Asyldebatte. Die Emotionen kochten hoch. Es gab eine geschlossene Front der Ablehnung gegenüber Ausländern, die vom PDS- bis zum CDU-Anhänger reichte. Die Dinge, so wurde argumentiert, entwickeln sich nicht so wie erhofft. Es wird nicht alles besser, statt dessen vieles schlechter. Und dann kommen auch noch Leute von »außen«, die »uns« etwas »wegnehmen«. Der europäische Kontext, die Tatsache, daß Deutschland zu den reichsten Ländern zählt und das Asylrecht in Deutschland vor dem historischen Hintergrund des Nationalsozialismus zu sehen ist, wurden nicht wahrgenommen. Damals hat sich Rautenberg entgegen seiner ursprünglichen Überzeugung für den Asylkompromiß entschieden: »Ich meinte, daß der Asylkompromiß zwar schmerzhaft sei, aber vielleicht den Druck aus dem Dampfkessel nehmen könnte.«

Als rechtsextrem würde Rautenberg die Stimmungen in der Bevölkerung nicht bezeichnen. Auch Rassismus hält er für weniger weit verbreitet. Zumindest nicht unter den sogenannten »Durchschnittsbürgern«. Unter den Schlägern dagegen schon, räumt er ein. »Ich mag mich da täuschen, aber ich würde die Stimmung eher als fremdenfeindlich beschreiben.« Denn die Leute unterscheiden danach, ob und wie gut sie jemanden kennen. Natürlich gibt es graduelle Abstufungen von Fremdheit. Als »am fremdesten« gelten diejenigen, die eine andere Sprache sprechen und eine andere Hautfarbe haben. Ausländer, die gut integriert sind, und die man kennt, dagegen nicht. Rautenberg führt das Beispiel des Arztes indischer Herkunft an, der in einer kleinen brandenburgischen Kommune seit vielen Jahren lebt und inzwischen Bürgermeister geworden ist. Man kennt ihn nicht nur, man anerkennt und respektiert ihn. Das Beispiel ist nicht von der Hand zu weisen. Daß viele Juden im deutschen Alltag vor 1933 nicht als »fremd« wahrgenommen wurden, danach aber schon, allerdings ebensowenig.

Seit Rautenberg in Brandenburg lebt, hat er anstatt weg-, zugehört und hingesehen. »Das ist doch selbstverständlich!«, sagt Rautenberg mit Bestimmtheit. Von selbst verstand sich diese Haltung in den vergangenen 10 Jahren aber häufig nicht. Und spätestens seit Martin Walsers Friedenspreisrede und der sich daran anschließenden Debatte ist die Praxis des Wegsehens, Weghörens und Wegredens mit den Weihen intellektueller Prominenz versehen worden. Sie hat ihre Wirkung auch auf Lehrer und Sozialpädagogen nicht verfehlt. Auf Kolportage und Ignoranz diffamierender Äußerungen über Migranten kann man überall im Alltag treffen. Kneipen sind nicht die einzigen Umschlagsplätze.

## Gegenöffentlichkeit

»Zum common sense einer demokratischen Gesellschaft«, sagt Erardo Rautenberg, »zählt die menschenwürdige Behandlung von Ausländern.« Das heißt nicht nur, daß man sie nicht schlägt, sondern auch, daß man sie nicht diffamiert. Bestimmten »Meinungen«, wie der von der angeblichen Privilegiertheit von Migranten oder ihrer angeblich höheren Disposition zur Kriminalität, kann man nicht mit Mitteln des Strafrechts begegnen. »Das sollte auch so bleiben«, bemerkt Rautenberg, »Eine Meinungsdiktatur errichten zu wollen, wäre der falsche Weg. Meinungsfreiheit ist eine enorm wichtige Errungenschaft.« Äußerungen der genannten Art müßten in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt und widerlegt werden. Dazu sei jeder aufgerufen, der solche Äußerungen hört. In Brandenburg hätten ausländische Investoren eine Vielzahl von Arbeitsplätzen geschaffen. Es müsse eine Gegenöffentlichkeit hergestellt und eine sachliche Auseinandersetzung geführt werden.
Wenn Rautenberg zu öffentlichen Veranstaltungen eingeladen wird, nutzt er die Gelegenheit. Manchmal wird die Diskussion heftig, prallen Positionen aufeinander und aneinander ab. Wie einmal bei einer Veranstaltung der Bündnisgrünen in Berlin, als ein Mittfünfziger sich selbst als Opfer der Asylgesetzgebung verstand (»Es sind unsere Steuergelder. Wer holt die eigentlich alle ins Land!«) und rechtsextreme Gewaltstraftaten zu »Notwehrakten« der »deutschen Jugend« erklärte. Der massive Einspruch Rautenbergs und anderer Diskussionsteilnehmer hat den Mann sicher nicht umgestimmt. Doch darum ging es nicht. Entscheidend war es, den öffentlichen Raum mit demokratischen Positionen zu besetzen. Nicht zuletzt als Orientierungsangebot. An der Veranstaltung hatte auch eine Schulklasse teilgenommen.

Rautenberg findet, daß man Stammtischler nicht ins unmittelbare Umfeld der rechtsextremen Gewaltstraftäter einordnen sollte. Es steht außer Frage, daß die Straftäter einen Teil ihrer Legitimation aus den fremdenfeindlichen Stimmungen in den Kommunen beziehen. Man müsse dennoch differenzieren. »Ich glaube, die rechtsextremen Gewaltstraftaten«, sagt Rautenberg, »werden nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland selbst vor dem Hintergrund der Barbarei der nationalsozialistischen Vernichtungslager gesehen. Das ist für die politischen Vorstellungen der Rechtsextremen ein Problem, die ja in Teilen durchaus den Stammtischparolen entgegenkommen.« Einige Leute an den Stammtischen mögen Dinge äußern, die auch ein Rechtsextremer sagen würde. Politische Unterstützung erhielten die Rechtsextremisten von den Stammtischen indes nicht. Das hat, glaubt Rautenberg, durchaus etwas mit der Nähe der Rechtsextremisten zum Nationalsozialismus zu tun, die ihnen a priori einen unseriösen Anschein verleiht und den »Durchschnittsbürger« auf Distanz hält. Solange zumindest, wie die Zeit des Nationalsozialismus nicht relativiert oder von der Generation der Kinder und Enkel in eine auf einmal unvordenkliche Vergangenheit katapultiert wird, die in der Gegenwart keine Rolle mehr spiele. (Nach über 50 Jahren, einer so langen Zeit, sollten Juden endlich aufhören, Eigentum zurückzufordern oder Anspruch auf Entschädigungen anzumelden, hatte eine Studentin in Königs Wusterhausen einmal gemeint.)

Informationsarbeit und Meinungskampf laufen jedoch leer, wenn die nationalsozialistischen Verbrechen gebilligt oder geleugnet werden. Daß das in Deutschland strafbar ist, wird im Ausland manchmal nicht verstanden: »Ich meine, daß wir in Deutschland noch immer eine spezifische Situation haben. Eine dahingehende Äußerung hat hierzulande

eine ganz andere Wirkung als z. B. in Amerika. Im Land der Täter etwas zu leugnen, das historisch so detailliert beschrieben und nachgewiesen wurde, ist nicht hinnehmbar. Die Gefahr besteht unter anderem darin, daß bestimmte Leute diese Lüge politisch für sich instrumentalisieren. Deshalb halte ich es auch für wichtig, daß wir das Strafrecht einsetzen, um so etwas abzuwehren.«

## Strafverfolgung von Rechtsextremisten

Rautenberg hatte beobachtet, daß das aus der DDR-Zeit herrührende Strafverlangen der Bevölkerung in den neuen Bundesländern unmittelbar nach der Wende noch stark ausgeprägt war. Die DDR-Strafrechtspflege war rigoros. Das führte in den Gerichtssälen Anfang der 90er Jahre zu Situationen, die mitunter der Komik nicht entbehrten: »Ich erinnere mich an einen Fall, in dem der Angeklagte nach dem Plädoyer des Staatsanwalts, der aus den alten Bundesländern abgeordnet war, derart von dem Strafantrag überrascht war, daß er sagte: ›Ich nehme das Urteil an.‹ Weil er dachte: ›Einverstanden.‹«, lacht Rautenberg.

Man hört auch heute von Politikern, daß rechtsextreme Straftäter die »volle Härte des Gesetzes« spüren sollen. Drakonische Strafen für rechtsextreme Straftäter? Die negative Generalprävention, sprich: die Abschreckung der Allgemeinheit oder potentieller Täter durch ein besonders strenges Urteil gegen den einzelnen, ist nicht zulässig. »Das würde ich auch nicht für sinnvoll halten«, erklärt Rautenberg, »Bei den 14- bis 18-Jährigen besteht noch die Möglichkeiten der erzieherischen Beeinflussung. Die Persönlichkeit ist noch nicht ausgereift.« Das Jugendstrafrecht orientiert sich in erster Linie an der Erziehbarkeit Jugendlicher. Es sollte darum gehen, diese Jugendlichen in die zivile Gesellschaft zurückzubringen.

Eine Instrumentalisierung des Strafrechts als Kampfmittel gegen Rechtsextremismus birgt die Gefahr, daß die Rechtsstaatlichkeit Schaden leidet. Aus der Beschäftigung mit dem Linksextremismus hat Rautenberg zwei wichtige Erkenntnisse gewonnen: »Ich bin im Rückblick der Meinung, daß der Extremismus nur bekämpft werden kann, wenn man erstens diejenigen, die durch Gespräche zu erreichen sind, auch versucht zu erreichen. Zweitens, wenn man sich rechtsstaatlich bis auf den i-Punkt einwandfrei verhält. Auch der rechtsextreme Straftäter hat einen Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren.« Alles andere würde den Staat ins Unrecht setzen. Was wiederum allein für die Rechtsextremisten von Nutzen wäre. Es würde ihnen neue Sympathisanten zutreiben, die feststellen, daß jemand ungerecht behandelt wird.
Das Prinzip Gerechtigkeit ist für Rautenberg ein elementares. Er schätzt es nicht besonders, wenn Politiker sich während laufender Verfahren über das zu verhängende Strafmaß äußern. In seinen Augen ist das Stimmungsmache, die sich umgekehrt aus Gerechtigkeit nicht allzuviel macht. Politische Signale kann und sollte man anders setzen.

Andererseits sind Strafmilderungen für rechtsextreme Straftäter nicht unüblich. Rautenberg nennt vor allem zwei Gründe: Erstens handelt es sich überwiegend um Straftaten, die aus Gruppen heraus bzw. durch Gruppen begangen werden. Zweitens werden Straftaten dieser Art meist unter Alkoholeinfluß begangen. Man sei eben angetrunken gewesen, wird dann in der Regel als Entschuldigung vorgebracht. Damit wird mindestens eine verminderte Schuldfähigkeit oder sogar Schuldunfähigkeit ins Spiel gebracht. Verminderte Schuldfähigkeit kann Strafmilderung bedeuten, Schuldunfähigkeit heißt Straffreiheit. Davon hält Rautenberg gar nichts. Vor drei Jahren hat er sich für die Anwendung einer Regelung aus dem DDR-Strafrecht ausgesprochen. Danach kommt bei selbstverschuldeter Trunkenheit Strafmilderung nicht in Betracht. Gewiß, dieser Vorschlag muß gründlich geprüft werden. Die Diskussion ist im Gange: »Ich persönlich halte es für eine wichtige Regelung, daß derjenige, der sich betrinkt und weiß, daß er unter Alkoholeinfluß dazu neigt, Straftaten zu begehen, keine Strafmilderung verdient, wenn dieses Risiko eintritt.« Rautenberg stimmt einer Gesetzesinitiative der brandenburgischen Landesregierung zu, wonach Körperverletzung aus »niedrigen Beweggründen« künftig strenger bestraft werden soll: »Der Staat muß deutlich machen, daß eine aus rassistischen Motiven begangene Körperverletzung eine schwere Straftat ist!«

Das Gruppenphänomen würde auch Rautenberg der in der DDR üblichen Erziehung zur Konformität zuschreiben. Eine Erziehung, die Individualität nicht förderte, sondern zu unterbinden versuchte. Auch wenn die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die heute die Straftaten begehen, selbst nicht in der DDR aufgewachsen sind: Ihre Sozialisationsinstanzen – Eltern, Lehrer, Sozialarbeiter, fast das gesamte erwachsene Umfeld – sind von dieser DDR-Sozialisation geprägt. Dennoch sind Rautenberg die Thesen Pfeiffers zu pauschal. Das Bild vom kollektiven Abtopfen, auf das sich die Medien kaprizierten, erklärt das Phänomen der DDR-Bürgerrechtsbewegung nicht. Die war, in Rautenbergs Augen, eine Ansammlung ausgesprochener Individualisten. Demnach hat die Erziehung zur Konformität bei einigen ihr Ziel verfehlt.
Rautenberg ist kein Freund holzschnittartiger Schnellschlüsse. Er wägt ab, bedenkt dies, zieht jenes in Betracht. Ein Höchstmaß an Differenziertheit, gepaart mit Klarheit und Entschiedenheit. Das ist nicht lediglich eine Berufskrankheit. Man merkt es nicht nur den Positionen an, die er vertritt, sondern auch der Art und Weise, wie er sie vorträgt. Immer ruhig, nie leidenschaftslos.
Sein Faible für Individualismus drückt sich noch in der farbigen Fliege aus, die der professionellen Kombination aus schwarzem Anzug und weißem Hemd die unverkennbare Note verleiht. Ein Markenzeichen.

## Die Grundlage der zivilisierten Welt ist die Menschenrechtskonvention

Verantwortung zu delegieren und Instanzen ausfindig zu machen, die sie übernehmen, war in der ehemaligen DDR nicht unüblich. Es gibt ein Problem, man schaut sich um, wen man mit der »Lösung« beauftragen könnte. Den Kampf gegen Rechtsextremismus der Polizei und der Ju-

stiz zu überlassen, wird kaum zum Erfolg führen. Das hat Rautenberg auf verschiedenen Podiumsdiskussionen im Laufe der letzten Jahre immer wieder klargestellt. Polizei und Justiz sind darauf angewiesen, daß Bürger bei rechtsextremen Übergriffen hinsehen, hinhören und später aussagen. Rechtsextremismus ist ein komplexes Problem, dem man entsprechend komplex begegnen muß. Die Furcht, daß den Aussagen bei der Polizei und vor Gericht Repressalien durch die rechtsextreme Szene folgen, ist nicht unberechtigt. Deutlich zu machen, daß sich solche Drohungen und Einschüchterungsversuche nicht lohnen, ist auch Sache einer Zivilgesellschaft. Sie muß signalisieren, daß sie denjenigen Schutz gewährt, die sich gegen Rechtsextremismus und für demokratische Grundstandards exponieren.
Deshalb stehen Überlegungen dazu an, auf welche Grundsätze ein breites Bündnis gegen Rechtsextremismus und für Demokratie bauen könnte. Es gibt ein humanistisches Wertesystem. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen (1948) ist nach der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus zu einer der wesentlichen Grundlagen der zivilisierten Welt geworden. Sie haben im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland einen hohen Stellenwert. Die in ostdeutschen Kommunen übliche Praxis, menschenrechtliche Positionen als ausgesprochen »links« zu qualifizieren, findet Rautenberg nicht nur falsch, sondern auch kontraproduktiv. Auf diese Weise käme der breite gesellschaftliche Konsens nicht zustande, den er sich wünscht: »Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, ist nun wirklich nicht verdächtig, links zu sein. Er gilt als konservativ, ist aber bei amnesty international engagiert. Jemand, der politisch im Meinungskampf eine Position vertritt, die ich wirklich nicht immer teilen kann, befindet sich dann aber doch in einem ganz entscheidenden Punkt mit mir auf einer gemeinsamen Basis, weil die Menschenrechte unabhängig von der sonstigen politischen Einstellung das entscheidende Kriterium sind.«

Gefragt, warum er sich auch über seine Verantwortung als Generalstaatsanwalt hinaus gegen Rechtsextremismus engagiere, antwortet er mit unverkennbarer Ironie: »Das sehe ich als eine patriotische Pflicht an.« Für Rautenberg stellt die Tatsache, daß nach dem Nationalsozialismus und der dadurch bedingten, inzwischen überwundenen Teilung Deutschlands wieder Rechtsextremisten marschieren, eine echte Anfechtung dar. »Mich erschüttert die Situation, daß wir wieder gewalttätigen Rechtsextremismus nach Auschwitz haben. Dagegen muß man etwas tun.« Nach Dienstschluß einfach den Hut zu nehmen und sich zu sagen ›Ich kann's eh nicht ändern.‹, käme für ihn nicht in Frage.

Anfang 1997 wurde in Brandenburg das »Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus« gegründet. Rautenberg war von Anfang an dabei. Inzwischen sind auch die sogenannten politischen Verantwortungsträger sensibilisiert. Es finden Diskussionen und Veranstaltungen statt. Ein Problem sieht Rautenberg allerdings darin, daß sich dort immer wieder nur diejenigen treffen, die sich ohnehin schon im Konsens befinden und entsprechend engagieren. Die Frage ist, ob und wie es gelingen kann, diejenigen zu erreichen, die noch immer lieber wegschauen und diejenigen, die sich im Sympathisanten-Umfeld bewegen.

Auf dem Schreibtisch des Brandenburger Generalstaatsanwalts liegt eine CD des von ihm sehr geschätzten Wolf Biermann. »Ein echter Poet des Alltags«, kommentiert Rautenberg schmunzelnd. Und er hat auch noch in einem Sinne recht, den er vermutlich gar nicht im Blick hatte. In den kleinen ostdeutschen Kommunen, besonders auf dem flachen Land, trauen sich viele Menschen nicht, offen gegen Rechtsextremismus Position zu beziehen. Wenn man isoliert ist, kann man den Kampf gegen Rechtsextremismus kaum angstfrei und schon gar nicht erfolgreich ausfechten. Bündnisse bestehen aus vielen einzelnen, die irgendwann, irgendwo und irgendwie als einzelne begonnen haben, sich zu engagieren. Denn: »Wer sich nicht in Gefahr begibt, der kommt drin um.« sang Biermann zu einer ganz anderen Zeit, aus einem ganz anderen Anlaß und in einem ganz anderen Kontext. Eine ziemlich andere Angelegenheit also. Und doch auch wieder gar nicht.

# Delitzsch im Sommer 2000

*Ilona Weber*

Angesichts des mangelnden Problembewußtseins in der Kommune, der Angst der Opfer vor weiteren Repressalien nach Anzeigen und dem Verhalten der Ermittlungsbehörden, das oft genug an Täterschutz grenzt, fühlten sich »Faschos« zum Übergriff auf eine Familie in Delitzsch ermutigt. Acht Jugendliche der militanten rechtsextremen Szene des Ortes drangen in der Nacht vom 9. auf den 10. August 2000 gewaltsam in die Wohnung einer deutsch-polnischen Familie ein. Dabei suchten sie offensichtlich die Freundin der 18jährigen Tochter, die oft bei der Familie übernachtete. Die beiden jungen Frauen waren auf dem Heimweg im Anschluß an ein Konzert von den TäterInnen an einer Tankstelle in der Nähe gesehen worden. Die Freundin hatte immenses Glück – sie war in dieser Nacht nach Hause gefahren.
Zum Zeitpunkt der Tat hielten sich drei minderjährige Kinder in der Wohnung auf. Der Terror dauerte fast eine Stunde. Der Familie wurde angedroht, sie im Falle einer Anzeige umzubringen. Als mutmaßlicher Haupttäter wurde von den Opfern Maik Scheffler erkannt, einer der wichtigsten Akteure der rechtsextremen Szene vor Ort. Und als Vertreter der rechtsextremen Szene seit Monaten zugleich Verhandlungspartner der Kommune Delitzsch. Scheffler soll es auch gewesen sein, der die 18jährige Tochter mit einer Pistole bedrohte. Anschließend verschwanden die Täter mit der arg beschädigten Wohnungstür, die am Tag darauf auf einer nahegelegenen Wiese gefunden wurde.
Dann geschah das Unerwartete: Die Familie rief die Poli-

* Der Beitrag ist ein leicht bearbeiteter kurzer Auszug aus einer umfangreichen Kommunalanalyse.

zei und erstattete trotz der massiven Einschüchterungsversuche Anzeige. Und sie beschloß, mit dem Überfall an die Öffentlichkeit zu gehen. Das könnte auch anderen Opfern rechtsextremer Gewalt Mut zur Anzeige machen.

Die rechtsextreme Szene operierte weiterhin nach altbewährtem Muster. Sie verbreitete Angst und Schrecken in der Kommune. Und sie schaffte durch ständige Präsenz in den Abendstunden (besonders aber am Wochenende), daß aus dem städtischen Jugendclub YOZ in dieser Zeit ein Raum wurde, in dem das staatliche Gewaltmonopol schlicht abgeschafft ist. Alle Jugendlichen außerhalb des SympathisantInnenkreises der eigenen Szene wurden brachial vertrieben, die MitarbeiterInnen eingeschüchtert.
Dies mußten auch Journalisten vom MDR-Team und von Focus-TV schmerzhaft erleben.

Zu spät bekam die NPD-nahe Szene mit, daß sich nach dem Anschlag von Düsseldorf im Sommer dieses Jahres etwas im offiziellen Meinungsbild zu ändern begann. In der Zwischenzeit haben alle größeren tv-Sender und fast die gesamte überregionale Presse über die rechtsextremistische Szene in und um Delitzsch berichtet.

Hauptziel der Übergriffe wurde aber zunehmend eine weitere Bevölkerungsgruppe: Die seit ungefähr vier Jahren im Neubaugebiet Delitzsch-West lebenden rund 450 wolgadeutschen SpätaussiedlerInnen. Die Verlagerung hat wohl hauptsächlich folgende Gründe:

- Sie sollte den jugendlichen AktionistInnen eine kommunal akzeptiertere Plattform für ihre »Gewalt-Spielchen« bieten;
- Sie sollte sie damit »bei der Stange halten«;
- durch die Faszination gelungener Aggressionen und Teilhabe an der Macht die Szene vergrößern;
- eine Lobby bei den zum Teil extrem fremdenfeindlichen AnwohnerInnen schaffen bzw. erhalten.

Die Rechnung ging auf. Wie zuvor bei den Übergriffen auf »andersdenkende Jugendliche« sprach die Polizei fortwährend von »gegnerischen Gruppen« oder »verfeindeten Parteien« und schob dabei den Angegriffenen zumindest eine Teilschuld zu. So wurde nach den schweren Ausschreitungen der Nacht vom 26. zum 27. August 2000 behauptet, daß schwerbewaffnete Aussiedler deutsche Jugendliche gejagt hätten. Ein dem ZDF übergebenes Video, daß eine Familie vom Balkon aus unter Lebensgefahr aufnahm, zeigt allerdings ein anderes Lagebild: Eine große Gruppe Neonazis bewirft eine zahlenmäßig kleinere Gruppe Erwachsener und älterer Menschen mit Flaschen und Steinen, skandiert immer wieder: »Russen raus!« »Wir kriegen euch alle!« und »Wir sind der nationale Widerstand«. Die meisten rechtsextremen Szenevertreter haben zudem Knüppel und Stangen bei sich. Auch hier geschieht etwas Ungewöhnliches: Eine Gruppe Aussiedler – vorrangig Frauen – läuft plötzlich schreiend auf die rechtsextremen Gewalttäter zu. Und die geben angesichts der veränderten Situation Fersengeld.

Bürgermeister Denef nötigte trotzdem VertreterInnen der Wolgadeutschen mit den rechtsextremen Gewalttätern an einen Tisch. Die AussiedlerInnen geraten in die Defensive. Sie wollten sich durch eine Absage des Termins nicht noch mehr in die kommunale Kritik bringen lassen. Daher sagten sie trotz großer Bedenken zu. Die von ihnen gewünschte vierte Sprecherin der Gruppe vom Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) Berlin wurde vom Bürgermeister nicht zugelassen. Die Begründung lautete, daß die Delitzscher ihre Probleme unter sich klären wollen.[24] Die rechtsextreme Szene hatte zwei Frauen aufgeboten, die die These vertraten, man könne sich als Deutsche in Delitzsch-West nicht mehr auf die Straße trauen. Darüber hinaus hatten sie nichts beizutragen. Im Ergebnis wurden – ebenfalls nach altbewährter Manier – die »verfeindeten Gruppierungen« zum Gewaltverzicht ermahnt.

# Politik »gegen« rechts?

## Ein Kommunalbericht aus Delitzsch

*Ilona Weber*

Die Kommunalpolitik in Delitzsch folgt im Hinblick auf die örtliche rechtsextreme Szene einer typischen Linie. Gegenwärtig ist sie an einem entscheidenden Punkt angelangt. Die Frage, die entschieden werden muß, heißt: Sollen in Delitzsch durch Integration der rechtsextremen Szene deren Strukturen gefördert werden oder setzt die Kommunalverwaltung auf die konsequente Ächtung nationalsozialistischen Gedankenguts und fördert statt dessen vielfältige Ansätze demokratischer Jugendkulturen?

## I. Alte administrative Politik

**Kommunale Jugendpolitik mit und ohne Nazis oder »Alle unter einem Dach«**

Nach Hausbesetzungen Jugendlicher, die damals auf völlig fehlende Jugendfreizeitangebote aufmerksam machen wollten und ein eigenes Objekt anstrebten, waren 1992 in Delitzsch für die zukünftige Entwicklung der Jugendkultur entscheidende Weichen gestellt worden. Die Gruppe von ca. 50 Personen bekam im Februar lediglich ein Zimmer im »Haus der Begegnungen« (auch bekannt als »Die Villa«) von der Stadt zur Verfügung gestellt. Schon während der Hausbesetzung gab es Befürchtungen, das Objekt könne von rechtsextremen Jugendlichen angegriffen werden.
In einem offenen Brief der BesetzerInnen zu ihrer Situation heißt es: »Es gibt (...) kaum Schlaf, weil wir ständig mit Angriffen von Rechtsradikalen rechnen müssen.«[26] Weil die noch unorganisierte rechtsextreme Szene 1992 **keine** Forderung nach eigenen Räumlichkeiten vertrat,

24 Der Vertreter des Landeskriminalamtes war da nur eine der zahlreichen Ausnahmen.

* Der folgende Beitrag ist ein gekürzter Auszug einer umfassenden Kommunalanalyse.

26 Vgl. Leipziger Volkszeitung (LVZ)/Delitzsch vom 9. 1. 1992

handelte die Kommune nach der Maxime, ein »Haus für alle« zu schaffen. Doch die Interessen so unterschiedlicher Vereinszwecke (z. B. Kindervereinigung e. V., Lebenshilfe e. V. und Die Anderen e. V.) konnten in der »Villa« auf Dauer nicht miteinander vereinbart werden. Schon damals hatte sich der Ansatz als falsch erwiesen, zugunsten geringerer Finanzbelastung der Kommune auf ein tragfähiges Konzept mit realistischer Einschätzung der unterschiedlichen Bedürfnisse der nutzenden Gruppen zu verzichten.

Konsequenz dieser kurzsichtigen Politik einer mangelhaften Förderung selbstorganisierter Jugendarbeit waren Konflikte mit dem Verein »Die Anderen e. V.« und dessen Vorstellungen selbstorganisierter Kulturangebote. Diese negative Perspektive auf den Verein und sein Publikum trugen in der Folgezeit dazu bei, daß Angriffe durch die rechtsextreme Szene relativiert und in ihrer Gefährlichkeit und Dynamik nicht richtig bewertet wurden. So wird nach einem ersten Angriff auf die »Villa« mit Steinen und Molotowcocktails die Frage nach der Prävention weiterer Überfälle durch Polizeihauptkommissar Wolfgang Ledig so formuliert: »Wieso wird das Haus der Begegnungen Angriffspunkt für Gruppen aus Bitterfeld und Leipzig?« Und noch schärfer: »Gibt es Anhaltspunkte aus dem Haus heraus?« Diese Fragen richteten sich eindeutig gegen den Verein »Die Anderen«.

Die falsche Einschätzung der rechtsextremen Gewaltmotivation – angesichts der unmittelbar vorausgegangenen Ereignisse in Rostock! – und des Konflikts als unpolitische »Auseinandersetzung von Jugendbanden« drückte sich auch im Lösungsansatz des damaligen stellvertretenden Bürgermeisters Richard Schuhmann aus: »Ich verabscheue, daß Menschen so miteinander umgehen, und ich möchte das für unsere Stadt überhaupt vermeiden. Wir wollen, was in unseren Kräften steht, dafür tun, daß man Probleme miteinander löst.«[27] Schon damals hätte also die Bereitschaft bestanden, unter dem Oberbegriff »Jugendliche« die bestehenden Strukturen der Jugendarbeit für die rechtsextreme Szene zu öffnen. Daß es dazu nicht kam, ist unter diesen Voraussetzungen ausschließlich auf die fehlende strategische Position der Delitzscher rechtsextremen Szene im Kampf um Jugendeinrichtungen zurückzuführen.

Die mangelnde Unterstützung für Ansätze alternativer Kultur- und Freizeitangebote zeigt sich am Schicksal der »Villa«, die trotz fortgesetzter Nutzung einem kontinuierlichen Verfall preisgegeben wurde. Im April 1998 gab es sogar Pläne, den inzwischen als einziger Mieter verbliebenen »Die Anderen e. V.« in ein Gebäude am Stadtrand umzusiedeln, um eine bessere Erschließung des Gesamtgrundstücks zu erreichen. Wie wenig bei den Planungen in Delitzsch die jederzeit existente und aktive rechtsextreme Szene eine Rolle spielte, zeigte sich an der Wahl des vorgesehenen Ersatzes für die »Villa«. Dieser lag im Stadtteil Delitzsch-Ost, ein Stadtteil, der von »Die Anderen e. V.« und seinem Publikum als von »Neonazis beherrscht« und folglich als inakzeptabel beschrieben wurde. Für Delitzschs zweiten Bürgermeister[28] Theo Arnold (SPD) kein Grund zur Aufgabe dieser Idee. Seitens der Stadtverwaltung wurden eine »Sicherheitsaufrüstung« und »ständiger Polizeischutz«[29] zugesagt. Von einer Sensibilität für die Sicherheitsbedenken und die Konsequenz gewalttätiger hegemonialer Bestrebungen durch die rechtsextreme Szene war die Stadtverwaltung weit entfernt. So scheiterte das Unterfangen nur an der Widerspenstigkeit der »Anderen«. Die »Villa« verfiel unterdessen zusehends, so daß sie heute für größere Veranstaltungen und andere konzeptionell verankerte Projekte nicht mehr nutzbar ist.

Noch schwerer als die immerhin schon etablierten »Anderen« hatten es sich neu entwickelnde Subkulturen. So waren im Sommer des Jahres 1997 alle Voraussetzungen für eine sich dauerhaft etablierende, selbstorganisierte Technoszene in Delitzsch gegeben. Bei Parties an wechselnden Veranstaltungsorten hatten sich veranstalterisches Know-How und das Interesse an eigenen Strukturen gebildet. Die für die weitere Entwicklung unabdingbaren Räumlichkeiten wurden von der Stadtverwaltung jedoch verweigert. Eine Techno-Demonstration für eine Halle oder einen Keller »ohne allen Komfort« samt einer 600 Namen umfassenden Unterschriftenliste blieb ergebnislos. Bürgermeister Theo Arnold: »Die Stadt kann euch kein Gebäude geben, wo ihr eure Sachen liegen lassen könnt.«[30]

Statt einer vielfältigen Jugendkultur in Delitzsch zielte das Konzept der Stadtverwaltung an jedem Bedarf vorbei auf Konzentration und Kontrolle. Im Rahmen einer Investition von einer Million Mark sollte in Delitzsch-Nord ein Jugendhaus mit ABM-Kräften und zwei mobilen Jugendarbeitern »für alle« geschaffen werden. Von der administrativen Leitung des Hauses sollten dann anderen Vereinen Räume zur Verfügung gestellt werden bzw. die Möglichkeit gewährt werden, Veranstaltungen durchzuführen.
Da aufgrund der Investitionssumme von vornherein feststand, daß das Jugendhaus YOZ in Delitzsch über kurz oder lang alternativlos sein würde, sicherte sich die Stadtverwaltung über den von ihr beauftragten Trägerverein die Hoheit über die ansonsten selbstorganisierten Ansätze in der Jugendarbeit. Die kulturellen Initiativen im Jugendbereich sind damit einem aufgezwungenen Regime unterworfen, das bei der Hausordnung anfängt und bis zur strukturellen Weichenstellung für die Zukunft geht. Die geringe Bedeutung sozialarbeiterischer Ansätze im Jugendhaus YOZ machte zudem deutlich, daß nicht von Jugendlichen, sondern von einer zu verwaltenden Problemmasse ausgegangen wurde. Deshalb war es auch absehbar, daß das Jugendhaus YOZ von den aktivsten jugendkulturellen Szenen in Delitzsch äußerst kritisch bis ablehnend betrachtet wurde.[31]

27 Alle Zitate sind dem Artikel »Gewalt löst kein Problem« der bereits zitierten Delitzscher Ausgabe der LVZ

28 Der zweite Bürgermeister ist in Delitzsch verantwortlich für Jugendfragen.

29 Vgl. LVZ/Delitzsch vom 17. 4. 1998

30 vgl. LVZ/Delitzsch vom 2. 10. 1997

31 vgl. ebd., »Alle unter einem Dach, das geht nicht lange gut«, LVZ Delitzsch 30. 8. 1997 und »Neuer Entwurf für Jugendhaus: Abschied von Schiebewänden«, LVZ Delitzsch 24. 10. 1997

Im Frühjahr 1999 wurde das YOZ eröffnet. Konzeptionell offen für alle. Mangels Alternative führten dort sowohl die lokale Techno-House-Szene als auch »Die Anderen« Veranstaltungen durch.

**Die Position der Stadtverwaltung zu Raumkonzessionen an die rechtsextreme Szene**

War das YOZ bis Anfang 2000 lediglich ein strukturelles Hindernis für die Entwicklung einer vielfältigen, selbstverwalteten Jugendkultur in Delitzsch, scheiterte es im Umfeld seines ersten Geburtstages an seinen konzeptionellen Unzulänglichkeiten.

Anfang 2000 hatte sich auch das Lokal »Kuhstall« in unmittelbarer Nähe des YOZ zum regionalen Treffpunkt der rechtsextremen Szene entwickelt. Nachdem es in den Wochen zuvor »zu zahlreichen Übergriffen von Rechtsradikalen gegenüber BesucherInnen des YOZ« gekommen war und seitens der Polizei ungenügende Schutzmaßnahmen eingeleitet wurden, erlebte diese Serie von Provokationen und Fehlverhalten in der Nacht vom 19. zum 20. Februar 2000 ihren Höhepunkt.«[32]

In dieser Nacht war es nach Augenzeugenberichten zu Pöbeleien und provokativen Rufen rechtsextremer Parolen gekommen. Später entwickelte sich aus dieser Konfrontation eine Schlägerei, die von der anrückenden Bereitschaftspolizei damit beendet wurde, daß mehrere Besucher des YOZ gefesselt wurden, während die Besucher des »Kuhstall« von der Polizei zu ihrem Schutz wegbegleitet wurden. Gegen die Jugendlichen vom YOZ wurden mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Anschließend teilte das sächsische Staatsministerium des Innern auf Anfrage mit: »Die Veranstaltung in der Gaststätte ›Kuhstall‹ wurde vorwiegend von Personen aus den Gemeinden und Städten Brehna, Roitzsch, Bitterfeld und Wolfen (Sachsen-Anhalt) sowie aus den sächsischen Gemeinden und Städten Delitzsch, Wurzen, Bad Düben und Leipzig besucht. (...) In der Gaststätte ›Kuhstall‹ hielten sich vorwiegend Personen auf, die sich selbst als ›Rechte‹ bezeichneten.«[33] Und zur Bewertung der rechtsextremen Szene heißt es an gleicher Stelle: »Die jüngsten Ereignisse zeigen jedoch die Gewaltbereitschaft dieser Szene.«[34]

Die Auseinandersetzungen um das YOZ wurden fortgesetzt und drohten zum Dauerzustand zu werden. In dieser Situation reagierte die Administrative Leitung Delitzschs und des Landkreises gleichermaßen restriktiv und mediativ. So wurde der Polizeieinsatz verteidigt, der sich gegen die Opfer rechtsextremer Übergriffe gerichtete hatte. Delitzschs 1. Bürgermeister Gerd Denef (CDU) erteilte im Sinne einer eindeutigen Schuldzuweisung und unter völliger Verkennung der Tatsachen der notwendigen und bewußten Abgrenzung von der rechtsextremen Szene eine Absage. Was von den BesucherInnen des YOZ als unmittelbare Bedrohung für Würde, Leben und Gesundheit wahrgenommen wurde – die Pöbeleien, Provokationen und Angriffe rechtsextremer Jugendlicher –, war in den Augen der für Delitzsch zuständigen Behörden eine Auseinandersetzung »rivalisierender Jugendbanden«. Dem könne man mit mediativ wirkender Jugendarbeit unter dem Dach des Jugendhauses begegnen. Nachdem eine Initiative, »Rechte« und »Linke« gemeinsam an den Tisch des kriminalpräventiven Rates zu bringen, scheiterte, wurde den »Anderen« als schnelle Lösung angetragen, vorerst auf die Durchführung eigener Veranstaltungen zu verzichten. Dieses Zurückweichen vor dem Gewaltpotential der rechtsextremen Szene griff nur deshalb nicht, weil der Verein »Die Anderen« auf der Einhaltung bestehender Verträge bestand, so daß ein zunächst ausgesprochenes Veranstaltungsverbot zurückgezogen werden mußte.[35] Die fehlende Sensibilität für die Bedrohung, die der hegemoniale Anspruch einer militanten rechtsextremen Szene für alle mit sich bringt, die ein rassistisches, antisemitisches und am völkischen Begriff des Nationalsozialismus angelehntes Weltbild nicht annehmen wollen, steigerte sich durch die Politik von Mediation und Repression. Mit den Übergriffen hatte das jugendliche Potential im »Kuhstall« auf sich aufmerksam gemacht. Anders als früher erhob die rechtsextreme Szene nun Forderungen nach Räumen. Arnold bot den Rechtsextremisten einen Platz unter dem »Dach für alle« an. Damit kritisierte Arnold frühere Zustände: »Sie sagten, sie wollten schon früher rein, wurden aber immer daran gehindert. Und das steht im Widerspruch zu dem, dass das Jugendhaus für alle offen ist.«[36]

Der bis dahin praktizierte Ausschluß von rechtsextremen Jugendlichen wurde per Weisung der Stadtverwaltung mit Billigung des Betreibervereins des YOZ aufgehoben. Letzerer hoffte mit dieser Maßnahme nicht zuletzt den BesucherInnenschwund zu beheben, der nach den Übergriffen folgerichtig eingesetzt hatte. Einer einsetzenden Verdrängung und anschließenden Okkupation durch die rechtsextreme Szene waren Tür und Tor geöffnet. Die beschwörenden Aufrufe zur Toleranz durch Stadtverwaltung und YOZ-Leitung konnten obendrein vom bisherigen Publikum keinesfalls als Sicherheitsgarantie verstanden werden. Von der Administrative als Teil des Problems betrachtet, wurde den nicht-rechtsextremen Jugendlichen nicht nur die Unterstützung verweigert, die nach den Übergriffen dringend notwendig gewesen wäre. Offen wurde ausgesprochen, daß die Verteidigung gegen rechtsextreme Übergriffe als Verstoß gegen die Hausordnung des YOZ gewertet wird und Hausverbote nach sich zieht[37]

Anders als in anderen ostdeutschen Kleinstädten waren die Jugendszenen in Delitzsch allerdings in der Lage, eine öffentliche Diskussion in Gang zu setzen, ob ein von rechts-

32 vgl. Pressemitteilung von »Die Anderen e. V«. vom 21. 2. 2000

33 Vgl. Kleine Anfrage im Sächsischen Landtag DS 3/1118 vom 29. 2. 2000

34 Vgl. Kleine Anfrage im Sächsischen Landtag DS 3/1120 vom 29. 2. 2000

35 LVZ/Delitzsch vom 23. 2. 2000, 25. 2. 2000 und 26. 2. 2000

36 LVZ/Delitzsch vom 5. 4. 2000

37 ebd.: »Letzten Freitag gab es den ersten Kontaktversuch zu ›Kuhstall‹-Besuchern. Zur DJ-Night kamen für kurze Zeit einige Rechte rüber ins YOZ. (...) Die Anwesenheit der jungen Leute hätte allerdings einigen Ärger mit ständigen Jugendhausbesuchern ausgelöst. Denen droht nun Hausverbot. Der YOZ-Betreiber müsse dafür sorgen, so Arnold, dass Toleranz auch von Seiten der Stammgäste geübt wird.«

extremen Jugendlichen besuchtes Jugendhaus tatsächlich noch »offen für alle« sei oder ob sich mit dieser Politik nicht zeige, daß Gewalt sich bezahlt macht. Doch trotz der zahlreichen Beispiele für die Entwicklung sogenannter »offener Treffs« zu rechtsextremen Zentren beharrte Delitzschs Stadtverwaltung auf ihrer Position.

## II. »Neue« administrative Politik

**Der separate Container**

Allein die Ankündigung, daß das YOZ künftig für rechtsextreme Jugendliche offen sein werde, hatte zu einem erheblichen Rückgang an BesucherInnen geführt. Als Treffpunkt bevorzugt wurde von den rechtsextremen Jugendlichen zwar zunächst noch der »Kuhstall«, aber als klar wurde, daß dieser im Mai 2000 aus Kostengründen von seinem Betreiber aufgegeben werden müsse, bestand die neue Zielgruppe auf einer Alternative – einem »autonomen Jugendclub«.
Aufgrund der sich abzeichnenden Konflikte wurde nun auch seitens der Kommunalpolitik nach anderen Möglichkeiten gesucht. Statt »Alle unter einem Dach« sah das neue Konzept die Separation der rechtsextremen Jugendlichen in einem eigenen Klub vor. Ausschlaggebend für diese Wendung dürften u. a. auch Bürgermeister Arnolds Erlebnisse mit rechtsextremen Jugendlichen beim Besuch des YOZ gewesen sein. In der »Zeit« heißt es dazu: »Der Auftritt verläuft nicht ganz so, wie der Bürgermeister es sich vorgestellt hat. Seine Jugendlichen stoßen wilde Drohungen aus und prophezeien einem stadtbekannten Linken, ihn ›zwei Meter unter die Erde zu bringen‹. Der Bürgermeister schüttelt den Kopf: ›Nein die Jungs haben sich wirklich gar nicht gut benommen.‹«[38]

Ohne großes Aufsehen holte sich Delitzschs Stadtverwaltung Rat ein. Auch hier wurde die Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen nicht in Frage gestellt und ein separater Jugendklub befürwortet: »(...) die Stadt Delitzsch (suchte) den Erfahrungsaustausch mit anderen Städten, die in der Vergangenheit Kenntnisse mit solchen Jugendlichen gesammelt hatten. Unter anderem wurden mit den Städten Eilenburg und Wurzen Erfahrungen ausgetauscht und ein weiterer Termin mit der Stadt Riesa ist vorgesehen. Um die entstandene Situation zu entschärfen und entsprechend reagieren zu können, hat die Stadt Delitzsch Kontakt zum Innenministerium aufgenommen. Das Vorhaben der Stadt Delitzsch, die sich neu entwickelnde Gruppierung von Jugendlichen nicht aus der Jugendarbeit der Stadt Delitzsch auszugrenzen, wurde von Seiten des Innenministeriums befürwortet und die Stadt Delitzsch bestärkt, einen Jugendtreff für diese Jugendlichen zu schaffen. Des weiteren findet die Stadt Delitzsch bei der Umsetzung dieses Projekts Unterstützung durch das Jugendamt des LRA (Landratsamt), das Polizeirevier Delitzsch sowie den Staatsschutz.«[39]

Auffällig ist, daß die konsultierten Städte bisher durch eine starke rechtsextreme Szene Aufmerksamkeit auf sich zogen, jedoch bis heute keinerlei Konzepte zu deren Einschränkung vorweisen können. Insofern existieren in der Tat »Kenntnisse« in diesen Städten. Aber eben nur das. Auch die Unterstützung von Innenministerium, Staatsschutz und Polizeibehörde für eine lokale Ansiedlung einer rechtsextremen Szene ist in Sachsen nicht neu. Allerdings ist hervorzuheben, daß diese Strategie auf eine leichtere Observation und Repression von Nazis abzielt, dabei aber gleichzeitig die Tendenz hat, die Entwicklung rechtsextremer Strukturen zu befördern. Unabhängig davon, ob die Einschätzung, bei der Neonaziszene handele es sich um eine sich »neu entwickelnde Gruppierung von Jugendlichen« auf die militante rechtsextreme Szene von Delitzsch anwendbar ist, bedeutet die Unterstützung mit eigenen Räumlichkeiten trotz aller verbesserten Zu- und Eingriffsmöglichkeiten einen strukturellen und organisatorischen Schub.

Rechtsextremismus ist kein mit Mitteln der Sozialpädagogik lösbares Problem. Ein Schlaglicht auf die Konzeption des Containerbaus wirft schon allein die Rede von »Jugendlichen, die in anderen Jugendgruppen keine Aufnahme finden«[40]. Daß es sich bei den NutzerInnen des neu geschaffenen Angebots hauptsächlich um Menschen mit einem mehr oder minder manifesten nationalsozialistischem Weltbild handeln wird, kommt nur sehr indirekt zum Ausdruck. Etwa, wenn es in der Hausordnung heißt: »Den §§ 85, 86 und 86a StGB (Verstoß gegen ein Vereinigungsverbot, Verbreitung von Propagandamaterial und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) sind im Jugendtreff Folge zu leisten.« Oder in der Bedarfsanalyse: »Trotz der Trägervielfalt in der Jugendarbeit der Stadt Delitzsch mussten wir nach Prüfung feststellen, dass sich kein Angebot an Jugendliche, die in anderen Jugendeinrichtungen keine Aufnahme finden, richtet. Im Gegensatz dazu hat die Stadt Delitzsch mit dem Haus der Begegnung eine Anlaufstelle, unter anderem für linksorientierte Jugendliche, geschaffen, die durch den Verein ›Die Anderen e. V.‹ betreut werden.«[41]
Neben der Gleichsetzung recht/linksorientiert wird der Bedarf lediglich numerisch erfaßt mit »ca. 40–50 Jugendlichen, im Alter von 16 bis 25 Jahren (...). Es ist auffällig, dass diese Gruppierung immer mehr jüngere Jugendliche anzieht.«[42] Eine Analyse der Problematik Weltanschauung, Organisierung und Hegemoniebestrebungen ist genauso wenig zu finden, wie ein Konzept gegen das augenscheinlichste Merkmal der Zielgruppe: Militanz gegen als »Feinde« betrachtete Andersdenkende oder Fremde.
Eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Frage, wem hier durch die Kommune Förderung zuteil werden soll, war offenkundig nicht gewollt. So erklärte der SPD-Fraktionschef im Delitzscher Stadtrat, Richard Schuhmann, er habe im Ältestenrat eine genaue Analyse der Zielgruppe gefordert, die jedoch nicht erfolgt sei. Und auch der PDS-Fraktionsvorsitzende Dietmar Schmidt erklärte: »Wir ha-

38 DIE ZEIT, Nr. 33/2000
39 Drucksache III-315 des Delitzscher Stadtrats (Beschlußvorlage für den 6. 7. 2000) Blatt 2 f.
40 ebd.
41 Hausordnung und Bedarfsanalyse finden sich als Anhang 2 bzw. 3 zur zitierten Drucksache III-315
42 ebd. Anlage 3

ben stattdessen über eine Gruppe von Jugendlichen entschieden, die wir überhaupt nicht kennen.«[43]
Dabei hatte die Stadtverwaltung mit Vertretern der Delitzscher rechtsextremen Szene verhandelt. Verhandlungsführer auf Seiten der rechtsextremen Szene war Maik Scheffler (26). Gegenüber der »ZEIT« gibt er an, er könne sich nicht daran erinnern, daß jemals nach seinen Einstellungen gefragt worden wäre. Und auch Theo Arnold bestätigt: »Diskussionen über Grundsatzfragen gab es nicht.« Trotzdem wurde Scheffler laut seinen eigenen Aussagen die Stelle zur sozialarbeiterischen Betreuung auf ABM-Basis angeboten. Laut Bedarfsanalyse in der Startphase die einzige – obendrein nur »mobile«[44]– Stelle im Projekt, die später eventuell durch eine zweite ABM (also ebenfalls ohne Anforderungen an Qualifikation und Sachkenntnis vergebene Stelle) ergänzt werden sollte. Scheffler hat auch klare Vorstellungen über die Funktion des Naziklubs: »Dann können wir unsere Leute auch mal ein bißchen lenken.« Seine Leute seien nämlich noch »erziehungsbedürftig«. Trotzdem lehnte Scheffler die Stelle ab: »Die hätten mich vereinnahmen können.«[45]

Der Ansatz, Selbstorganisation und Selbstverwaltung des Klubs voranzutreiben, wurde aber im Beschluß zu seiner Eröffnung festgeschrieben.[46] Ein Vorhaben, das selbst den Nestor der akzeptierenden Sozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen, Franz Josef Krafeld, zu dem Fazit veranlaßt: »Ich halte das für unverantwortlich. Entweder ist das von der Stadtverwaltung sehr naiv oder eine direkte Förderung informeller rechtsradikaler Strukturen.«[47] Von ›rechtsradikal‹ will in Delitzschs Verwaltung hingegen niemand etwas hören, »rechtsgerichtet« oder besser noch »rechtsorientiert« sind die Delitzscher rechtsextremen Jugendlichen höchstens. Aber auch »orientierungslos« ist eine der gängigen verharmlosenden Formeln.

Daß der Delitzscher Klub für rechtsextreme Jugendliche bis heute nicht zustande kam, liegt lediglich daran, daß der entsprechende Beschluß nach dem schon erwähnten Überfall auf eine Delitzscher Familie im August 2000 auf Eis gelegt wurde. Oberbürgermeister Heinz Bieniek (CDU) erklärte, es vom Ausgang des Ermittlungsverfahrens »gegen Unbekannt« abhängig zu machen, ob der Klub noch eröffnet wird oder nicht.[48]

Mit der Aussetzung des Beschlusses zur Eröffnung des Klubs erhöhte sich allerdings der Druck auf das den rechtsextremen Jugendlichen geöffnete »YOZ«. Dieses wird jetzt in regelmäßigen Abständen – besonders am Wochenende – von den Jungnazis »besucht«. Das Team im Jugendhaus fühlte sich überfordert: »Wir wurden nicht gefragt und haben auch keine Druckmittel, um Rechte, die hier mit verfassungsfeindlichen Symbolen hereinkommen, wieder rauszuschmeißen«, sagt die Sozialarbeiterin Andrea K. Statt dessen macht sich Angst breit. »In den vergangenen Monaten wurde ein Kollege vor den Augen von Polizeibeamten von Rechten bedroht. Eingeschritten sind sie nicht. (...) Die Stadt hat die Rechten monatelang ermutigt, vor allem mit der Zusage für einen eigenen Treffpunkt. Ich muß sie nicht akzeptieren, wenn sie ins YOZ kommen, aber wenn ich sie rausschmeißen will, dann drohen sie damit, am nächsten Wochenende mit 150 Leuten wiederzukommen.«[49]
Mit solchen Situationen können die ausgebildete Sozialarbeiterin und die vier ABM-Kräfte, von denen eine sich aus den Naziklubs des Umlandes extra ins YOZ hatte versetzen lassen, weil sie sich dem Druck der rechtsextremen Jugendlichen schutzlos ausgeliefert fühlte[50], nicht umgehen. Ihr Versagen vor dem angedrohten Terror ist strukturell angelegt und Hilfe von der Stadtverwaltung, die alles dafür getan hat, damit eine solche Situation entsteht, ist nicht in Sicht. Einzige Alternative wäre die vorübergehende Schließung des YOZ. Damit stünde Delitzschs Jugendpolitik in aller Öffentlichkeit vor einem Scherbenhaufen.

**Politik gegen rechts:**
**Verweigerte Solidarität mit den Opfern**

Wie wenig die These von den »rivalisierenden Jugendbanden« den Zustand in Delitzsch erfaßt, zeigt sich auch daran, daß sich die Gewalt der rechtsextremen Jugendlichen nicht nur gegen andere Jugendkulturen richtet. Seit dem Sommer 2000 machen vermehrt Auseinandersetzungen im Plattenbauviertel Delitzsch-West in der regionalen Presse Schlagzeilen. Hier richten sich die Übergriffe der rechtsextremen Jugendlichen gegen AussiedlerInnen, die – nachdem sie die Hoffnung auf die Polizei aufgeben mußten – inzwischen notgedrungen selbst zur Gegenwehr schreiten. Der 19-jährige Viktor Schlund wurde bei einer solchen Auseinandersetzung von einem rechtsextremen Jugendlichen hinterrücks niedergestochen.[51]
Unter den Betroffenen wird bei den Übergriffen von »Pogromstimmung« gesprochen. Sie hören Rufe, wie »Zickzack Russenpack« oder »Russen raus, Russen raus«, »Der nationale Widerstand – das sind wir« und »Wir kriegen euch alle!«. Hinter den Aktionen der rechtsextremen Jugendlichen steht als letztes Argument: »Wir sind Deutsche, wir haben reines Blut.«[52]

43 LVZ/Delitzsch vom 8.7. 2000 – Trotz aller Kritik wird die Eröffnung des Klubs jedoch mit den Stimmen der CDU-Mehrheit in geheimer Abstimmung befürwortet.
44 Das heißt im Klartext, daß der Jugendarbeiter in der Realität auch noch für Zielgruppen außerhalb des Containers verantwortlich gewesen wäre.
45 ZEIT, a. a. O.
46 Aus dem Konzeptionsentwurf: »Begriffsbestimmung – Der Jugendtreff soll ein Ort offener Jugendarbeit sein, der in Selbstorganisation von Jugendlichen mit Unterstützung und Betreuung mobiler Jugendarbeit auf nichtkommerzieller Basis arbeitet. Die Stadt Delitzsch ist der Träger dieser öffentlichen Einrichtung, der Jugendlichen den Treff zur Nutzung überlässt. Unter offener Jugendarbeit verstehen wir die freiwillige Nutzung von Freizeit- und Bildungsangeboten durch Jugendliche und junge Erwachsene, deren Aktivität entscheidend für ihre Mitbestimmung und Verantwortungsübernahme ist.«
47 ZEIT, a. a. O.
48 LVZ/Delitzsch vom 13.7. 2000
49 Zitate nach taz vom 24.8. 2000
50 DIE ZEIT, a. a. O.
51 LVZ vom 14.8. 2000
52 Berliner Zeitung vom 5.9. 2000

Das Verhalten der Polizei haben die AussiedlerInnen in einen Brief mit 119 Unterschriften an den Bürgermeister, beschrieben: »Etwa seit dem 13.08. 2000 sind diese Auseinandersetzungen extrem (häufig) geworden. Am 18.08. und in der Nacht vom 19.08. auf den 20.08. 2000 sind viele Rechtsextremisten, etwa 50–60 Männer, aus der Umgebung nach Delitzsch gekommen und provozierten die Spätaussiedler, deren Anzahl halb so groß war, zu Schlägereien. Mehrere von ihnen waren mit eisernen Stangen, Stäben und sogar Ketten bewaffnet. Von der Seite der Polizei wurden keine Maßnahmen zur Entwaffnung der Rechtsextremisten, die sich sehr aggressiv benommen haben und ständig Schlägereien anzufangen versuchten, unternommen. Dagegen haben sie den nicht so zahlreichen Spätaussiedlern ein paar Stäbe, die sie zum Wehren hatten, entnommen. Darin sehen wir eine moralische Erniedrigung und Ungleichberechtigung von den Staatsbehörden. Von der Seite der Polizei wurde uns auch gesagt, dass sie uns nicht verteidigen können. Wenn das der Fall ist, warum (ver)hindert sie, dass wir uns selbst verteidigen (...) die Rechtsextremisten (...) versuchten an der Straße Loberaue die Eintrittstüren (aufzu)brechen und in die Häuser einzudringen (...) viele Bewohner hatten keine Ruhe, sondern Angst.«[53]

So wenig Beistand von der Polizei zu erwarten ist, so wenig erfolgversprechend scheint der Ruf nach Unterstützung an Delitzschs Stadtverwaltung. Dort wird aus den Opfern der rechtsextremen Übergriffe in Delitzsch-West eine weitere Problemgruppe konstruiert, die ihren Teil zur gegen sie gerichteten Gewalt beitrüge. So äußerte Oberbürgermeister Heinz Bieniek in Bezug auf eines der Opfer, einen 13-jährigen Jungen: »Der hatte ja 49 Vorstrafen.«[54] Und er kann auch nicht verbergen, daß er ein grundsätzliches Problem mit der Anwesenheit von AussiedlerInnen in Delitzsch hat. »Ich muss doch hier noch sagen dürfen, dass die Aussiedler in Delitzsch-West provokativ ständig Russisch sprechen. In ihrer alten Heimat sprachen sie doch Deutsch. Wo bleibt denn da der Grund, dass sie überhaupt hergekommen sind?«[55]
In einer solchen Argumentation zeigt sich das Muster, daß auch die rechtsextremen Jugendlichen zur Legitimation ihrer »Sanktionen« verwenden. Das erkennbar Fremde wird als Aggression empfunden, die das Existenzrecht der Fremden in der eigenen Umgebung in Frage stellt. So kann sich dann auch Bienieks Parteifreund, der Landrat und CDU-Kreisvorsitzende Michael Czupalla, bei der öffentlichen Sitzung des CDU-Stadtverbandes über die doppelte Staatsbürgerschaft so äußern: »Wenn sie zu Hause jemanden zu Gast haben, und der drückt seine Zigarre im Sessel aus, dann schmeißen sie den auch raus.«[56]

53 Brief von Bewohnern der Stadt Delitzsch West v. 20.8.2000
54 Zum einen sind Jugendliche generell erst ab 14 Jahren strafmündig; zum anderen ist es doch erstaunlich, wie die beiden Bürgermeister versuchen, den persönlichen Hintergrund der Opfer zu erforschen, um sie zu diskriminieren.
55 Berliner Zeitung, a. a. O.
56 Rede Czupallas auf Sitzung des CDU-Stadtvorstandes in Delitzsch am 24.2. 1999, zitiert nach einem Leserbrief von I. Richter (LVZ) an DIE ZEIT.

**Keine Zeichen setzen!**
Wie die AussiedlerInnen in Delitzsch wartet auch der Verein »Die Anderen« bis heute vergeblich auf ein deutliches Signal »gegen rechts« aus dem Rathaus. Doch fehlt der Administration von Delitzsch nicht nur der Entschluß, ein eigenes Zeichen gegen Nazis zu setzen. Sie blockiert nach Kräften auch alle anderen Versuche, in dieser Richtung eine Initiative zu ergreifen. Alles was in den letzten Monaten an Zivilcourage gefordert wurde, wird in Delitzsch im Keim erstickt.
Beispiel 1: Ein für den Herbst 2000 angekündigtes Konzert des Vereins »Die Anderen« unter dem Motto »Gegen Faschismus« wird von der Leitung des YOZ nicht genehmigt. In einem Schreiben an den Anwalt des Vereins macht Oberbürgermeister Bieniek deutlich, daß der Betreiberverein des YOZ damit einem Anliegen der Stadtverwaltung entsprach: »Der Beschluss des Stadtrates (...), das Konzept des Jugendhauses, der Betreibervertrag mit der Stadt sowie die Benutzungsregeln in der Hausordnung sind Grundlage unserer Entscheidung. So ist gemäß Ziff. 4.4. der Hausordnung des Jugendhauses die Durchführung von politischen Veranstaltungen nicht erlaubt. (...) Das Propagieren des Mottos »Gegen Faschismus« ist unbestritten eine politische Meinungsäußerung. Ob es, wie von Ihrem Mandanten angegeben, ein politisch neutrales Motto ist, ist bei unserer Entscheidung nicht allein ausschlaggebend. Die Stadt kann es nicht zulassen, dass das neu errichtete, einzige große und von sehr vielen Kindern und Jugendlichen gut angenommene Jugendhaus der Stadt zum Anziehungspunkt für auswärtige Extreme und Ausgangspunkt für Unruhen oder Gewalt wird.«[57]

Damit dekretiert die Stadtverwaltung in ihrem gesamten Hoheitsbereich, daß die Thematisierung des Themas »Rechtsextremismus« zu unterbleiben habe. Eine politische Auseinandersetzung mit einem politischen Problem soll verhindert werden. Gleichzeitig werden die potentiellen Opfer von rechtsextremen Übergriffen schon im voraus dafür verantwortlich gemacht, daß sie mit ihren Aktivitäten zur Zielscheibe werden: »Wir anerkennen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Jedoch müssen wir auch unserer Verantwortung für die Sicherheit der Besucher unserer Einrichtung gerecht werden und nach Möglichkeit Gefährdungen ausschließen. Es sind unsere Kinder und Jugendlichen, deren Gesundheit in Gefahr ist. Mit gewisser Wahrscheinlichkeit kann aufgrund der Ereignisse im Frühjahr diesen Jahres mit Ausschreitungen gerechnet werden. Betroffen sein könnten ebenfalls die Sachwerte der Einrichtung selbst, die ja auch weiterhin den Jugendlichen zugute kommen sollen. Von Ihrem Mandanten müsste somit zumindest die Gewährleistung für evtl. Schäden übernommen werden.«[58]
Dahinter steht nicht allein ein (staatliches) Zurückweichen vor rechtsextremer Gewalt, sondern auch eine Gleichsetzung der Täter mit ihren potentiellen Opfern: »Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass der Verein ›Die Anderen‹ es

57 Brief des Oberbürgermeister an den Anwalt von Die Anderen e. V. vom 2.8.2000
58 ebd. (Hervorhebung von der Autorin)

mit seinem Gewissen verantworten kann oder es gar provozieren möchte, dass nach dem von ihm beabsichtigten Konzert, andere Gruppierungen, genau wie Ihr Mandant gegenüber der Presse geäußert hat, ein Konzert im Jugendhaus gerichtlich durchsetzen wollen.« Damit wird die antifaschistische Initiative von der Stadtverwaltung in derselben Weise wie mögliche rechtsextreme Aktionen bewertet. In der Zwischenzeit mußte das Recht des Vereins, dieses Konzert im YOZ durchzuführen, vor dem Leipziger Verwaltungsgericht erstritten werden. Daraufhin legte die Verwaltung dem Verein ein neues Hindernis in den Weg, der das in der Organisation schon feststehende kulturelle Ereignis verunmöglichen soll: Statt wie sonst 400[59] dürfen nur 200 Karten verkauft werden, die Schließzeit ist auf 0.00 h festgelegt worden. Alle vorherigen ähnlich gelagerten Konzerte endeten ohne Probleme zwischen 4.00 und 5.00 h. Die anteiligen Kosten für das Gerichtsverfahren und die Mindereinnahmen stellen für den Verein – der im Gegensatz zum YOZ mit einer lächerlich geringen Summe[60] jährlich gefördert wird – eine große finanzielle Belastung dar. Zudem sind ihm in der Zwischenzeit weitere Konzerte ohne Beteiligung des Betreibervereins vom »YOZ« – mit dem dann die Einnahmen zu teilen sind – nicht mehr gestattet.

Beispiel 2: Für den 3.9.2000 rief die rechtsextreme Szene Delitzschs zu einer Demonstration »gegen die gewalttätige Übernahme eines Wohngebietes durch angebliche Spätaussiedler«[61] auf. In diesem Zusammenhang meldete auch die Delitzscher PDS eine Demonstration an. Das Landratsamt verbot im Folgenden nicht nur die rechtsextreme Demonstration, sondern auch den antifaschistischen Protest. In der Begründung des Demonstrationsverbots finden sich wieder das Zurückweichen vor der rechtsextremen Gewalt und der Gleichsetzung von Tätern und Opfern. So heißt es zur Begründung des Verbots, »dass bereits in den letzten Wochenenden im Wohngebiet Delitzsch-West vornehmlich in den Abendstunden sich Gruppierungen größeren Ausmaßes von ca. 30 bis 50 Personen zusammenfanden, um sodann in gleicher Größenordnung gegen die angeblich rivalisierenden Spätaussiedler vorgehen zu können. Insoweit ist demnach auch nicht auszuschließen und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass zumindest in dieser Größenordnung die im Wohngebiet Delitzsch-West sich ständig aufhaltenden rechtsorientierten Jugendlichen mit gewaltsamen Ausschreitungen auf die von Ihnen angemeldete Versammlung reagieren. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die untere Versammlungsbehörde diese Versammlung (...) verboten hat. Hier könnte durch diese Personen eine Ungleichbehandlung erblickt werden, die zu Wut, Aggression und Übergriffen führt.«[62]
Daß auch die Versammlungsbehörde ein ausbleibendes Verbot als ungerechtfertigte Ungleichbehandlung ansehen würde, führt sie an anderer Stelle aus: »Die von Ihnen angemeldete Gegendemonstration zielt auf die Verhinderung einer Demonstration rechtsgerichteter Jugendlicher, die letztlich ihre Ursache in wiederholten Auseinandersetzungen zwischen diesen Jugendlichen und Spätaussiedlern in Delitzsch-West hat. Bei Stattfinden dieser von Ihnen angemeldeten Demonstration ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die sich ebenfalls als Gruppierung zusammengeschlossenen Spätaussiedler, denen teilweise gleichfalls eine Gewaltbereitschaft aus den zuletzt zurückliegenden Ereignissen zugerechnet werden muss, sich Ihrer Demonstration anschließen werden und von dort aus auf mögliche ›Gegner‹ mit Gewalt einwirken werden.«[63]
Mit dieser Begründung, die im Kern nicht von der bestimmten Situation am konkreten Tag der geplanten Demonstrationen ausgeht, sondern örtliche Gegebenheiten, die Gewaltbereitschaft der lokalen rechtsextremen Szene und die Konstruktion rivalisierender Jugendbanden von rechtsextremen Tätern und ihren Opfern als entscheidende Kriterien benennt, wird die öffentliche politische Positionierung in Delitzsch zur Unmöglichkeit erklärt.
Als Reaktion darauf wurde von Vertretern der PDS-Landtagsfraktion in Sachsen der Rücktritt Heinz Bienieks vom Posten des Oberbürgermeisters gefordert, da dieser vor der rechtsextremen Szene zurückweiche. Außerdem wurde für den 4. November 2000 erneut eine antifaschistische Demonstration von einem PDS-Landtagsabgeordneten angemeldet.

## III. Kommunale Reaktionen auf die rechtsextremen Übergriffe

**Runder Tisch gegen Gewalt**
Da die politische Initiative gegen die rechtsextreme Szene von den Delitzscher Behörden nicht gewünscht ist, suchen diese ihre gesellschaftlichen Mediationsbestrebungen auf anderen Wegen umzusetzen. Das Ergebnis ist ein von den Kirchen initiierter »Runder Tisch gegen Gewalt«. Zur Begründung erklärt Pfarrer Wolfgang Krauß: »In Anbetracht der Situation in Delitzsch und auch des zehnjährigen Jubiläums der Einheit Deutschlands ist Pfarrer Kensbock und mir der Gedanke gekommen, dass die Wiederbelebung des runden Tisches kein schlechtes Mittel wäre, um alle Beteiligten auf dieser Strecke wieder ins Gespräch zu bringen.«[64]
Auch beim »Runden Tisch gegen Gewalt« herrscht also die Vorstellung, zwischen rechtsextremen Tätern und ihren Opfern sollte unter Aufsicht ein Kompromiß ausgehandelt werden. Dabei spielt weder die Ideologie hinter den Naziübergriffen eine Rolle noch die Ungeheuerlichkeit des Verlangens, die Opfer der Übergriffe sollten doch den Forderungen ihrer Peiniger nachkommen. Vielmehr wird von den Initiatoren die Rolle des unparteiisch richtenden Dritten angestrebt.
Armin Kensbock: »Wir haben gedacht, es ist besser als gar nichts zu tun. Und vielleicht sind die Kirchen in diesem

59 s. a. Homepage des »YOZ«
60 Die jährliche Fördersumme beträgt 6000.– DM Sachkosten.
61 Vgl. einen in Delitzsch verteilten Aufruf
62 Verbotsverfügung des Landratsamtes Delitzsch vom 1.9.2000
63 ebd.
64 LVZ vom 18.8.2000 (Hervorhebung von der Autorin)

Punkt auch die unparteiischen Gremien und am unbelastetsten, um einen Schritt in diese Richtung zu tun. Wir wollten es nicht auf die politische Schiene abschieben, weil es dann ausgeschlachtet werden könnte, sondern eher auf eine kommunale und pädagogische. Dabei sein sollen auch alle, die mit Jugendarbeit und Erziehung zu tun haben.«[65]

Doch genau auf der pädagogischen »Schiene« ist das Problem allein nicht zu bewältigen. Als sich herausstellte, daß zum »Runden Tisch gegen Gewalt« Vertreter der rechtsextremen Szene eingeladen worden waren, aber die Öffentlichkeit und einige gesellschaftliche Gruppen ausgeschlossen blieben, reagierte das Zentrum Demokratische Kultur mit einer Stellungnahme: »Die Idee des ›Runden Tisches‹ darf keinesfalls dazu mißbraucht werden, rechtsextremistischen Gruppierungen oder die Menschenrechte mißachtenden Personen eine Plattform zu geben. Sie haben sich als Initiatoren dafür entschieden, Vertreter der rechtsextremen Szene einzuladen. Dies ist ein Schlag ins Gesicht aller Opfer rechtsextremistischer Gewalt, setzt er diese doch mit den Schlägern auf eine Stufe – hier sogar an einen Tisch. Zugleich wird diese Szene zu dialogfähigen Demokraten stilisiert (...) Ebenso kann ein ›Runder Tisch‹, wie die Erfahrungen der letzten 10 Jahre zeigen, kein erzieherisches oder Mediationsinstrument sein, um rechtsextreme Gewaltideologie zu beseitigen.«[66]

Zwei Tage vor dem konstituierendem Treffen wurde dem verantwortlichen LVZ-Redakteur auf seine Anfrage hin mitgeteilt, daß der aufgrund der Kritik nunmehr in »... gegen Rechtsextremismus« umbenannte »Runde Tisch« ein nicht-öffentliches Gremium sei, zu dem nur geladene Gäste eingelassen würden. Weder die PDS noch der Verein der »Anderen« hatten eine solche bekommen. Ein politischer Skandal drohte. Da tat Pfarrer Krauß plötzlich sein völliges Unverständnis über die ganze Aufregung kund: Niemals sei daran gedacht worden, auch Vertreter der rechtsextremen Szene einzuladen und an die PDS sowie »die Anderen« wären natürlich Einladungen ergangen, die wohl auf dem Postweg abhanden gekommen sein müssten. So einfach ist es in Delitzsch, schon Geschehenes zu Ungeschehenem zu erklären.

In der Zwischenzeit arbeiten die nach dem ersten Treffen zahlenmäßig sehr geschrumpften Mitglieder des »Runden Tisches« an einem »Bürgerspaziergang gegen rechte Gewalt« nach Delitzsch-West unter dem Logo der Friedenstaube.

**Polizeiliche Maßnahmen**

Die Polizei spielt in den Konflikten um die Delitzscher rechtsextreme Szene keine aktive Rolle. Vielfach beklagen sich die Opfer von Übergriffen über fehlende Hilfe oder gar repressive Maßnahmen, während die Täter ungeschoren davonkommen. Berichte von mangelnder oder verweigerte Hilfe begleiten fast alle Opferberichte nach Naziübergriffen. Beispielsweise bei einem Überfall auf die »Villa« im Juni 1999: »Etwa 1.10 Uhr rief Andreas (Name geändert) die Polizei an und bat um Hilfe. Der Polizist reagierte abweisend und sagte immer nur: ›Ja, ja.‹ Er fragte auch nicht nach Einzelheiten. Wir versuchten uns gegenseitig zu beruhigen, was aber nicht gelang. Wir hofften, daß die Männer nicht bis zu uns vordringen würden, hörten aber bereits Türen splittern. Wir hatten panische Angst um unser Leben. Weil die Polizei offenbar nicht kam, riefen wir noch einmal an. Etwa 1.30 Uhr hörten wir nichts mehr und trauten uns, rauszugucken. Da stand ein Streifenwagen. Die Rechtsradikalen schienen weg zu sein. Dann klopfte es an der Tür und die Polizei befragte uns über das, was war. Fotos hat die Polizei nicht gemacht. Sie meinten: ›Jetzt nicht, alles zu seiner Zeit. Wir haben jetzt besseres zu tun.‹«[67]

Ähnliche Erfahrungen hat auch Elena Talheimer in diesem Sommer gemacht. Die Berliner Zeitung berichtet über einen der Abende, an denen es zu Auseinandersetzungen in Delitzsch-West kam: »Schon um 20 Uhr hatte Frau T. um Hilfe gebeten, aber im Delitzscher Revier hatte man gesagt, es seien nur zwei Beamte verfügbar. Später rief sie noch einmal an. Aber als die Polizei um 21.30 Uhr kam, war schon alles vorbei.«[68]

Im Brief der Spätaussiedler an den Bürgermeister vom 28.08. 00 heißt es z. B.: »Von Seiten der Polizei wurden keine Maßnahmen zur Entwaffnung der Rechtsextremisten (...) unternommen. (...) Am 27.08. wurden zwei Spätaussiedler verhaftet und ihnen wurden Handschellen angelegt. Und gerade in diesem Moment, mit gefesselten Händen, wurden sie von Rechtsextremen angegriffen und geschlagen. Und die Polizei (...) unternahm nichts. Sie stehen auf der Seite der Rechtsextremisten und nicht auf der Seite der friedlichen Bewohner.«

Auch die unprofessionelle Art des Umgangs von eingetroffenen BeamtInnen mit Opfern sind in Delitzsch Alltag. So berichtet das Opfer des bereits erwähnten Überfalls der Gruppe um Maik Scheffler auf eine Wohnung in Delitzsch: »Nach ca.15 Minuten traf die Polizei bei uns ein. Die Polizeibeamten (eine männliche und eine weibliche Person) hörten sich den Vorfall an, nahmen aber keine Tatortsicherung (Fingerabdrücke, Fotos) vor. Lediglich die Beamtin verließ die Wohnung für kurze Zeit. Der Beamte wollte Namen wissen und fragte mich: ›Haben sie ein paar Leute erkannt.‹ Daraufhin antwortete meine Mutter: ›Ja.‹ Und ich sagte: ›Ich sag nichts, sonst halten die Glatzen mir die Knarre an den Kopf.‹ Der Beamte setzte mich unter Druck und wollte mehr wissen, ist lauter mir gegenüber geworden und sagte: ›Sonst habt ihr auch immer nur die große Klappe, und jetzt willst du kneifen. Wenn du nichts sagst, dann nützt dir auch keine Anzeige.‹ Die Beamtin sagte, ich solle mir bis nachher überlegen, ob ich noch etwas sagen wolle und die Beamten verließen die Wohnung.«[69]

65 ebd.
66 Brief Bernd Wagners vom Zentrum Demokratische Kultur an die Initiatoren des »Runden Tisches gegen Gewalt« Delitzsch vom 12. 9. 2000.

67 Opferbericht zitiert nach LVZ/Delitzsch vom 24. 6. 1999
68 Berliner Zeitung, a. a. O.
69 Bericht des Opfers über die Zeit unmittelbar nach der Tat im Schockzustand. Zurück blieb die junge Frau schutzlos. Selbst die Wohnungstür war zu diesem Zeitpunkt verschwunden, da die rechtsextremen Straftäter sie mitgenommen hatten.

Noch offensichtlicher wurde dem Focus-TV-Team die Lustlosigkeit, Unfähigkeit oder einfach nur Ohnmacht Delitzscher Beamten, als sie im letzten Monat im YOZ recherchierten. Nach einem Angriff auf den Kameramann bat die Redakteurin die anwesenden Beamten um Unterstützung. Die antworteten mit dem bekannten Satz: »Wir sind nur zu zweit!«. Und auf die Bitte nach Feststellung der Personalien der TäterInnen: »Aber die kennen wir doch alle ...«.
Die Polizeidirektion Torgau, von der notwendige Unterstützung angefordert werden muß, liegt im übrigen fast eine Autostunde von Delitzsch entfernt.

Als kurzsichtig muß die Unterstützung zur Einrichtung eines rechtsextremen Jugendtreffs durch verschiedene Polizeibehörden eingeschätzt werden. Dieser mag zwar aus ermittlungstaktischen Gründen wünschenswert erscheinen, sollte sich aber allein aus Gründen der Straftatenprävention von selbst verbieten. Von der politischen Signalsetzung durch die Förderung eines solchen Klubs und der Unmöglichkeit, dort erfolgreich sozialpädagogisch tätig zu werden, ganz zu schweigen.
Insgesamt vermögen die polizeilichen Maßnahmen in Delitzsch trotz einer zu beobachtenden verstärkten allgemeinen Aktivität (Einsatz der SoKo Rex, Installation eines polizeilichen Videoüberwachungssystems in Delitzsch-West) gegenwärtig weder unter präventiver, repressiver oder opferorientierter Perspektive zu überzeugen.

Daß es seit Anfang September in der Stadt etwas ruhiger geworden ist, liegt zum größten Teil am öffentlichen Interesse und der ständigen Medienpräsenz. Scheffler und Co. haben begriffen, daß sie augenblicklich ihre Ziele mit Gewalt kaum noch erreichen werden. Die ersten Auswirkungen spürt man auch im YOZ. »Wir wissen gar nicht, wie wir damit umgehen sollen. Keine Aufnäher, keine Symbole, keine rechten Sprüche mehr ... Wie sollen wir sie denn da rausschmeißen?«, so eine Mitarbeiterin bei einem Seminar zum Thema Mitte September in Delitzsch.

## IV. Mögliche Entwicklungen

Gegenwärtig sind für die weitere Entwicklung in Delitzsch mehrere Szenarien denkbar. Sollte es nicht gelingen, die rechtsextreme Szene als politisches Problem in ihrer gesamten Dimension im Bewußtsein der Administrative zu verankern, ist davon auszugehen, daß die bestehenden Konfliktpotentiale sich mit der Naziszene weiter etablieren. Die voraussehbaren Konsequenzen nach einem zwangsläufigen Scheitern der Mediationsbemühung ist die Verschärfung restriktiver Tendenzen. Schon jetzt sind davon auch nicht der Jugendpolitik unterstellte Einrichtungen betroffen. So schränkt die Shell-Tankstelle in Delitzsch West ihre Öffnungszeiten bis auf weiteres ein, da sie in der Vergangenheit Treffpunkt der rechtsextremen Szene und Ausgangspunkt von Gewalttaten war.
Im Jugendbereich ist eine weitere Einschränkung der Vielfalt der Jugendkulturen zu erwarten, da diese durch die permanenten Auseinandersetzungen in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Die Sicht auf Jugendkultur als ständiges Problemfeld in der Verwaltung wird aller Wahrscheinlichkeit nach zur Verschärfung des restriktiven Trends beitragen. Frustrations- und Konfrontationserlebnisse sind zwangsläufig die Folge.

Gleichzeitig wird es der rechtsextremen Szene als der bestimmenden Gruppe gelingen, im Problemmanagement ihre Interessen durchzusetzen. Eine Beibehaltung der Öffnung der Strukturen in der Jugendarbeit wird diese Szene weiter bestärken. Unter Berücksichtigung der bekannten Strategien zur Hegemoniegewinnung – die sich in Delitzsch schon als deutliche Praxis zeigen – ist die Verdrängung aller anderen Jugendkulturen absehbar.

Eine alternative Entwicklung würde voraussetzen, daß im Zuge einer realistischen Bewertung der rechtsextremen Szene klare Grenzen etabliert werden, die eine deutliche Abgrenzung von nazistischen Ideologiefragmenten und Weltanschauungen in der Alltagskultur ermöglichen. Gleichzeitig müssen stärker als bisher Ansätze zur vielfältigen kulturellen Selbstverwirklichung unterstützt werden. Dazu gehört auch, daß den von rechtsextremen Übergriffen Betroffenen die Möglichkeit und Perspektive eines effektiven Schutzes eröffnet wird. Von Seiten der Polizei sind zudem besondere Anstrengungen notwendig, um das verlorengegangene Vertrauen wiederherzustellen.

Im Leben der Stadt Delitzsch muß künftig auch die Position der ca. 450 AussiedlerInnen gestärkt werden. Äußerungen, wie die des Oberbürgermeisters Bieniek, er verstehe nicht, warum die AussiedlerInnen in Delitzsch seien, sollten im demokratischen Diskurs tabu sein. Vielmehr sind seitens der Administration deutliche Zeichen gefordert, daß alle Delitzscher BürgerInnen, egal welcher Herkunft Unterstützung und Schutz bei Übergriffen erfahren. Dies ist nicht nur faktisch, sondern auch öffentlich zu demonstrieren.

## V. Nachtrag: Delitzsch im November 2000

**Mobbing und Zensur**
Die politisch einflussreichsten konservativen Kräfte scheinen ihre Machtpositionen dazu auszunutzen, den(jugend)-politischen Diskurs in einer Art und Weise zu beeinflussen, die weit außerhalb demokratischer Handlungsoptionen liegt. Am transparentesten wird das im Hinblick auf den Umgang mit kompetenten KritikerInnen.
So tauchte der Bürgermeister Denef (CDU) schon in Juli dieses Jahres beim kommunalen Fernsehsender Nordsachsen TV auf, um die Ausstrahlung eines Interviews mit der vor Ort recherchierenden Mitarbeiterin des »Zentrums Demokratische Kultur« (ZDK) zu verhindern, dass am Vortag gedreht worden war. Er wurde dabei mit versteckter Kamera gefilmt.
Das Team wollte den Versuch, derart unverfroren Zensur auszuüben, zu Recht öffentlich skandalisieren. Dies scheiterte an den Sponsoren des Senders[70], die als mittelstän-

dige Unternehmer der Region für ihre Betriebe einen negativen Einfluss bezüglich der weiteren kommunalen Auftragsvergabe befürchteten. Film und Interview verschwanden im Tresor des Senders.

Kurz darauf versuchte die Mitarbeiterin des ZDK den für den Schulclub Ost zuständigen Sozialarbeiter der Stadt zu sprechen. Ihr war in der Öffentlichkeit ein Jugendlicher mit einem T-Shirt aufgefallen, auf dem neben dem Clubnamen groß die Zahl »18« stand – in der rechtsextremen Szene bekannt als Synonym für den ersten und achten Buchstaben des Alphabets A und H, die Initialen für Adolf Hitler. Der in der Stadtverwaltung angestellte Kollege war nach eigenen Worten nicht autorisiert, mit ihr zu sprechen. Sie solle sich bei Fachfragen an den zuständigen Bürgermeister wenden.

Als SPD- und PDS-Fraktion mit dem »Kommunalpolitischen Forum Sachsen e. V.« im September eine Weiterbildung zum Thema »Chancen und Grenzen akzeptierender Jugendarbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen« ankündigten, reagierten verantwortliche MitarbeiterInnen aus Stadtverwaltung und Landratsamt mit üblen Gerüchten über die Referentinnen des ZDK. Von »Haus- und Redeverbot« in verschiedenen Kommunen war die Rede. Die VerbreiterInnen dieser Gerüchte waren nicht auszumachen. Aber den MitarbeiterInnen beider Ämter war nahegelegt worden, die Veranstaltung – die im übrigen ein großer Erfolg war[71]– nicht zu besuchen. Auch die CDU-Fraktion fehlte gänzlich.
Anfang November wurde der Vorstand des Freien Trägers, bei dem die Referentin des ZDK hauptamtlich arbeitet, zu einer Anhörung in das Jugendamt bestellt. Die Delitzscher Jugendamtsleiterin – so wurde dem Verein mitgeteilt – habe sich schriftlich an das Leipziger Jugendamt gewandt, damit überprüft werde, ob der Verein von den »politischen Aktivitäten« seiner Mitarbeiterin gewusst habe und ob dies (z. B. das o. g. Referat) während ihrer regulären Arbeitszeit stattgefunden habe.
Dienstaufsichtsbeschwerden des Vereins gegen die Jugendamtsleiterin in Delitzsch und das Jugendamt Leipzig sind noch in der Schwebe. Ein Briefwechsel zwischen den beiden Ämtern wird in der Zwischenzeit in Abrede gestellt. Die Amtsleiter hätten sich lediglich während einer Konferenz getroffen – was den Vorgang lediglich noch ungeheuerlicher macht, wäre er dann doch aufgrund eines zufälligen informellen Gespräches zustande gekommen.

**Eine Arbeitsgruppe und ein Papier**
»Am 18.09. 00 tagte im Landratsamt Delitzsch eine Arbeitsgruppe, die sich mit den aktuellen Entwicklungen in Delitzsch und Umgebung beschäftigte. Als Ergebnis dieses Arbeitsgespräches wurde beschlossen, dass sich Jugendarbeiter der Stadt Delitzsch und Umgebung zusammensetzen, um Handlungsstrategien im Umgang mit gewaltbereiten Jugendlichen zu entwickeln.«[72]
Vorlage für diese Einladung war ein inhaltlich äußerst diffuses Positionspapier der KUJIBS[73], das sich – anderen Autoren zugeschrieben – zum großen Teil aus Essentials Krafeldscher Thesen zur »akzeptierenden Jugendarbeit« zusammensetzt. Professor Krafeld selbst war entsetzt über die fehlende Fachlichkeit des Machwerkes.
Der Verein die »Anderen« kritisierte das Papier wie folgt: »Dem Papier liegt die Totalitarismustheorie unausgesprochen zugrunde, die jeglichen Extremismus gleichsetzt. In diesem Papier, wie auch in der Diskussion vom 26.09. 2000, wird ein Linksterrorismus gleichsam erfunden, damit das Kind nicht beim Namen genannt werden muß:
- dass ein nationalistischer und rassistischer Konsens in den Jugendszenen in und um Delitzsch längst zur Alltagskultur geworden ist, wie er auch in der Gesellschaft selbst tief verankert ist
- dass Jugendarbeit – besonders nach § 11 – nicht im Geringsten dazu geeignet ist, diesem Problem zu begegnen.«

Das Papier geht weiter vom Erklärungsmodell »sozialer Defizite« aus. Wenn die Jugendlichen mit ihrer »Lebensbewältigung besser zurechtkommen«, würde das dazu beitragen, »eine sozialere Verträglichkeit herzustellen«. Rechtsextreme Wertorientierungen basieren nun aber nachweislich nicht auf mangelnden Strategien zur Lebensbewältigung. Dies ist die zweite gefährliche Verharmlosung.
Zudem werden mit solchen Aussagen diejenigen Jugendlichen, um die es hier geht, weder ernst noch wahrgenommen. Es handelt sich um rechtsextrem-orientierte junge Menschen. Es wäre eine der wichtigsten Grundlagen für die Entscheidung, ob und in welcher Form soziale Arbeit mit ihnen möglich ist. Zudem ist nirgendwo im Positionspapier eine Trennung zwischen »offenen Angeboten« nach § 11 KJHG und Jugendsozialarbeit gemacht worden.
Jugendsozialarbeit von Beratung bis hin zu Angeboten zur beruflichen Hilfe stehen – gesetzlich verankert – natürlich allen offen, aber bei den sogenannten »offenen« Jugend(freizeit)angeboten sollte in jedem Fall der Passus des § 14 KJHG gelten, wonach »schädliche Einflüsse von Kindern und Jugendlichen fernzuhalten sind«. Auf dieser Basis hat z. B. der Leipziger Jugenddezernent mit dem Jugendhilfeausschuß Ausschlußkriterien für manifest Rechtsextreme festgelegt.
Die quer durch das Papier eingestreuten Passagen einschließlich der praktischen Handlungsansätze stammen allesamt vom Bremer Professor Franz-Josef Krafeld, der das von Anfang an umstrittene Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit entwickelte. In der Zwischenzeit hat Krafeld sein Konzept relativiert und Grenzen gesetzt. Vielleicht ist er aus diesem Grund auch namentlich nicht erwähnt. Eine dieser Grenzziehungen betrifft manifeste und organisierte rechtsextremistische Jugendliche, mit denen auch nach Krafeld nicht zu arbeiten ist.

70 Diese Sponsoren haben auch den letzten Wahlkampf der CDU um das Amt der Bürgermeister mit insgesamt 200 000.– DM unterstützt.
71 Vgl. LVZ/regional vom 13.09. 2000 »Leipziger geben Erfahrungen weiter«
72 Aus einer Einladung der Kinder- und Jugendinformations- und Beratungsstellen der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Delitzsch e. V. (KUJIBS)
73 Vgl. Fußnote 49

Manifest rechtsextremen Jugendlichen und Heranwachsenden müssen klare Grenzen gesetzt werden, ganz besonders in ihren Forderungen nach »sozialen Räumen«. Nehmen wir nur noch einmal das Beispiel von Delitzsch-Land: Fast 50 Jugendclubs sind fest »in rechter Hand«. Andersdenkende, d. h. demokratiefähige junge Menschen, werden vertrieben. Kontrolle und pädagogische Arbeit ist unter diesen Umständen so gut wie unmöglich und sollte eigentlich auch genau den Jugendlichen gelten, welche die vorhandenen Angebote der »offenen« Jugendarbeit aufgrund rechtsextremer Hegemonie nicht nutzen können. Statt dessen wird ausgerechnet von den MitarbeiterInnen der KUJIBS noch mehr von dem gefordert, wovon sich die Experten längst verabschiedet haben. Denn »allen, die wollen, auch Räume zur Verfügung (zu) stellen«, heißt in der Praxis heute schon, sich überwiegend bis ausschließlich mit rechtsextrem-orientiertem Klientel zu beschäftigen.
Die Pluralität in der Jugendarbeit ist längst nicht mehr auch nur im Ansatz vorhanden. Was die bei Ausgrenzung befürchtete »Verlagerung« der Probleme anbetrifft: Damit rücken sie wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit und der dafür verantwortlichen Politikbereiche. Mit dem »Zumindest- runter- von der- Straße- Auftrag« schafft man allenfalls einige (gefährliche) Arbeitsplätze für oft noch unausgebildete MitarbeiterInnen und sichert sich Fördergelder auf Kosten von wirklichen Problemlösungsversuchen.

Zum Umgang mit Medien. In Kommunen mit mangelnder Konfliktfähigkeit der Verantwortlichen ist es eine verbreitete Abwehrstrategie, die Probleme als »von außen kommend« zu betrachten. Besonders die berichtenden Medien sind dafür ein beliebter Sündenbock.
Dass manche Jugendliche – soweit sie nicht bei den von ihnen verübten Straftaten gegen die Würde, Gesundheit und das Leben anderer erkannt werden – das mediale Interesse aufregend finden, ist klar. Die Berichterstattung hat letztendlich aber dazu geführt, dass den »Machern« der rechtsextremen Szene klar geworden ist, dass Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele kontraproduktiv geworden ist. Das hat nicht der »Schmusekurs« von Stadtverwaltung und Sozialarbeit mit Fascho-Kader(n) geleistet, sondern die öffentliche Ächtung und das mit der Berichterstattung regionaler und überregionaler Medien zusammenhängende wachsende Problembewußtsein.
»Wir warnen davor, sich in der Öffentlichkeit gegen bezeichnete extremistische Orientierungen zu stellen«. Schlimmer geht's nun wirklich nimmer. In einer Zeit, in der zivilgesellschaftliches Engagement dringend erforderlich ist, eine solche Forderung aufzustellen, ist unverantwortlich. Ansonsten ist der Rest ein ziemlich unverblümter Ruf nach Zensur, wie sie Bürgermeister Denef schon gegenüber Nordsachsen-TV zu praktizieren versucht hatte.
Der Verein die »Anderen« verließ die Arbeitsgruppe, weil der für den fachlichen Diskurs notwendige Minimalkonsens – dass das Problem rechtsextremistischer Jugendlicher auch als solches benannt wird – fehlte.
Insgesamt ist zu befürchten, dass jetzt über Verwaltung und Träger der Jugendarbeit (die von Fördermitteln der Kommune abhängig sind) Druck auf jene KommunalpolitikerInnen ausgeübt werden soll, die sich inzwischen gegen die Idee eines »Clubs für RechtsextremistInnen« positioniert haben. Das »Angebot sozialer Räume für Jugendliche mit dem Interesse nach sozialen Räumen« öffnet den »autonomen Kameradschaften« nicht nur die bereits okkupierten Jugendhäuser, sondern schafft weitere Treff- und Vernetzungsmöglichkeiten. Nach allen negativen Erfahrungen der letzten zehn Jahre- die in Delitzsch offensichtlich niemand sehen will – unterstützen konservative PolitikerInnen und SozialarbeiterInnen mit ihrem Handeln den weiteren Aufbau »national-befreiter Zonen« und helfen eifrig mit beim »Kampf um die Köpfe und die Straße«!
Von dort »in die Parlamente« ist es dann nur noch ein kleiner Schritt.

## »Es kann gelingen, wenn alle bereit sind, aufeinander zuzugehen.«

### Interview mit Vertretern des »Netzwerks Demokratische Kultur« in Wurzen

Frage: In welcher Situation haben sich Personen in Wurzen zusammengetan, um ein Netzwerk gegen Rechtsextremismus zu gründen?

NDK: Angefangen haben wir Mitte 1999. Wir haben uns mit Anetta Kahane, Ilona Weber, Friedemann Bringt und eigentlich relativ wenigen Wurzenern getroffen und erst mal überlegt: »Was ist eine Strategie gegen rechts?« Wir sahen, daß alles, was es einmal an kultureller Arbeit gab, z. B. die »Villa Kunterbunt« seit Jahren tot war. Es gab und gibt in Wurzen z. B. auch keine Antifa. Wir kommen alle aus irgendwelchen Vereinen oder Gruppen, z. B. aus der Umweltrichtung. Wir kamen dann darauf, die bestehende Arbeit zu vernetzen. Das war die »AG Umwelt und Natur«, »Wunderbar e.V:« und ein paar Leute aus der Wendezeit. Klassische Antifaarbeit wollten wir nicht mehr machen. Die Leute haben sich erst im Laufe der Vorgespräche gefunden. Es hat sich entwickelt, wir mussten auch Leute direkt ansprechen und einladen.

Frage: Gab es konkrete Bedrohungen gegen Leute? Wurzen hat ja auch einen bestimmten Ruf.

NDK: Als »Zecke« ist man immer gefährdet. Es gibt eine Reihe von Leuten, die auch schon körperliche Gewalt gespürt haben, nicht nur verbale. Das Problem ist, daß man irgendwann abstumpft und sich versucht zu arrangieren und damit zu leben. Man macht im normalen Alltag Umwege.

Frage: Wie ist die Situation von Migranten in Wurzen?

NKD: 1991 gab es mal ein Wohnheim mit Leuten aus Afrika. Heute gibt es nur noch ein Spätaussiedlerheim. Die

Aussiedler sind relativ gut integriert. Sogar die Faschos nehmen sich ihrer an, nehmen sie mit in rechte Clubs und trinken gemeinsam mit ihnen. In Grimma ist das z. B. schon wieder ganz anders. Darüber hinaus gibt es hier kaum Migranten. Lediglich ein paar Dönerbuden, ein griechisches und ein vietnamesisches Lokal. Asylbewerber gibt es gar nicht.

Frage: Wie verlief die Startphase? Was wurde auf den Treffen thematisiert?

NKD: Wir haben zuerst über ein Konzept nachgedacht. Bald ist uns klar geworden, daß wir in finanzieller Unabhängigkeit von der Stadt arbeiten müssen. Klar war auch, daß wir versuchen wollten, Leute über kulturelle Projektarbeit zu erreichen. Überlegt haben wir am Anfang auch: Wie kann man an Geld kommen? Und wie wichtig sind hauptamtliche Mitarbeiter? Daraus ist dann ein Konzept gestrickt worden und nach regelmäßigen Treffen mit einzelnen Wurzener Gruppen kam der Entschluß zur Vereinsgründung. Dann haben wir im Dezember 1999 das NDK gegründet und eigentlich gleich mit der Projektarbeit begonnen.

Frage: Was waren die ersten Projekte?

NDK: Rechercheprojekte zur jüdischen Geschichte, d. h. dauerhafte Projekte. Wir bauen eine Mediathek auf und eine Zeitung, die langfristig Bestand haben sollen. Daneben gibt es einzelne Aktionen: Wir haben eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Holocaust gemacht und einen Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche organisiert. Und es gab eine Buchlesung sowie eine Weiterbildung mit einem Journalisten für das Zeitungsprojekt. Außerdem haben wir mit der »Opferperspektive« aus Brandenburg ein Seminar für Sozialarbeiter unter der Fragestellung gemacht, wie Sozialarbeiter mit Opfern rechter Gewalt arbeiten und umgehen können.

Frage: Gab es Projekte, die gescheitert sind?

NDK: Uns wurden zum Beispiel einmal kurz vor einer Veranstaltung mit Überlebenden des Holocaust die Räume gekündigt. Das waren öffentliche Räume, die uns die Stadtverwaltung vermietet hatte. Als die mitbekommen haben, wer wir sind, haben sie uns zwei Tage vorher gekündigt. Wir haben dann über die Presse Druck gemacht und das hat funktioniert. Zu einer anderen Veranstaltung wurde uns nochmals der Raum gekündigt und wir mußten auf Räume der Kirche ausweichen. Das sind so kleine Gemeinheiten der Stadtverwaltung, die wir erleiden müssen.

Frage: Mit der städtischen Ebene wollt ihr aus diesem Grund auch nicht arbeiten?

NKD: Wir würden schon wollen. Aber in den Augen des Oberbürgermeisters sind wir Nestbeschmutzer, weil wir das Thema Rechtsextremismus anfassen. Er sieht das Problem nicht. Als Bundestagspräsident Thierse hier war, hielt er es nicht für nötig, sich mit ihm über Rechtsextremismus zu unterhalten, weil ihm die Einladenden, d. h. wir, nicht gefielen. Es gab früher einmal eine Beratungsstelle in finanzieller Abhängigkeit zur Stadt. Irgendwann hat es die Stadt nicht mehr gepackt und die Sache wurde abgehakt. Deshalb wollen wir unabhängig bleiben.

Frage: Ist die Verwaltung ein einheitlicher Block? Oder gibt es einzelne Leute, die man ansprechen kann?

NDK: Einzelne sind zugänglich, aber schließlich sagen alle immer: »Moment da muß ich erst mal den Bürgermeister fragen.« Das gilt auch für Amtsleiter und -leiterinnen.

Frage: Das ist eine sehr undemokratische Situation.

NKD: Ja, z. B. gibt der Bürgermeister seit 1996 zum Thema Rechtsextremismus keine Interviews mehr. Da in Wurzen schon Anfang der 90er Jahre Ausländerwohnheime überfallen wurden, gibt es schon lange eine negative Presse. Der Oberbürgermeister meint, daß die Medien alles von draußen hereintragen würden. Wir kritisieren das auf allen Ebenen. Das wird nicht gerne gesehen. Daher blockt der Bürgermeister ab. Kritik können sie nicht ab.

Frage: Von welchen Akteuren kommt Unterstützung?

NKD: Es gibt immer einmal moralische Unterstützung von Gewerkschaften, z. B. vom DGB-Chef Sachsen. Bei den großen Netzwerkrunden, die wir alle Vierteljahre machen, sitzt der DGB-Landesjugendreferent dabei und ein Referent vom Landesjugendpfarramt der evangelischen Kirche. In Wurzen haben die Leute aber Angst sich zu äußern. Wenn sie überhaupt etwas sagen, dann nur hinter vorgehaltener Hand. Deshalb sind wir weitgehend auf uns allein gestellt und können nur nach und nach Kontakte knüpfen. Zur Zeit fangen wir mit der Kirche an. Aber es dauert sehr lange bis es dort zu einer öffentlichen Positionierung kommt. Es ist ein mühsamer Weg.

Frage: Gibt es eine Zusammenarbeit mit der »Jungen Gemeinde« wie in anderen Städten auch?

NKD: Direkte Zusammenarbeit nicht, aber viele Jugendliche, die beim Netzwerk mitmachen, sind auch in der Jungen Gemeinde der Kirche. Dieses Klientel kommt eher vom Gymnasium.

Frage: Wie ist eigentlich die Einstellung an den Schulen und in den umliegenden Orten?

NDK: Es ist so, daß es eigentlich an jeder Schule Rechte gibt. Das hat an den Gymnasien auch schon angefangen. Dort halten sie sich aber noch zurück. Wir haben vor ein paar Wochen mit Jugendlichen eine Studienfahrt nach Theresienstadt gemacht. Da waren auch Leute aus umliegenden Gemeinden dabei, unter anderem drei Mädchen, die sich selbst als rechts eingeschätzt haben. Mit »White Power«-Aufnähern oder Hakenkreuzen an der Tasche. Die wollten mal die »andere Seite kennenlernen«. Recht mutig eigentlich. Es hat sich dann herausgestellt, daß es in dem Dorf, aus dem sie kommen, nur Rechte gibt. Dort gibt es auch einen ehemaligen SS-Offizier, der sich bei den Treff-

punkten blicken lässt. Da ist es schon ganz gut, daß sie diesen Schritt gemacht haben. Denen hat unser Projekt gefallen.
Angebote, wie wir sie machen, gab es vorher lange Zeit nicht und daher gab es guten Andrang auch von Leuten, die wir vorher nicht kannten. So entwickeln sich auch Projekte. Wir sprechen die Vereine mit konkreten Anliegen an.

Frage: Seid ihr denn normalerweise dem »Linksextremismusvorwurf« ausgesetzt?

NKD: Ja, das ist schon so. Das kommt sowohl aus der rechten Ecke als auch von ganz normalen Kommunalpolitikern. Wenn die über Rechtsextremismus reden, dann nur in Verbindung mit Linksextremismus. In Wurzen gibt es aber vor allem Opfer rechter Gewalt und um die wollen wir uns kümmern. Als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hier war, wurde uns vorgeworfen, Wurzen sei ein linksextremes Zentrum. Das kam pikanterweise von einem Trägerverein, der ausschließlich mit Rechten arbeitet. Es handelte sich um die Betreiber des »Schweizergartens«.

Frage: Wie haben rechtsextreme und konservative Kreise auf eure Aktivitäten reagiert? Gab es bedrohliche Situationen?

NDK: Zu der ersten Veranstaltung hatten wir Polizei vor der Tür stehen. Als Vorsichtsmaßnahme. Bei der Veranstaltung in der Kirche hatten wir ein paar Kids draussen, die mit einem Luftgewehr herumzielten. Und beim Gedenkmarsch gab es am Rand Leute, die den Arm zum allseits bekannten Gruß gehoben haben. Ansonsten haben wir gehört, daß wir »tolerierte Spinner« sind.
Man muß dazu sagen, daß hier in Wurzen die NPD sehr stark ist. Weil bald wieder Wahlen vor der Tür stehen, schieben die den Film: ›Wir müssen uns demokratisch geben.‹ Die treten kaum unangenehm in Erscheinung, verteilen allenfalls noch Aufkleber. Wenn Leute überfallen werden, sind die Täter eher aus dem Umkreis autonomer Kameradschaften und rechter Cliquen.
In unserem Netzwerk sehen die keine Gefahr. Christian Wendt hat geschrieben, daß Wurzen im Hinblick auf »national befreite Zonen« bundesweit beispielhaft sei. Ich denke, die fühlen sich momentan noch ziemlich sicher.

Frage: Das rechtsextreme Spektrum teilt sich also auf in die NPD, die die parlamentarische Ebene bearbeitet und die Kameradschaften die über Bedrohung und Gewalt Politik machen?

NKD: In Grimma gibt es dafür keine NPD-Struktur. Dort häufen sich Angriffe auf Ausländer. Zum Beispiel wurde ein vierjähriges Mädchen zusammengeschlagen. Sie war Migrantin. In Wurzen passiert das gegenwärtig gerade mal nicht, weshalb der Polizeichef verkündet, daß Rechtsextremismus in Wurzen keine Rolle spielt, weil die Gewalt nachgelassen hat. Es liegt auch daran, daß den Rechten die Gegner ausgehen. Denn immer, wenn irgendwo etwas ist, treten sie auf. In einem Nachbarort war eine Geburtstagsfeier, die von Glatzen überfallen wurde. Es wird auch nicht gesehen, daß rechtsextremes Gedankengut immer noch stark verbreitet ist.

Frage: Hat die NPD eine kommunale Strategie in Wurzen?

NDK: Sie haben ihre eigenen Räume, können sich frei bewegen, haben ihre eigene Infrastruktur, ihre Kneipen und Clubs. Die sehen zu, daß es immer mehr Jugendliche gibt, die ihnen wohl gesonnen sind. Viel haben sie in Wurzen nicht mehr zu tun. Bei einem Großteil der Jugendlichen und bei vielen Erwachsenen haben sie erreicht, was sie wollten: ein rechtes Weltbild schaffen. Sie machen ab und an mal Konzerte in Nachbarorten, aber sonst sind sie einfach stark genug und müssen sich nicht mehr groß bemühen. Übrigens haben Leute aus Wurzen beim NPD-Parteitag in Passau den Saalschutz gemacht.

Frage: Wenden wir den Blick jetzt auf die Zivilgesellschaft. Welche Chancen hat eigentlich das Handeln in Netzwerken?

NDK: Erfolge kann man nicht so schnell messen. Es ist wichtig, daß der Handwerker von nebenan seine Meinung überdenkt und daß er zum Handeln animiert wird. Überall stehen Glatzen in Springerstiefeln herum. Die haben doch auch Nachbarn und Eltern und arbeiten in einer Firma. Die scheinen das alles zu tolerieren. Aber genau diese Leute müssen gefragt werden, müssen dazu bewegt werden, in der Öffentlichkeit Zivilcourage zu zeigen. Sie müssen sich öffentlich gegen den Bürgermeister wenden, der sich dem Thema verweigert. Aber das muß man aus den Leuten herauskitzeln. Das kann z. B. über kulturelle Angebote gelingen. Dort trifft man Leute, die sich interessieren, mit denen man reden kann, auch wenn es nur einzelne Leute sind.

Frage: Ihr wollt eine demokratische Öffentlichkeit aufbauen? Ein sehr offensives Ziel.

NDK: Zunächst ist es wichtig, Strukturen zu schaffen und Leute zu halten. Es müssen Räume geschaffen werden. Langfristig muß auch eine hauptamtliche Stelle geschaffen werden, denn ehrenamtlich ist das kaum zu schaffen.

Frage: Was wären denn optimale Bedingungen der Netzwerkarbeit?

NDK: Möglichst viele engagierte Leute, die auch was umsetzen. Und Vereine, die sich von selbst einbringen. Auch eine Zusammenarbeit mit der Stadt wäre gut, gerade wenn es um Räume geht. Denn es ist schon problematisch, wenn kaum ein Verein Räume hat, die er für Veranstaltungen nutzen kann. Von den Parteien gibt es kaum Unterstützung. Hin und wieder stellt die PDS für uns Anfragen. Total nervig ist, daß Institutionen keine Ideen oder Handlungsanstösse einbringen. Wir müssen um alles betteln.

Frage: Sollte man Parteien überhaupt in Bündnisse einbeziehen?

NDK: Parteien haben immer ihr Strategiedenken. Aber grundsätzlich sollte man mit ihnen zusammenarbeiten. Da sind wir gefordert. Es kann gelingen, wenn alle bereit sind aufeinander zuzugehen.

Frage: Wie schätzt ihr die weitere Entwicklung ein?

NDK: Wenn es so weiterläuft, können wir positiv in die Zukunft schauen. Wir können noch viele Veranstaltungen machen und sie mit Inhalten füllen. Wir planen gerade eine Informations- und Aufklärungsfahrt ins ehemalige Vernichtungslager Auschwitz und weitere Buchlesungen. Ich hoffe, daß es uns gelingt, eine Anne-Frank-Ausstellung nach Wurzen zu holen. Im Bereich Bündnispartner kann noch einiges geschehen.
Das Problem ist, daß man schnell aufgebraucht ist. Man kann resignieren, aber dann überläßt man das Feld einfach den Rechten. Weil wir das nicht wollen, sind wir motiviert genug, uns zu engagieren.

*Das Interview mit dem »Netzwerk Demokratische Kultur« führten Lorenz Korgel und Silke Hünnecke.*

# Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen rechts in Jena

## *Martin Behringer*

In Jena wird seit Jahren das praktiziert, was heute unter den Schlagwörtern »Bunt statt Braun«, »Aktionsbündnis gegen rechts« oder lokale zivilgesellschaftliche Initiativen propagiert wird. Ein Katalysator des antifaschistischen Engagements in Jena war die evangelische Junge Gemeinde (JG). Daraus kamen die Impulse zur Bildung des »Bündnisses für Demokratie« sowie des »Jenaer Aktionsbündnisses gegen rechts«. In der Entwicklung zivilgesellschaftlichen Widerstands gegen rechtsextreme Hegemoniebestrebungen vollzog sich damit der entscheidende Schritt aus der Isolation hin zur Solidarisierung mit gleichgesinnten zivilgesellschaftlichen Akteuren. Ansatzpunkt der Jenaer Bündnisse war es, gegen rechte Gewalt, gesellschaftliche Ignoranz und staatliche Diffamierung von antifaschistischem Engagement ein Zeichen zu setzen. Dazu wurden spielerische und phantasievolle Formen des lokalen Widerstands von unten entwickelt.

Seit 1990 ist das alternative Jugendzentrum JG in einem bunten Hinterhof der Johannisstraße im Zentrum Jenas unter der Leitung des evangelischen Jugendpfarrers Lothar König aktiv. Erstmals im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Berliner Zionskirche wurde Lothar König durch seinen Kontakt zur KVU auf die rechtsextreme Gefahr aufmerksam. Seine direkte Erfahrung damit begann, als er nach der Wende mit dem Aufbau der Jungen Gemeinde in Jena betraut wurde. Die Ausgangssituation in der JG war chaotisch: »... hier war ein einzig großer Schutthaufen und Punks die sich zu Skinheads mutiert hatten«[74]. Von Anfang an war die offene Jugendarbeit Lothar Königs von der Bedrohung und Gewalt rechtsextremer Gruppierungen überschattet. Nach mehreren gewalttätigen Angriffen organisierte der Jugendpfarrer im Herbst 1991 ein Fußballspiel zur Deeskalation zwischen unpolitischen Jugendlichen und rechtsextremen Jugendlichen. Dieser Ansatz der positiven Annäherung wurde aufgegeben, nachdem im Januar 1992 zwei Jugendliche der JG von Jugendlichen aus der rechten Szene »äußerst brutal zusammengeschlagen worden sind. Die hätten auch tot sein können. ... Damals war klar, die Zeit der Fußballspiele ist vorbei.«[75] Aus ihren Hass- und Ohnmachtsgefühlen heraus machten die Jugendlichen mit einem Straßentheaterstück die Jenaer Bürger auf die rechte Gewalt in ihrer Stadt aufmerksam. »Wir (die JG) haben einen Teil der Johannisstraße in Beschlag genommen und ein richtig gutes Theaterstück aufgeführt. Wir haben einen Faschofall nachgespielt, so gut gemacht, bis hin zu Schweineblut und Baseballschläger »... danach haben die Leute gedacht, es seien wirklich zwei (Jugendliche) umgekommen und wir haben Kerzen aufgestellt.«[76]

Das Engagement der JG beschränkte sich nicht nur auf die Reaktion bei rechtsextremen Gewaltakten oder auf Antifaschismus im engeren Sinn. Beispielsweise beteilige sich die JG 1997 zusammen mit The Voice, African Assembly, Asyl e. V., Amnesty International und anderen Organisationen an einer antirassistischen Veranstaltung anläßlich des internationalen Tages gegen Rassendiskriminierung. Im selben Jahr unterstützte die JG eine von Zwangsabschiebung bedrohte kurdische Familie. Durch Öffentlichkeitsarbeit und Spendensammlung konnte eine freiwillige Abschiebung erwirkt werden, um der Familie zumindest eine Auslieferung an die türkischen Behörden zu ersparen. Im nächsten Sommer, 1998, stand die JG-Werkstatt unter dem Motto »Aus der Angst erwachen«. Ziel war es, der Resignation und dem Rückzug in die Privatsphäre angesichts rechtsradikaler Tendenzen mit vielfältigen Aktionen zu begegnen. Dazu wurden eine Woche lang Aktionen wie Straßentheater, Graffiti Workshop, Musik, Fußballturnier, Skaten, Breaken, usw. durchgeführt.

Für die alternative Jugendarbeit zeigten Presse, Stadtparlamentarier und staatliche Ordnungsbehörden wenig Verständnis. Beispielsweise wurde das evangelische Jugendzentrum 1996 zum Objekt einer unverhältnismäßigen Rauschgift-Razzia, bei der zehn Gramm Marihuana sichergestellt wurden. Der polizeiliche Großeinsatz sorgte für eine Kriminalisierung der JG in der öffentlichen Wahrnehmung. Insbesondere im Zusammenhang mit der Saalfeld-Demonstration 1998 wurde die antifaschistische Arbeit des Jugendzentrums zum Stein des Anstoßes. Im Vorfeld sprach sich die evangelische Jugendkammer gegen eine Teilnahme der JG an der Demonstration aus. Später veröffentlichte die Thüringer Landeszeitung einen Leserbrief unter der Überschrift »Junge Christen werden politisch mißbraucht«[77]. Dennoch sieht Lothar König eine langsame Entwicklung weg von einer vorurteilsbeladenen

74 Interview mit Lothar König vom 4. 7. 2000

75 ebd.

76 ebd.

77 TLZ vom 11.04. 1998

Wahrnehmung der JG als Treffpunkt chaotischer Linksextremisten. Erst im Januar 2000 hat der Jugendpfarrer den Rechtsstreit gegen einen diffamierenden Artikel des Magazins »Focus« gewonnen. Vom Landgericht Berlin wurde dem »Focus« bei Strafandrohung verboten, u. a. die Behauptungen aufzustellen, Lothar König rufe zu Gewalt gegen Burschenschaften auf, oder in der JG werde der Drogenkonsum gefördert.

Auf die alternative Arbeit der JG antworteten lokale rechte Einzelpersonen sowie die Szene mit Bedrohung und Gewalt. So wurde die von Jugendlichen geschaffene Schrottskulptur in der Johannisstraße zum Anlaß für einen Gewaltakt. Beim Anblick der umstrittenen Skulptur skandierten drei Studenten der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität im Juli 1997: »Entartete Kunst!«, und an die Jugendlichen der JG adressiert: »Euch müßte man vergasen.«[78] Beim Versuch die Situation zu deeskalieren wurde Lothar König von einem der angehenden Akademiker mit einem Schlagring schwer verletzt. Die polizeilichen Ermittlungen kamen zu keinem Ergebnis und der Jugendpfarrer ist seitdem mit einer Narbe über dem rechten Auge gezeichnet. Ein anderes Signal zur gezielten Einschüchterung der JG ging von der rechtsextremen NPD aus. Für ihre Jenaer Demonstration »Gegen linke Gewalt, Drogen und Polizeiwillkür« meldete die NPD eine Kundgebung vor der JG an, was von der Stadtverwaltung jedoch nicht genehmigt wurde. Opfer von rechtsextremen Aggressionen wurden nicht nur der Jugendpfarrer oder die JG als Einrichtung, sondern vor allem die Jugendlichen. Um sich vor den traditionellen Übergriffen gewaltbereiter, rechtsgerichteter Jugendlicher auf dem Jenaer Weihnachtsmarkt zu schützen, appellierten Jugendliche der JG mit einem Infoblatt für mehr Zivilcourage. Im Winter 1999 waren Mitglieder der JG in kleinen Gruppen auf dem Weihnachtsmarkt ständig präsent, um anderen Jugendlichen einen angstfreien Besuch zu ermöglichen. Die Bilanz der Aktion war erschreckend. Jugendliche der JG wurden von Rechtsextremen angepöbelt, beschimpft, getreten und durch die Innenstadt gejagt. In diesem Kontext wurde Anfang Dezember die Situation einer »National befreiten Zone« vor dem Jugendzentrum geschaffen, so daß die Polizei zum Schutz auffahren mußte. Ein weiterer Angriff folgte am 1. Juni 2000. Am Vatertag randalierten rechte Gewalttäter, welche sich zum Teil aus dem Jenaer FCC Fan-Projekt rekrutierten, im Eingangsbereich der JG, verprügelten den Jugendpfarrer und drei Jugendliche.

Aus der unmittelbaren Erfahrung von ideologisch motivierter Gewalt in Kombination mit gesellschaftspolitischer Stigmatisierung und Kriminalisierung von antifaschistischen Engagement organisierten sich zivilgesellschaftliche Akteure in Thüringen. Im Frühjahr 1998 gründeten Gewerkschafter, Vertreter der Kirche und Einzelpersonen das von Lothar König initiierte »Bündnis für Demokratie«. Mit dem »Jenaer Aktionsbündnis gegen rechts« folgte eine weitere zivilgesellschaftliche Initiative. Lothar König und der Gewerkschafter Michael Ebenau mobilisieren für das »Aktionsbündnis« seit Sommer 1998 gemeinsam mit dem »Bündnis für Demokratie« gegen rechte Veranstaltungen in Jena.

Neben der rechten Gewalt war die »Saalfeld-Erfahrung«[79] der ausschlaggebende Faktor für die Gründung der zivilgesellschaftlichen Bündnisse. In Saalfeld wurde im Oktober 1997 der Ausnahmezustand verhängt, nachdem die Demonstration von NPD und dem rechtsextremen Thüringer Heimatschutz (THS) sowie die antifaschistische Gegendemonstration kurzfristig verboten worden waren. Dabei wurden von insgesamt 488 Verhaftungen 428 Antifaschisten betroffen.

Anzumerken ist, daß es sich beim »Thüringer Heimatschutz« um eine gut vernetzte und organisierte, sowie militante Vereinigung von Rechtsextremisten handelt. Die Militanz läßt sich daran ablesen, daß alle in Saalfeld sichergestellten Waffen bei den Neonazis gefunden wurden.[80] Der Vernetzungs- und Organisationsgrad ist anhand der aktualisierten Websites des THS nachvollziehbar. Ziel des THS ist es, verfassungsfeindliche Kameradschaften unter dem Deckmantel der rechtsstaatlich legalen NPD in Organisationsstrukturen zu konzentrieren und zugleich deren Legalisierung herbeizuführen. Mit dieser antidemokratischen Zielsetzung hat der THS mit strafrechtlicher Verfolgung und Verbot zu rechnen. Aus diesem Grund beschreibt sich der THS in einer Internet-Pressemitteilung selbst als eine »Interessengemeinschaft ohne Mitgliedschaftsanträge, Mitgliedsbücher, -Beiträge, Satzungen etc. Damit würden wir uns nur selber im Weg stehen ... Das zeigen unzählige Beispiele«.[81]

In Saalfeld 1997 wurde der gewaltfreie antifaschistische Protest zugunsten antidemokratischer Kräfte kriminalisiert. Insofern war es ein Hauptanliegen des »Antifa-Pfarrers«[82] Lothar König, den Vorwurf der Gewalttätigkeit von antifaschistischen Demonstrationen zu widerlegen: »Wir wollten ja nicht Saalfeld in Schutt und Asche legen, sondern auf die rechtsextreme Gewalt aufmerksam machen«.[83] Auch Michael Ebenau kritisiert die Gleichsetzung von antifaschistischem Engagement mit Rechtsextremismus durch staatliche Vertreter und Behörden. Die Strategie der Thüringer Landesregierung und des Thüringer Verfassungsschutzes bestand darin, das zivilgesellschaftliche Bündnis zu spalten, indem »Teile des Bündnisses explizit als linksextrem geoutet«[84] wurden.

Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) sorgte mit wiederholten Anti-Antifa- Diffamierungen für mehr als einen Eklat. Unter anderem wurde in der internen Monatsschrift des Thüringer VS das Vorstandsmitglied des »Thüringer Flüchtlingsrat e. V.«, Julika Bürgin, als Anmelderin einer friedlichen Demonstration am Tag gegen Rassismus erfaßt und somit als Linksextremistin rubriziert. Diffamiert wurden auch der DGB-Landesvorsitzende Frank Spieth und der Gewerkschaftler Angelo Lucifero.

78 taz vom 06. 03. 1998

79 Interview mit Michael Ebenau vom 19. 09. 2000
80 Berliner Zeitung vom 25. 02. 1998
81 Thüringer Heimatschutz im Internet
82 taz vom 06. 03. 1998
83 Interview mit Lothar König am 04. 07. 2000
84 Interview mit Michael Ebenau vom 13. 07. 2000

Entgegen der staatlichen Stigmatisierung jeglicher antifaschistischer Aktivitäten verlief die Saalfeld-Demonstration 1998 »Gegen jeden rechten Konsens« nach offiziellen Angaben friedlich. Wider der offiziellen Darstellung kritisierte der Vorsitzende der Gewerkschaften HBV in einem offenen Brief an den Innenminister Thüringens unter anderem die Vorgehensweise der Polizeikräfte gegen die antifaschistischen Demonstrationsteilnehmer.

Aus dem regional angelegten »Bündnis für Demokratie« entwickelte sich das lokale »Jenaer Aktionsbündnis gegen rechts«, welches zur raschen Organisation von Gegenveranstaltungen bei rechten Aktivitäten in Jena konzipiert wurde. Die Aktionsformen des Bündnisses beschreibt Michael Ebenau als:

1. Öffentlichkeit schaffen durch Presse oder Flugblätter
2. Gegendemonstrationen und Gegenkundgebungen durchführen
3. Falls die Möglichkeit dazu besteht, rechte Veranstaltungen mit ausschließlich friedlichen Mitteln zu be- oder verhindern, um diese für die Öffentlichkeit »unsichtbar«[85] zu machen.

Beispielsweise behinderten 400 Aktivisten des Bündnisses mit einem Trillerpfeifkonzert die Kundgebung des Republikaner-Vorsitzenden Rolf Schlierer vor 40 Sympathisanten auf dem Jenaer Marktplatz im Juli 1998. Ende Februar 1999 konnte auf Druck des zivilgesellschaftlichen Bündnisses der Parteitag eines rechtspopulistischen Wahlzweckbündnisses von »Republikanern«, »Bund Freier Bürger« und »Pro– DM Partei«, zumindest in Jena, verhindert werden. Ebenfalls im Februar wurde gegen den NPD- und THS-Propaganda-Stand zur Umsetzung der von der CDU initiierten Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft protestiert. Erfolgreicher Widerstand richtete sich gegen eine Veranstaltung der Burschenschaft »Jenensia« im Dezember 1999. Bei dieser Veranstaltung wurde Peter Dehoust, dem Herausgeber der rechtsextremen »Nation&Europa« Monatshefte, ein Forum geboten und Ordner des THS marschierten auf. Als Sprecher des Aktionsbündnisses wertete Michael Ebenau die Veranstaltung als einen »Skandal«.[86] Elf Aktive und zwei Alt-Herren der »Jenensia« traten in Folge darauf aus. Zuletzt demonstrierte das »Bündnis für Demokratie« und das »Jenaer Aktionsbündnis gegen rechts« anläßlich einer verbotenen Demonstration der »Interessengemeinschaft gegen Polizei- und Staatswillkür« im August 2000. Die Expansion des Bündnisses läßt sich daran ablesen, daß der Jenaer Bürgermeister und Vertreter der Wirtschaft sich an der antifaschistischen Aktion beteiligten. Dennoch begab sich nur eine Minderheit der 100 000 Jenaer Einwohner auf die Straße. In der Anfangsphase protestierten 300–400 Bürger und zuletzt medienbedingt 500–600 Bürger gegen rechts.

Die Wichtigkeit der zivilgesellschaftlichen Initiativen in Jena besteht erstens in der Erkenntnis, daß die Straße als schützenswerter öffentlicher Raum nicht antidemokratischen rechtsextremen Hegemoniebekundungen überlassen werden darf. Zweitens wurde der Sprung aus isolierten antifaschistischen Zusammenhängen hin zu einer Solidarisierung in Form eines Bündnisses initiiert und realisiert. Zur Widerlegung der diffamierenden Gewalt- und Extremismusvorwürfe gegen antifaschistisches Engagement hat das Bündnis drittens eine *democracy-watch* Funktion. Viertens liegt die Bedeutung des Jenaer zivilgesellschaftlichen Engagements in dessen Authentizität. Auch wenn unter zivilgesellschaftlichem Antifaschismus heute u. a. »nationaler Antifaschismus« (Anetta Kahane), »Wirtschaftsstandort-Antifaschismus« oder »Mode-Antifaschismus« subsummiert werden, entwickelte sich die Jenaer Initiative von unten, aus der unmittelbaren Betroffenheit von rechtsextremer Gewalt, gesellschaftlicher Ignoranz und staatlicher Kriminalisierung. Die Wurzeln dafür liegen in der Jungen Gemeinde. Was diese fünftens auszeichnet, ist die Betonung des spielerischen und phantasievollen und nicht des eindimensionalen antifaschistischen Kampfes. Eben von dieser Mehrdimensionalität, wozu auch die Unterstützung von und Solidarisierung mit Opfern rechtsextremer Gewalt oder rassistischer Ausgrenzungspraxis gehört, können neu entstehende zivilgesellschaftliche Bündnisse lernen.

85 Interview mit Ebenau vom 19. 09. 2000
86 Ostthüringer Zeitung vom 02. 12. 1999

## »Das Problem Rechtsextremismus mit professioneller Hilfe zu bearbeiten, ist die Verantwortung, die Kommunalpolitik wirklich hat.«

### Interview mit Dr. Bärbel Grygier, Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Hohenschönhausen

Frage: Sie haben im Herbst 1999 in Hohenschönhausen eine Kommunalanalyse in Auftrag gegeben, die rechtsextreme Tendenzen im Bezirk beschreiben und die daraus ableitend Möglichkeiten aufzeigen sollte, wie man Aktivitäten gegen Rechtsextremismus in Hohenschönhausen gestalten kann. Was waren für Sie die Beweggründe, diese Untersuchung durchzuführen?

B. G.: Wir hatten einen ganz konkreten Anlaß. 1998 im Juni gab es die Umleitung einer NPD-Demonstration in unseren Stadtbezirk, die eigentlich für das Brandenburger Tor in Berlin-Mitte angemeldet war. In einer vom Innensenator nicht mit dem Bezirk abgesprochenen Aktion wurden die NPD-Sympathisanten und -Mitglieder mit Bussen nach Hohenschönhausen auf den Prerower Platz verfrachtet. Dort sahen sich dann die Hohenschönhausener mit

Stiefelträgern und Glatzen konfrontiert. Das wurde mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, weil den Hohenschönhausener Einwohnern nicht bekannt war, daß es sich um eine zentrale Kundgebung der NPD handelte und sie deshalb vermuteten, daß die Stiefelträger und Glatzen alle aus Hohenschönhausen kamen. Das hat bei den Bürgern Unmut ausgelöst und zu einer Reaktion geführt: ein »Aktionsbündnis gegen rechts« wurde gegründet. Dieses Bündnis tragen der Migrantenbeirat, freie Träger, Vereine und vor allem Schüler.

Frage: Wie gestaltete sich anfänglich die Arbeit des Bündnisses?

B. G.: Nachdem wir einige Wochen später eine Veranstaltung und eine Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch durchgeführt hatten, stellten wir fest, daß wir eine ganze Menge Fragen und Informationsbedarf hatten: Wo sind die Trefforte der Rechtsextremen? Welche Probleme haben wir in Hohenschönhausen unabhängig von der Gesamtlage in Berlin? Wenn man ein Aktionsbündnis gründet, kann man zwar bunt durch die Straße laufen, aber damit ist noch nichts passiert. Wir hatten alle unsere Bereitschaft erklärt, uns zu engagieren. Hilflosigkeit artikulierte sich. Was sollten wir also konkret tun? Das war die Ausgangslage.

Frage: Wie kam die Entscheidung zustande, eine solche Untersuchung in Hohenschönhausen durchführen zu lassen?

B. G.: Die Bezirksverordnetenversammlung hatte sich nach dem NPD-Aufmarsch mehrheitlich des Problems angenommen. Wir waren in der Situation, zwar zu wissen, daß es rechtsextreme Tendenzen und Strömungen im Denken und auch im Verhalten gibt, konnten sie aber nicht konkret verorten. Wir haben darüber im Vorfeld lange kommuniziert. Und wir haben versucht, alle Parteien mit einzubeziehen. Das war schwierig. Die CDU hatte kein Interesse daran. Grüne, PDS und SPD einigten sich, daß man sich dem Thema Rechtsextremismus und Gegenstrategien stellen muß. Deshalb hat mir dann die BVV in einem Mehrheitsbeschluß den Auftrag erteilt, eine Studie anfertigen zu lassen. Die Studie sollte herausarbeiten, wie die Situation vor Ort aussieht und welche kommunalpolitischen Handlungsweisen möglich und nötig sind. Partner habe ich dann im Zentrum Demokratische Kultur gefunden.

Frage: Welche Reaktionen hat die Kommunalanalyse im Bezirk hervorgerufen? Eines der Resümees war ja, daß Rechtsextremismus in Hohenschönhausen kein geringes Problem darstellt.

B. G.: Die Ergebnisse der Studie haben nach ihrer öffentlichen Präsentation natürlich einen Schock ausgelöst. In den offiziellen Verfassungsschutzberichten oder in den Polizeiberichten ragt Hohenschönhausen im Vergleich zu anderen Bezirken nicht besonders heraus. Es gibt keine relevante Größe an rechtsextremen Übergriffen und kaum Gewalttaten. Ich glaube jedoch, daß schon ein überfallener Mensch oder die Androhung von Gewalt aus rassistischen bzw. ausländerfeindlichen Motiven ausreicht, um sich mit diesem relevanten Thema in unserer Gesellschaft zu befassen.
Der Aufschrei war nach der Präsentation der Studie von verschiedenen Seiten groß. Der Wirtschaftskreis war der Meinung, ich hätte dafür Sorge getragen, den Bezirk zu stigmatisieren und löste eine Diskussion um Standortfaktoren aus. Die Benennung des BFC als Umfeld für die Aktivitäten von »Blood & Honour« und Hooliganszene hat sämtliche Sponsoren und den Geschäftsführer auf den Plan gerufen, die sich alle zu Unrecht diffamiert fühlten. In der BVV gab es auch eine große Anzahl von Kritikern. Dann wurde die übliche Debatte eröffnet: Wenn wir uns schon mit dem Extremismus befassen, dann gehört neben dem rechten auch der linke dazu. Ich glaube, es gibt einen sehr natürlichen, psychologisch gut beschreibbaren Abwehrmechanismus, der sagt, wenn da nichts ist, was uns unmittelbar ins Auge springt, brauchen wir uns dem nicht stellen. Das ist die allgemeine Tendenz zur Verniedlichung des Problems. Aber ich denke, es ist mehr da, als man vielleicht auf den ersten Blick sehen kann.

Frage: Was kann man mit den Ergebnissen der Studie beginnen?

B. G.: Uns ging es darum, handlungfähig zu werden. Wir wollten uns nicht mehr nur in der Ursachendebatte verlieren – die ja auch wichtig ist –; wir wollten wissen, was wir tun können. *Wir*, das sind unter anderem die KommunalpolitikerInnen, von denen ich erwarte, daß sie sich solchen Themen stellen. Vor allem im Bereich der Jugendarbeit und der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen, aber auch in allen anderen Feldern. Ich finde es z. B. auch wichtig zu thematisieren, daß die »dumpfe braune Soße« sehr weit verbreitet ist, daß es eine Kneipenkultur gibt, in der sich genau der Rassismus sehr explizit artikulieren kann, den man sonst nicht hört.
Ich hatte auch lange Debatten mit dem Wirtschaftskreis und dem BFC, die sich nach den Diskussionen bereit erklärt haben, zusammen mit dem Zentrum Demokratische Kultur Gegenstrategien zu entwickeln. In dieser Diskussion mußten wir davon wegkommen, daß man an der Art und Weise der Studie mäkelt und betont, daß wir sie erst quantifizieren müssen, um dann genau zu sehen, wie groß eigentlich das Problem ist. Ich finde, die Hinweise reichen auch so aus. Ob ich feststelle, daß es 90 Leute sind, die rechtsextrem orientiert sind oder 110, ist völlig unwichtig, weil das Problem das gleiche bleibt. Ich muß auch nicht wissen, welche Schule im einzelnen besonders auffällig ist. Das können wir in den Auseinandersetzungen im Ressort Schule machen, nach genau den Anhaltspunkten, die uns die Studie gegeben hat. Solche Forderungen nach Quantifizierung erweisen sich dann als kontraproduktiv, wenn durch sie die Auseinandersetzung nach hinten verschoben wird.

Frage: Sie haben sich großer Kritik ausgesetzt, als Sie für eine Offenheit gegenüber diesem Thema plädiert haben. Es gab die Forderung, die Jugendclubs, in denen Jugendarbeit mit Rechten betrieben wird, nicht öffentlich zu machen. Wie ist diese Diskussion verlaufen?

B. G.: Ich glaube, es gibt das tiefe Grundbedürfnis bei jedem einzelnen, immer wieder zu sagen, eigentlich will ich mich damit nicht beschäftigen. Die erste Reaktion in der Abteilung Jugend bestand in der Abwehr. Etwa so: Wenn ihr uns nicht genau sagen könnt, in welchem Club was genau passiert, werden wir uns damit auch nicht befassen.
Ich möchte aber noch auf Folgendes hinweisen: Wir haben mit den Verfassern der Studie abgesprochen, daß die Rohfassung nicht herausgegeben werden soll, weil man die Interviewpartner identifizieren könnte. Es gibt eine Zusammenfassung, die ist allen präsentiert worden. Das reicht aber nicht mehr. Jetzt wollen viele Menschen Einsicht in die gesamte Studie nehmen. Ich denke, daß tut jedem gut. Wir haben dafür ein Verfahren entwickelt: Jeder, der die Studie gelesen hat, muß unterschreiben, daß er sie in vollem Umfang gesehen hat. Die Beschlußlage im Jugendhilfeausschuß sagt nach langer Diskussion: Die Studie muß noch einmal überarbeitet werden, damit sie in ihrer Konkretisierung für bestimmte Bereiche differenziert veröffentlich werden kann. So bleibt das Thema am Kochen.

Frage: Wie soll so eine ständige Thematisierung konkret aussehen?

B. G.: Im Bereich Jugendarbeit haben wir vor anderthalb Jahren schon einmal Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus auf der Basis von Freiwilligkeit durchgeführt. Daran waren hauptsächlich Jugendclubleiter beteiligt. Das hatte allerdings keine Handlungskonsequenzen. Jetzt wollen wir das anders angehen. In Absprache mit der Jugendstadträtin und auf der Grundlage der Gesprächsergebnisse werden wir die ersten Schritte im Bereich der kommunalen Jugendfreizeiteinrichtungen gehen. Wir werden die Sozialpädagogen durch Schulungen befähigen, zu erfassen, was eigentlich alles zur rechten Jugendkultur gehört. Das Informationsdefizit ist ja das erste Problem, das es zu lösen gilt. Viele kennen die Symbole und die Metakommunikation nicht und können sie deshalb auch nicht wahrnehmen. Wenn sie über diese Kenntnisse verfügen, können sie nicht länger sagen: »Bei uns gibt es keine Rechten oder gewaltbereiten Jugendlichen.«
Daran sollen sich Fortbildungen in der politischen Bildungsarbeit anschließen, die dann auch ein entsprechendes Programm implizieren. Das Problem betrifft ja nicht nur die kommunalen Jugendfreizeiteinrichtungen. Das geht ja auch die freien Träger an. Ich habe gemeinsam mit der Jugendstadträtin beschlossen, daß Zuwendungen und Fördermittel nur noch an die Träger im Jugendbereich ergehen, die sich dieser Thematik stellen und nachweisen können, daß sie politische Bildungsarbeit machen. Damit soll auch eine Wertediskussion eröffnet und eine Strategie abgesprochen werden, wie man mit Rechtsextremismus umgehen kann.
Wir haben gemeinsam mit dem Zentrum Demokratische Kultur die Leiter der Jugend- und Schülerclubs bereits zur ersten Weiterbildungs- und Diskussionsveranstaltung eingeladen. Die Mittel aus dem Bereich der politischen Bildungsarbeit werden wir zunächst nur noch dafür einsetzen. Das wird einen Schwerpunkt bilden und muß finanziell abgesichert werden. Es ist ein Experiment in der Entwicklung von Gegenstrategien zu rechter Kultur. Wir müssen uns auch überlegen, wie man die Eltern und die Lehrer einbeziehen kann. Denn wenn z. B. Kinder und Jugendliche ihre rassistischen Vorstellungen aus den Elternhäusern mitbringen, wo das zum guten Ton gehört, brauchen wir eine Einflugschneise über die Kinder, um eine Diskussion in den Familien anzuschieben.

Frage: Wie wird der Druck, der jetzt entstanden ist, von den Schulleitern und Sozialarbeitern reflektiert?

B. G.: Es ist schwierig, unter den Schulleitern eine Akzeptanz des Problems Rechtsextremismus durchzusetzen, weil die Schulleiter in ihrem Kompetenzbereich eigenständig entscheiden können, was sie an ihrer Schule machen. Wir versuchen, Druck zu machen. Schließlich werden die Schülerclubs von uns mitfinanziert. Eine spannende Erkenntnis aus der Studie ist ja, daß Klassenlehrer genau wissen, welche Schüler welchem Spektrum zuzuordnen sind. Die Fachlehrer wissen es meist schon nicht mehr, und je höher wir in der Hierarchie steigen, desto geringer ist das Problembewußtsein entwickelt. Der Schulleiter sagt dann meistens: »Wir haben keine Erkenntnisse, uns ist nichts bekannt.«
Auch im Landesschulamt ist Dunkeltuten angesagt. Unser Ziel ist es, klein anzufangen, dort, wo man handlungsfähig wird: über die Schülerclubs, die Lehrer und die Eltern. Die Schulleiter müssen einbezogen werden.
Was gegenwärtig in den Jugendclubs und in der Jugendarbeit insgesamt passiert, finde ich spannend. Es muß dem Bezirksamt möglich sein, die finanzielle und strukturelle Förderung an die Forderung zu binden, sich mit Rechtsextremismus auseinanderzusetzen. Ich muß nicht alles finanzieren, was hier an Kinder- und Jugendarbeit gemacht wird. Das ist eine völlig neue Art des Denkens, die für viele unzulässig zu sein scheint. Sie hat zu irrwitzigen Protestaktionen bei verschiedenen freien Trägern geführt.
Unabhängig von der Parteienzugehörigkeit haben wir es aber in Hohenschönhausen nach eingehender Diskussion geschafft, gemeinsam und in Verantwortung für die verschiedenen Politikbereiche das Problem »Rechtsextremismus« mit professioneller Hilfe zu bearbeiten. Dieses Wort GEMEINSAM ist dabei wichtig für mich. Dies ist die Verantwortung, die Kommunalpolitik wirklich hat.

Frage: Welcher Art sind diese Protestaktionen?

B. G.: Es gab ein paar kleine Demonstrationen des Widerstands. Uns wurde deutlich gemacht, daß wir nichts festzulegen haben, weil ein freier Träger eben ein freier Träger ist, der Jugendarbeit nach seinen Kriterien gestaltet und sich von uns nichts vorgeben lassen muß. Wenn ein freier Träger der Jugendarbeit sagt, daß aus seiner Sicht Laubsägearbeiten mit 12jährigen wichtiger sind als politische Bildung, und wir diese Laubsägearbeiten im übrigen auch zu finanzieren haben, dann darf auch ich sagen: Dann wird es keine Laubsägearbeiten mehr geben. Sie können Laubsägearbeiten machen, wenn sie sich mit dem Problem Rechtsextremismus auseinandergesetzt haben. Das ist sicherlich Nötigung.

Frage: Woher kommt diese Abwehr Ihrer Auffassung nach?

B. G.: Weil es schwierig ist, damit umzugehen. Es gibt diese netten Aussagen: »Ich weiß zwar daß er rechts ist, aber bei uns im Verein ist er ganz aktiv und macht da ganz wunderbare Sachen.« Das sind ja häufig nette Jungs und Mädels. Es macht natürlich Angst, wenn man intervenieren muß, Grenzen setzen muß und sagen, bis hierher und keinen Zentimeter weiter, diese Form des Rassismus findet hier nicht statt.
Das heißt auch, über die konzeptionelle Arbeit neu nachzudenken und bedeutet, daß man sich neuen Schwierigkeiten stellen muß. Oft hört man: »Wir haben dafür gesorgt, daß die Konflikte nicht hochkommen. Jetzt könnt ihr nicht von uns verlangen, daß wir sie austragen sollen.« Im übrigen finde ich es auch an der Zeit, das Thema »Rechtsextremismus« in die Ausbildung von Lehrern, Sozialarbeitern und Jugendbetreuern aufzunehmen.

Frage: Eine Erkenntnis der Studie war ja auch, daß es für alternative Jugendliche zu wenig Angebote gibt. Wird es hier Konsequenzen geben?

B. G.: Ja, das gehört natürlich auch mit in die Diskussion hinein. Wir haben die Absicht, einen alternativen Treff zu schaffen, wo man diesem Thema gegenüber offen ist und Gegenstrategien entwickelt. Dabei darf nicht vergessen werden, daß man dann natürlich Objekt ganz besonderer Aktivitäten werden kann. Unsere freien Träger und Jugendclubleiter haben ja auch nicht gelernt, wie man damit umgeht, wenn beispielsweise draußen vor der Tür Rechte aufmarschieren. Sie müssen lernen, Partner zu finden und Telefonketten zu organisieren. Soziale Kompetenz muß man trainieren, die fällt nicht qua Erkenntnis und mit einer Diskussion vom Himmel. Sie muß auch mit Erfahrungswerten einhergehen, z. B. daß das eine oder andere tatsächlich funktioniert und eine tragfähige Gegenstrategie ist. Das braucht ein bißchen Zeit.

Frage: Sie haben viel über die Aufgaben von Kommunalpolitik gesprochen. Was kann die Zivilgesellschaft Ihrer Meinung nach gegen Rechtsextremismus ausrichten?

B. G.: Ich halte relativ wenig von diesem Wort, auch wenn es gegenwärtig hochgejubelt wird. Es ist Bigotterie, weil es unterschwellig immer wieder eine bestimmte Normierung impliziert. Wir sind eine Zivilgesellschaft, wie auch immer, und zwar mit dem Gesamtspektrum an Denk- und Verhaltensweisen. Am schwierigsten zu bewerkstelligen ist die Durchsetzung dessen, was unter Menschenwürde verstanden wird. Es muß sich in den Köpfen durchsetzen, daß es keine Ungleichwertigkeit gibt.
Mir macht der Rassismus, den es in Deutschland in den verschiedensten Bereichen gibt Angst. PolitikerInnen verschiedener Parteien befördern ihn. Auch die Studie belegt ja, daß der Rassismus latent überall ist. Dieses Problem läßt sich mit einer Lokalinitiative nicht lösen. Dazu gehört die Diskussion um die Asylpolitik. Die Politik verantwortet die Legitimation des einzelnen, gibt vor, wer die Guten und die Schlechten sind, wer zu uns paßt und wer nicht, nach dem Motto »Wer als politischer Flüchtling definiert oder wer in Deutschland zugelassen wird, bestimmen immer noch wir!« Wenn dies durch die Politik so vorgegeben wird, ist das in der Latenz innerhalb der Bevölkerung auch nicht anders zu erwarten.

Frage: Werden diese Fragen im »Aktionsbündnis gegen Rechts« thematisiert?

B. G.: Ja. Das passiert über den Migrantenbeirat und die Vereine, die sich am Bündnis beteiligen und sich seit vielen Jahren mit diesen Fragen befassen. Auf unterschiedliche Weise. Sie machen z. B. ein vietnamesisches Frühlingsfest, laden die offensivsten Gegner ein und lassen sie partizipieren.

Frage: Welche Interventionsmöglichkeiten hat ein solches Bündnis?

B. G.: Wenn es darauf ankommt, zusammenzustehen und nach außen Zeichen zu setzen. Auch zu zeigen, daß wir die Räume nicht hergeben. Wir wollen auch dort sein, wo die Treffs der Rechten sind. An einem dieser rechten Treffpunkte, am Oberseepark, machen wir im Sommer unsere Grillabende. Wir sind so viele, daß schon fast gar keine Rechten mehr kommen. Das sind meiner Auffassung nach wichtige Zeichen. Wir wollen zeigen, daß wir da sind und immer auch diejenigen, die in der unmittelbaren Nachbarschaft wohnen, integrieren. Ein langer Weg, der sich für Hohenschönhausen hoffentlich lohnt.

Frage: Würden Sie anderen Kommunen empfehlen, eine ähnliche Untersuchung durchzuführen?

B. G.: Unbedingt. Wenn eine Kommune sich entscheidet, eine solche Studie in Auftrag zu geben, muß sie mit den Ergebnissen auch umgehen. Die Gefahr steckt darin, daß alles zu schnell abgehakt wird. Der Sinn liegt darin, die Auseinandersetzung mit der Problematik Rechtsextremismus zu einer Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Ob es gelingt, die Bürgerschaft zu politisieren, ist ein sehr spannendes Experiment. Intelligente Strategien zum Umgang mit Problemen werden immer mit engagierten Menschen vor Ort entwickelt.

*Das Interview mit Bärbel Grygier führte Sabine Kritter.*

# »Der Adler blickt von oben nach unten.«

## Statements aus Ostberliner Schulen

*Sylke Kirschnick*

Der Gründerzeitbau der Heinz-Brandt-Oberschule versprüht den Charme einer Kaserne. Auf dem Pausenhof der Hauptschule kann man den Eindruck gewinnen, daß Lonsdale, Bomberjacken und der zeitgemäße Kurzhaarschnitt eine Art obligater Schuluniform sind.
Es klingelt. »Der Geschichtsunterricht wird heute etwas anders ablaufen als gewohnt«, informiert Frau Wanke, die Klassenleiterin, die 15jährigen Schülerinnen und Schüler der 9c, bevor sie sich ins Lehrerzimmer zurückzieht. Während des Sommers war das Problem Rechtsextremismus ein von den Medien und der Politik viel beachtetes Thema. Parallel dazu wurde eine Debatte um die Themen Einwanderung und Asylpolitik geführt. Drei Mitarbeiter des »Zentrums Demokratische Kultur« wollen mit den etwa 20 Schülern darüber ins Gespräch kommen, wie sie über die in der Öffentlichkeit verhandelten Themen denken und wie sie die Diskussionen wahrgenommen haben.

Per Overheadprojektor erscheint an der Wand ein Foto. Traurige Bekanntheit hatte es durch Presse und Fernsehen erlangt, nachdem der darauf abgebildete Alberto Adriano am Pfingswochenende 2000 von drei rechtsextremen Jugendlichen so schwer mißhandelt worden war, daß er kurz darauf an den Folgen starb. Zwar kennen die Schüler den Namen des Abgebildeten nicht, wohl aber das Foto und in groben Zügen den Vorfall. Daß sich eine solche rechtsextreme Gewaltattacke auch im Umfeld ihrer Schule ereignen könnte, halten die Schüler für denkbar. Einer zitiert die tödliche Hetzjagd auf Omar Ben Noui in Guben im Frühjahr 1999. Doch keiner der Schüler verurteilt die Übergriffe oder äußert auch nur verhaltene Ablehnung. »Die hatten Haß, weil es ein Schwarzer war«, wird neben Ausländerfeindlichkeit als Motiv der drei Skinheads genannt. »Da rennt so ein Neger rum, da muß man was machen«, mutmaßt ein Schüler weiter. Skepsis an der offiziellen Version des Tathergangs wird laut. Alberto Adriano müsse die Täter provoziert haben, sie entweder »blöd angemacht« oder bei irgendwem »Schulden gehabt« haben. Unvermittelt platzt es aus Markus heraus: »Der Affe! Der sieht doch zurückgeblieben aus.« Die abwertende Bemerkung erntet von verschiedenen Seiten Gelächter. Torsten legt nach: »Wär er doch zurückgegangen in seinen Zoo nach Afrika«. An Markus gewandt kontert Lorenz Korgel vom Zentrum auf gleichem Niveau zurück: »Du und ich, wir haben hellere, etwas rosigere Hautfarbe. Sind wir jetzt deshalb dem Schwein näher?« Markus ist sichtlich irritiert und versteckt sich anschließend für einige Minuten stumm hinter einer starren Mimik. Der Vorschlag von Lorenz Korgel, Adrianos Frau und die drei Kinder zu unterstützen, wird von den Schülern fast einhellig zurückgewiesen: »Die soll arbeiten gehen.« Nur Sophia, neben drei anderen Schülerinnen, das einzige Mädchen in der Klasse, hat die Arme vor der Brust verschränkt, schüttelt den Kopf und sagt mit Nachdruck: »Natürlich muß man die Frau und die Kinder unterstützen.« Keiner schließt sich dieser Position an. Auch die Drohungen, die Frau Adriano aus der rechtsextremen Szene erhält, können die anderen Schüler nicht zur Solidarisierung bewegen: »Muß sie eben zur Polizei gehen.«

Woher dieser Haß auf Migranten und dieser Mangel an Mitgefühl für die Opfer rechtsextremer Gewalt ihrer Auffassung nach kommen, fragt Dierk Borstel vom Zentrum. Volker weiß, daß »die Ausländer Sozialhilfe abzocken«, dabei noch »den Staat bescheißen« und auf »unsere Kosten« leben. Markus und Torsten fühlen sich »als Deutsche« durch sogenannte Ausländer bedroht. Der Tenor der Argumentation ist den Mitarbeitern des Zentrums aus vier weiteren Ostberliner Gesamt- und Hauptschulklassen hinlänglich bekannt. »Die Ausländer kriegen leichter Sozialhilfe«, generell »alles in den Arsch geschoben« und »wir dagegen kriegen nichts«, äußerten Schüler einer 10. Klasse der gleichen Schule im Sommer 1999. Die Annahme, Migranten würden vom Staat sozial privilegiert, während sogenannte Deutsche benachteiligt werden, ist in den verschiedenen Klassen mehrheitlich Konsens. Sie erstreckt sich auch auf die Strafverfolgung: »Deutsche werden härter und schneller bestraft als Ausländer«, findet an diesem Vormittag in der Heinz-Brandt-Oberschule auch Volker. Der Komparativ der angeblichen Ungleichbehandlung beruht auf einem starken Wir-Gefühl, das klare Grenzen kennt: »Verpasst zum Beispiel ein Deutscher ‹nem Assi mal eine, gibt's gleich großes Geschrei und harte Strafen«, meint Markus und spielt damit auf die sich häufenden, zum Teil tödlichen Gewaltattacken gegen Obdachlose an. »Assis«, erklärt er auf Dierk Borstels Nachfrage, »sind zum Beispiel Leute, die auf der Straße leben.«

Warum Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland kommen, will Lorenz Korgel wissen. Als mögliche Gründe sind für die Schüler nur zwei denkbar: »Krieg im eigenen Land haben« oder »unser Geld wollen.« Im Juni 1998 äußerten Hellersdorfer Gesamtschüler, daß Türken nach Deutschland kamen, »um ihren Döner loszuwerden, deutsche Frauen zu vergewaltigen« und Deutschen »die Arbeit wegzunehmen.«
Das Reservoir an Vorstellungen darüber, wie man Migration im Zeitalter der Globalisierung sozialpolitisch gestalten könnte, ist begrenzt. Torsten vertritt die Ansicht: »Wenn der Krieg vorbei ist, müssen die zurück.« Volker fügt hinzu: »Und zwar ohne, daß die dafür auch noch Geld kriegen.« »Wir sollten es machen wie die in Österreich. Die haben ihre Grenzen dicht gemacht«, wird kolportiert. Doch das überzeugt nicht: »Die kommen doch sowieso alle illegal.« In der bereits erwähnten 10. Klasse wurde im Sommer vergangenen Jahres deshalb vorgeschlagen, die Kontrollen an der Grenze so zu verschärfen, daß kein Mensch sie mehr illegal passieren könne. Kategorisch verfügt ein Schüler heute: »Die Ausländer sollen sich eine Existenz in ihrem eigenen Land aufbauen, nicht hier.« Das

* Der Beitrag erschien zuerst in der Zeitschrift »Erziehung und Wissenschaft« 11/2000

findet breite Zustimmung. Einige meinen, daß nicht alle Ausländer »Scheiße sind«, sondern nur die, »die klauen, dealen und Drogen an kleine Kinder verkaufen.« Es gebe auch Ausländer, die sich »benehmen« und sich »anpassen«. Die könne man unter der Voraussetzung, daß sie sich weiterhin »ruhig verhalten« durchaus dulden. Aber die »kriminellen Ausländer« und die, »die hier den Affen machen«, wie es die Schülersprecherin einer Oberschule in Hellersdorf auf einer Lehrerkonferenz im März 2000 formulierte, müßten weg. Einige Schüler der 9c in Weißensee beginnen jetzt zu überlegen, wie man das anstellen könnte. Markus grinst süffisant: »Man muß sie ja nicht gleich alle vergasen«. – In einer Hellersdorfer Gesamtschulklasse war diese Option im Sommer 1998 übrigens offen ins Spiel gebracht worden: »Die muß man alle vergasen.« – Vielmehr, schlägt Torsten vor, könne man die ganzen Ausländer ja erstmal »wegsperren«. Sogar zunächst ohne Gewalt versuchen, sie außer Landes zu bringen. »Aber notfalls«, beharrt Volker, »muß man sie mit Gewalt rausschaffen. Das müssen die Polizei und die Armee machen. Denen, die dann immer noch da sind, muß man halt einen Kopfschuß geben.« Die Gewaltphantasien werden von den anderen Schülern mit beredtem Schweigen quittiert. Niemand widerspricht. Ob hinter diesem Schweigen Angst lauert oder sich stummes Einverständnis verbirgt, bleibt ungewiß. Die Akzeptanz von Gewalt gegen Migranten und das billigende Inkaufnehmen von Todesfolgen sind unter Jugendlichen in Ostdeutschland durchaus verbreitet.

Sophia hat den Kopf in den Nacken gelegt. Seit zwei Jahren besucht die in Deutschland geborene Tochter griechischer Einwanderer die Heinz-Brandt-Oberschule und fühlt sich dort gut aufgenommen. »Solche Sprüche«, sagt sie im Anschluß an die Veranstaltung, »gehen zum einen Ohr rein und zum anderen wieder raus.« Auch Olegs Eltern sind aus Polen zugewandert. Zwischen Volker und Markus sitzend, hatte Oleg sich anfänglich rege an der Diskussion beteiligt. Im Outfit hat er sich dem Konformitätsdruck gebeugt. Seine Bemerkung, es gebe auch in Polen immer mehr Skinheads, wurde jedoch von Torsten mit einer wegwerfenden Handbewegung und in geringschätzigem Tonfall vom Tisch gewischt: »Die haben dort wohl lange Haare, wie!« Das hat Oleg aus der Diskussion katapultiert. Er verfolgt sie bis zum Ende schweigend.

Die damalige 10. Klasse der gleichen Schule war im Juni 1999 einmütig der Auffassung gewesen, daß man »deutsch« sein müsse, um in Deutschland leben zu dürfen. »Um Deutscher sein zu können, muß man mindestens 30 deutsche Vorfahren haben«, sagt Torsten. Das Prinzip der Staatsangehörigkeit will er so wenig gelten lassen wie die Schüler der Hellersdorfer Gesamtschulklasse zwei Jahre zuvor, die entschieden hatten, daß »Eingedeutschte« keine echten Deutschen seien und »hier geborene Ausländer auch nicht, weil die nicht so aussehen.« Auf den Hinweis der Lehrerin, daß es viele Afrodeutsche gibt, hatten sie damals eingewandt: »Frag mal die NPD!« Wer Eltern aus unterschiedlichen Ländern habe, sei »Mischmasch«. Und: »Wenn Deutsche Ausländer heiraten, ist das Verrat, ist das Rassenschande.«

Deutsch sei nur, wer »arisch« ist, meinen auch heute eine Reihe Schüler. Der Begriff ist so geläufig wie »Becks«-Bier und »Bugs Bunny«. »Arisch kommt aus dem Nordischen. Von Aar«, klärt Markus auf, »Der Adler blickt von oben nach unten.« Das Bild entwirft eine klare Hierarchie. Mit ihr einher geht die Auffassung, daß Deutsche höherwertig seien. Das impliziert nicht nur die Unterscheidung zwischen wertvollerem und weniger wertvollem Leben, sondern verdeutlicht, woher der Mangel an Unrechtsbewußtsein bei physischer Gewalt gegen Menschen kommt, die nicht zur »Volksgemeinschaft« gehören.
Im Verlauf dieser einen Unterrichtsstunde in Weißensee wird fast die gesamte Liste derjenigen abgearbeitet, die nach landläufiger Ansicht rechtsextrem orientierter Schüler »undeutsch« sind. Sei es aufgrund ihrer ethnisch-kulturellen Herkunft, ihres Lebensstils, ihres sozialen Status oder ihrer politischen Position. »Punks zum Beispiel«, sagt Markus, »sind arbeitsscheues Pack.« Anschließend wird das Feindbild Staat aufgerufen. Schuld an der rechtsextremen Gewalt sei der Staat, »weil der die Ausländer reinholt.« Politiker täten nichts dagegen, sondern »scheffeln bloß Geld.« Ähnlich hatten sich die Schüler der 10. Klasse im Jahr zuvor geäußert: »Man wird ja hier erst rechts durch die politischen Verhältnisse.« Ein Schüler hatte im Jargon der Nationalsozialisten gesagt: »Wir müssen uns gegen die wehren.« Gemeint waren Migranten. Und »damit die Ausländer sich hier nicht noch mehr herausnehmen«, bräuchte die bundesrepublikanische Gesellschaft »einen Grad an Rechtsradikalität«.

Denn Rechte würden sich um das Wohlergehen ihres eigenen Landes kümmern, um Arbeitslosigkeit zum Beispiel. Linke dagegen seien Leute, die gegen Rechte und gegen den Nationalsozialismus sind, für Ausländer und Toleranz gegenüber allen Religionen. Unter den Rechten würden sehr unterschiedliche Positionen vertreten. Markus gibt sich als Eingeweihter zu erkennen: Zum Beispiel gäbe es die Neonazis, die Patrioten, die Nationalen oder auch die Nationaldemokraten. Die NPD ist vielen Schülern der 9c in Weißensee bekannt und scheint sich einer gewissen Beliebtheit zu erfreuen. Denn: »Die NPD ist weder rechts noch links.«
Markus zelebriert ein ausgeprägtes Elitebewußtsein: »Rechte sind besondere Menschen. Menschen, die aus der Masse herausragen wollen.« Daß das an der Realität vollständig vorbeigeht, weil rechtsextreme Tendenzen und völkische Stimmungen in Ostdeutschland inzwischen zum mainstream der Alltagskultur geworden sind, interessiert ihn nicht. Markus ist erfüllt von einer gesellschaftlichen Mission. Und zählt sich zur kulturpolitischen Avantgarde. Natürlich kennt er »Blood & Honour«, das internationale kulturelle Netzwerk rechtsextremer Skinheads, das sich nach der einstigen Parole der Hitlerjugend benannt hat. Markus Augen glänzen. Hingebungsvoll spricht er den Namen des Gründers von »Blut & Ehre« aus: Ian Stuart. Der einstige Leadsänger der rechtsextremen britischen Rockband »Skrewdriver« war nach seinem Unfalltod 1993 zur Ikone innerhalb der rechtsextremen Szene avanciert. Ein Bekannter von Markus sei bei der Berliner Sektion von »Blut & Ehre« aktiv. Beharrlich gebraucht er die deutsche Rückübersetzung. Doch plötzlich kommt Markus zur Be-

sinnung und wehrt weitere Nachfragen ab: »Ich hab Alzheimer«. Am Tag zuvor war »Blood & Honour« vom Bundesinnenminister verboten worden. Torsten beklagt die ungerechte Behandlung der Rechten durch den Staat, der ihre Musik verbiete.
In diesem Moment wird doch noch Protest zumindest halblaut: »Die Rechten führen sich auf wie Gott«, entfährt es Michael mit gesenktem Kopf. Ihm schien die Diskussion nicht zu behagen. Unruhig war er schon eine Weile auf seinem Stuhl hin und her gerutscht. Dann stellt sich heraus, daß sein geäußerter Unmut eine Replik auf Markus' im selbstherrlichen Gestus vorgetragenes Adlergleichnis war. »Wir haben nicht einen, wir haben viele Götter«, lacht Torsten daraufhin herablassend. Doch das Auditorium ist ihm für die Teilhabe an neuheidnisch-germanischen Götterwelten entweder zu unbedarft oder zu profan. Schüler der 10. Klasse im Jahr zuvor hatten das weniger eng gesehen. Die »deutsche« Religion sei die heidnische. Während man das Christentum in der Bundesrepublik gerade noch tolerieren könne, gelte das für den Islam definitiv nicht: »Die Türken wollen deutsch sein, halten aber am Islam fest. Das geht nicht.« In Deutschland hätten Moscheen nichts zu suchen: »Die würden abgefackelt.«
Man spürt, daß auch die erkennbar rechtsextrem orientierten Schüler in der 9c noch einmal richtig in Fahrt kommen würden, wenn man sie ließe. Markus äußert eine abfällige Bemerkung über »Multikulti und so'n Zeug«. An dieser Stelle beendet Lorenz Korgel, der durch die Unterrichtsstunde geführt hat, das Gespräch. Aus Rücksicht vor allem auf Sophia und Oleg.

Ungewöhnlich war im Vergleich zu anderen Klassen nicht die Kälte und Härte der rechtsextremen und rassistischen Äußerungen, sondern lediglich die Unvermitteltheit, mit der sie vorgebracht wurden und der Umstand, daß kaum Schüler widersprochen hatten. Wie offen sich rechtsextrem orientierte Schüler im Unterricht oder bei Projekttagen und in Anwesenheit von Lehrern positionieren, ist sehr unterschiedlich. Wenn sie wie Markus feste Szeneanbindung oder wie Torsten Kontakte zur Szene haben, halten sie sich in der Regel eher zurück. Sie überlassen häufig Schülern wie Volker die Rolle der »vox populi«. Volker trug nicht die klassische rechtsextreme Kombination aus Kurzhaarschnitt, Springerstiefeln und Bomberjacke. Aus seinem Mund schienen die Kommentare und Statements widerzuklingen, die viele Erwachsene beim Abendbrot oder vor dem Fernseher abgeben, wenn sie en famille sind.

»Mir macht das Angst«, sagt die Klassenleiterin Frau Wanke: »Wenn man Gewaltverhalten thematisiert, sind viele Schüler nicht bereit darüber zu diskutieren. Sie finden Gewalt tolerierbar.« Torsten, den Frau Wanke einmal nach seinem Motiv, sich an einer Prügelei zu beteiligen, fragte, hatte lakonisch geantwortet: »Aus Spaß«.
Häufig sind Lehrerinnen und Lehrer überfordert und desinformiert. Mitunter hegen sie selbst ausländerfeindliche Ressentiments wie jene Lehrerin einer Treptower Oberschule, die vorschlug, Rechtsextremismus dadurch zu bekämpfen, daß man die Privilegierung von Bürgerkriegsflüchtlingen gegenüber sozial schwachen Deutschen abschafft. Selten widersprechen Lehrerinnen und Lehrer mit Nachdruck und Kompetenz entsprechenden Äußerungen im Kollegium und in den Schulklassen. Gerade gegenüber Schülern sollten sie sich aber ihrer Rolle und ihrer Verpflichtung auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bewußt sein. Nicht, um Schüler wie Markus, Torsten oder Volker zu bekehren. Das dürfte zum Scheitern verurteilt sein. Es geht vielmehr um diejenigen, die noch unentschlossen sind oder die – wie Michael – anders zu denken scheinen, sich jedoch nicht trauen, entschieden Einspruch zu erheben. Vor allem aber geht es darum, Schüler wie Sophia und Oleg zu schützen. Sophia räumte ein paar Tage später am Telefon ein, daß sie an der Diskussion lieber nicht teilgenommen hätte. Denn auch wenn Lorenz Korgel deutliche und zum Teil scharfe Gegenpositionen zu den »Sprüchen« formuliert hatte, sie sind zunächst erst einmal gefallen und Sophia mußte sie sich anhören. Sie werden von Lehrerinnen und Lehrern noch viel zu häufig bagatellisiert. Offen geäußerte Gewaltphantasien sind nicht lediglich eine Artikulation unschöner Worte. Sie verletzen. Da einerseits Rechtsextremismus in der Schule thematisiert werden muß, daher mit »Sprüchen« der zitierten Art zu rechnen ist, man aber andererseits die Kinder von Migranten nicht a priori von der Diskussion ausschließen kann, sollten Lehrerinnen und Lehrer sie sensibel auf das mögliche Problem hinweisen und ihnen die Entscheidung überlassen, ob sie an einer solchen Diskussion teilnehmen wollen oder nicht. Wenn sie das wie im geschilderten Fall tun und verletzende, abwertende Statements anhören müssen, reicht die Artikulation einer Gegenposition allein nicht aus. Dann ist Zuwendung nötig.
Das war Karla Werkentin, der Schulleiterin der Heinz-Brandt-Oberschule, klar. Sie ist, wie Frau Wanke, auf Sophia zugegangen. Mit einem sicheren Gespür für das Schulklima, unbedingtem Aufklärungswillen und Sachverstand hat sich Karla Werkentin dem Problem Rechtsextremismus an der Schule gestellt. Auch mit Konsequenz: Nachdem ein Schüler der Heinz-Brandt-Oberschule sich antisemitisch geäußert und das Lehrerkollegium beschimpft hatte, mußte er die Schule verlassen. »Ich befürchte immer, der nahegelegene Jüdische Friedhof könne wieder Ziel einer rechtsextremen Attacke werden«, sagt die Schulleiterin. Vor einem Jahr waren dort über 100 Grabsteine beschädigt und zerstört worden.
Auf die Frage, ob die Schule namentlich erwähnt werden dürfe, antwortete Karla Werkentin stande pede: »Natürlich. Das muß öffentlich gemacht werden.« Ein solch offensives Verhalten im Hinblick auf Rechtsextremismus gepaart mit Engagement für die Durchsetzung demokratischer Grundstandards an der Schule sind nicht die Regel. Noch immer gibt es zu viele Schulleiter und Lehrer, die das Problem Rechtsextremismus entweder verharmlosen, ignorieren oder leugnen. Mitunter verbirgt sich dahinter die Furcht, eine Schule könne durch Bekanntwerden des Vorfalls Imageschäden und den Verlust von Schülern erleiden. Dem steht die langjährige Erfahrung der RAA und des Zentrums Demokratische Kultur entgegen, daß bislang noch keine Schule durch das Offenlegen von Problemen mit rechtsextremen Tendenzen in Verruf geraten ist. Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt eine Reihe Schulen, die Probleme dieser Art beschwiegen oder kleingeredet haben

und durch rechtsextreme Vorfälle irgendwann unfreiwillig ins Licht der Öffentlichkeit geraten sind.
Aber Karla Werkentin weiß nicht nur, wie wichtig es ist, daß Lehrerinnen und Lehrer das Problem Rechtsextremismus als solches wahr- und ernstnehmen, sich umfassend darüber informieren und den Schülern gegenüber klare menschenrechtlich-demokratische Positionen einnehmen. Sie weiß auch, daß das allenfalls der Anfang einer wirksamen Intervention sein kann. Mit Aufklärungsarbeit allein wird man das Problem nicht aus der Welt schaffen können. Notwendig ist die Verständigung über demokratische Werte und eine Ethik, die die Fähigkeit zur Empathie vermittelt. Wobei unter Empathie gewiß nicht distanzlose Einfühlung oder Identifikation zu verstehen ist, sondern die Fähigkeit, die Perspektive zu wechseln und ein auch emotionales Vorstellungsvermögen darüber zu entwickeln, welche Wirkungen »Sprüche« der zitierten Art auf diejenigen haben können, denen durch sie die Würde abgesprochen und Anerkennung und Respekt verweigert werden.

Die Statements der Schülerinnen und Schüler sind Protokollen von Dierk Borstel und Sylke Kirschnick entnommen.

# Die Wiege des mündigen Bürgers ist die Krippe

## Zum Projekt »Demokratie leben in Kindergarten und Schule«

*Sascha Wenzel*

Das Projekt »Demokratie lernen im Elementarbereich« in Eberswalde versucht, mit Experten aus verschiedenen Bereichen – Praktikern, Verwaltungsmitarbeitern, Eltern, Kindern und weiteren Beteiligten vor Ort sowie externen Wissenschaftlerinnen – gemeinsam Modelle zum demokratischen Leben in Kindergarten und Elternhaus zu entwickeln.
In der Vorbereitungsphase ging es im Kern darum, Themen und Aufgaben für ein längerfristiges Projekt *Demokratie leben* zu erkunden. Dies bezog sich gleichermaßen auf eine allgemeine Erörterung *und* die Situation des konkreten Ortes Eberswalde sowie auf die Beteiligung von Externen *und* Praktikerinnen.

Im Ergebnis der Vorbereitungsphase stellen sich sieben Themen- und Aufgabenfelder:

- Die Bedeutung früher Prävention in Auseinandersetzung mit autoritären, fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen zu unterstreichen.
- Zu untersuchen, ob es in Eberswalde neben der unbestreitbaren Notwendigkeit für ein Modellprojekt *Demokratie leben* gute Voraussetzungen für dessen Gelingen gibt.
- Gemeinsame Räume demokratischen Handelns von Kindern, Erzieherinnen und Eltern zu erkennen.
- Besonders auf die Beteiligung von Kinder zu achten, die sich in einer Minderheitenposition befinden, benachteiligt oder unsicher gebunden sind.
- Zu erfassen, welche praktische Unterstützung, Beratung und Qualifizierung die Erzieherinnen auch mit Blick auf die besondere Situation in Ostdeutschland benötigen.
- Die Beteiligung von lokalen und überregionalen Experten aus Praxis, Wissenschaft, Praxisberatung und Verwaltung bei der Projektentwicklung zu sichern, damit das Projekt langfristig mit unterschiedlichen Inputs rechnen und einen Teil des pädagogischen Diskurses an sich binden kann.
- Zu prüfen, inwieweit mögliche Ergebnisse, Verfahren oder Methoden auf andere Zusammenhänge übertragbar sind.

## Der Projektort Eberswalde

Eberswalde, eine Kleinstadt im Nordosten Berlins, teilt eine Reihe von Problemen mit anderen ostdeutschen Kommunen: Plattenbaustadtteile, die durch kontinuierliche soziale Abwärtsentwicklung gekennzeichnet und einen zunehmenden Leerstand von Wohnungen geprägt sind, und die Tatsache, dass viele Eberswalder Bürger die eigenen Zukunftsperspektiven in der Stadt als minimal einschätzen. In der Folge verstärken sich demokratieablehnende, passive Orientierungsmuster. Auf der anderen Seite findet das »Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde« als ein informelles Forum für zivilgesellschaftliches Engagement sehr viel stärkeren öffentlichen und politischen Zuspruch als ähnliche Initiativen in anderen Kommunen. Darüber hinaus hat sich in Eberswalde eine zwar kleine und zerfaserte, aber aktive Landschaft von Vereinen, Selbsthilfe- und Arbeitsgruppen entwickelt, die Bedeutung für die umliegenden Landkreise Barnim und Uckermark hat.
Das dominante Milieu in den Plattenbauvierteln wirkt sich mit einem ausgesprochen destruktiven Anpassungsdruck auf Kinder und Jugendliche aus. Gewalttätigkeiten, Vandalismus sowie eine Verrohung der Sprache und Umgangsweisen sind zunehmend an der Tagesordnung. Angesichts der Fülle an verhaltensauffälligen Kindern fühlen sich viele Erzieherinnen und Lehrerinnen überfordert und hilflos. Sie treffen zudem auf Kinder, die aus Haushalten mit vielfältigen Problemlagen kommen, auf Elternteile, die zu Institutionen eine unüberwindbare Barriere aufgebaut haben und die Erziehung der Kinder den pädagogischen Einrichtungen überlassen. Die Spannbreite der Reaktionen von Schulen und Kindertagesstätten auf diesen Zustand reichen von einem offenen Problembewusstsein bis hin zu Resignation und Rückzug, wobei letzteres mit der schwierigen beruflichen Situation von Erzieherinnen im Land Brandenburg zusammenhängt.[88]

## Zur Struktur des Projektes

Die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Berlin war Träger der einjährigen Vorbereitungsphase. Die Bernard van Leer Foundation, die Lin-

88 Quelle: Susanne Masuch, FU Berlin, Situationseinschätzungen April und Mai 2000

denstiftung für vorschulische Erziehung und die Freudenberg Stiftung förderten das Projekt. Mit dem Beginn des Projektes wurde es zusätzlich durch die Stadt Eberswale und den Landkreis Barnim unterstützt.
Die Vorbereitungsphase bestand aus zwei Projektsträngen: dem sogenannten Praxisteil und einem Workshop-Teil, der Raum für wissenschaftlichen, in jedem Fall aber externen, Diskurs bot. Für beide Teile bestand die Aufgabe, Handlungsfelder demokratischen Lebens im Kindergarten und, etwas später, in der Grundschule zu benennen. Das Ziel einer gemeinsamen Tagung bestand darin, Verknüpfungen zwischen verschiedenen Ideen und Erfahrungen herzustellen und Kooperationen zu verabreden. Diese Struktur sollte es insbesondere den beteiligten Praktikerinnen erlauben, eigenständige Vorschläge zu entwickeln und sich auf einen konstruktiven Dialog mit Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Praxisberatung und Verwaltung einzustellen.

## Was passiert in der Praxis?[89]

Bei der Arbeit mit Kindern geht es darum, ihre besonderen Interessen und Bedürfnisse wahrzunehmen und aufzugreifen. Schulen und Kindergärten müssen Kindern in diesem Zusammenhang die Möglichkeit bieten, die Welt mit allen Sinnen zu erfahren, Entdeckungen zu machen, ihre Vorstellungen von der Welt auszudrücken und zu erweitern. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Erzieherinnen und Lehrrinnen genau wissen, welche Begleitung Prozesse brauchen, deren Verlauf durch die Reaktionen und Ideen von Kindern bestimmt wird.
Es geht nicht darum, Kindern Fertiges zu unterbreiten, sondern mit ihnen zusammen neugierig einen unbekannten Weg zu beschreiten. Dies bedeutet Verunsicherung und Rückschläge, und diese *Unsicherheit muss ausgehalten werden können*. Sich ihr zu stellen, heißt auch, neue Zusammenhänge und Lösungen zu erkennen.
Lehrerinnen und Erzieherinnen, die sich ausschließlich als Lehrende verstehen, verschließen sich den Erkenntnissen von Kindern und den Wegen, auf denen sie ihre Wahrnehmungen vermitteln. Deshalb ist es gerade wichtig, professionelle Pädagogen für ein solches Vorhaben zu gewinnen, es *mit ihnen beginnen zu lassen*, also Situationen zu kreieren, in denen sie gewohnte *Perspektiven wechseln* können, aus Lehrenden Lernende werden. Diese Situationen sind ungewohnt und gefüllt mit provozierenden Materialien. Die Sinne von Erzieherinnen und Lehrerinnen werden geschärft, Neugier und Offenheit geweckt, ihre methodische *Kompetenz*, wie auch ihre innere, menschliche erweitert. Darüber hinaus lernen Lehrerinnen und Erzieherinnen, dass es immer so viele Lösungswege wie Beteiligte gibt. Sie spüren, dass alle Lösungen ihren eigenen Wert haben, jede einzelne akzeptiert werden und in einem gemeinsamen Werk Bestand haben kann. Gerade diese Erfahrung geschieht in einem spannungsreichen Prozess voller *Verhandlungen*, in denen der *einzelne sich und seine Position präsentiert.* Hier benötigen sie Beratung durch einzelne Personen und Unterstützungsagenturen.

89 Quelle: Gudrun Lenz, UNIDO, unveröffentlichtes Projektkonzept, Dezember 2000

# Rezensionen

**»Ungehaltene Reden« mündiger Bürgerinnen und Bürger**
Hildegard Hamm-Brücher (Hrsg.)
München 1999
Deutscher Taschenbuch Verlag

»Die Bürgergesellschaft lebt!«, meint Hamm-Brücher und belegt diese Aussagen mit der Herausgabe eines Buches, in dem 70 Bürgerinnen und Bürger selber zu Wort kommen. Sie formulieren darin ihre Ideen und Wünsche, sprechen von Werten und Tugenden der Demokratie, nennen positive Beispiele des Alltags und kritisieren Schwachstellen. Ihre Forderungen reichen von erweiterten Partizipationswünschen z. B. für Kinder und Jugendliche bis hin zu einer humaneren Migrationspolitik. Viele der Autoren beschreiben in persönlichen Beispielen, was Demokratie im Alltag bedeuten kann und welche Hindernisse ihnen dabei in den Weg gelegt werden.
Der Band enthält eine ganze Bandbreite neuer und alter Ideen, mit denen sich eine Beschäftigung lohnt. Hamm-Brücher ist es zu verdanken, daß zumindest der Versuch gestartet wird, einen Diskurs über die Grundlagen unserer Verfassung, über ihre Stärken und Schwächen zu führen, der nicht alleine von politischen oder gesellschaftlichen Eliten getragen wird, sondern breiteren Raum einnimmt. Es bleibt zu hoffen, daß sich dieser Diskurs entfalten kann und neue Träger findet.

*Dierk Borstel*

**Recherchebroschüre Rechtsextremismus »Uckermark im Jahr 2000«**
Hrsg. AutorInnenkollektiv »Pfeffer & Salz«
Angermünde, Angermünde 2000

Der Rechtsextremismus sei gemessen an den Straftaten 1999 in Brandenburg rückgängig[90], meint der Verfassungsschutz in Brandenburg. Wie wenig die offiziellen Straftatenstatistiken über das tatsächliche Ausmaß rechtsextremer Vorstellungen und Potentiale aussagen, zeigt eindrucksvoll die Broschüre »Uckermark im Jahr 2000«. Durch die Zusammenarbeit verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure wie dem Verein »Pfeffer & Salz«, der RAA Angermünde und der »Opferperspektive Brandenburg« entstand eine Informationsbroschüre, die sich an interessierte Bürger, Wissenschaftler und Experten richtet. In ihr wird aus den unterschiedlichen Perspektiven ein facettenreiches Bild der Formen und Erscheinungen des Rechtsextremismus in der Region vermittelt, welches mit gängigen Klischees aufräumt. So wird deutlich, daß es sich nicht um jugendliche Randgruppen handelt, die zurück in den Schoß einer angeblich antirassistischen Mitte der Gesellschaft geführt werden müssen. Gezeigt wird auch, daß die NPD-Struktur nicht das alleinige Übel ist, welches

90 Vgl. Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg: Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 1999 (Vorabdruck), Potsdam 2000, S. 18

sich einfach »weg«verbieten ließe. Eine weitere Stärke der Studie besteht in der Darstellung der unterschiedlichen Formen des Rechtsextremismus, der Symbole, Ideologiemomente und Codes.
Die Studie zeigt zudem deutlich, daß Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, das gesamtgesellschaftlich bekämpft werden muß. Insgesamt vermittelt die Arbeit ein Bild von dem erschreckenden Ausmaß rechtsextremer Potentiale und ihrer Wirkungen, die nicht länger verschwiegen werden dürfen. Somit sei sie allen Interessierten ans Herz gelegt. Nicht vergessen werden soll, die zivilgesellschaftliche Aktivität der Redakteure hervorzuheben, die mit dieser Informationsdichte die Grundlage geschaffen haben, die es ermöglicht, Gegenstrategien für die Region zu entwerfen.

*Dierk Borstel*

Zu beziehen ist die Broschüre über: Pfeffer & Salz, Postfach 1119, 16272 Angermünde

# Glosse

**Ein Gruß von der Insel**

La Laguna, Oktober 1998

Liebe Sylke,
zwar ist mir die Lust zum Schreiben so gründlich vergangen, daß ich noch nicht eine Postkarte verschickt habe; dennoch sollst Du etwas bekommen: ein Briefchen. Vielleicht sogar für's Bulletin geeignet? Denn dies ist ein Klagelaut aus Teneriffa und damit sozusagen aus der Mitte der deutschen Gesellschaft.
Tatsächlich sind die Kanaren so unwirtlich und langweilig für mich, wie ich sie mir vorgestellt hatte. (Wußtest Du, daß ich eher widerwillig, auf Grund völlig mißglückter Urlaubsplanung, hier gelandet bin?) Ich ahnte schon, daß die Inseln vor allem steinig und wenig grün sind. Aber was man uns die ersten Tage zeigte, waren Lavaberge und Geröllwüsten, die mich nur an eines erinnerten: Tagebau-Abraumhalden, wie wir sie aus der Gegend südlich von Cottbus kennen. (Wieviel Zeit ich diesen Monat in Hoyerswerda verbracht habe, vor dem Urlaub und jetzt hier ...)
Ein Vorurteil allerdings hat sich am ersten Tag zerschlagen und bis heute nicht wieder erneuert: daß hier alle deutsch sprächen wegen der vielen Touristen. Eine Million Deutsche soll es pro Jahr hierhin ziehen, und entsprechend ist am Flughafen alles deutsch, dann englisch und zuletzt erst spanisch beschriftet. Dennoch hat mir in den Orten mein kleiner Spanisch-Kurs, begonnen vor zehn Tagen mit der Reise, schon mehr genutzt als all mein Englisch, von Deutsch ganz zu schweigen. Wie angenehm! Die Leute verstehen auch anders und kommen dir etwas rauh, aber aufmerksam entgegen.
Allerdings sehe ich nicht allzuviel von ihnen – denn ich bin in eine Wanderreise geraten, und das bedeutet Aufstehen vor Tag, Frühstücken zu deutscher Zeit und dann Bergsteigen, Wandern und Absteigen (in dem graubraunen Geröll, nicht etwa in den berühmten Lorbeerwäldern), bis man abends wieder lange vor den Canarios irgendwo zu Abend ißt. Zu Anfang habe ich mich doch über die »nachts« (zwischen 12 und 2 Uhr) laut schwatzenden Spanier nebenan gewundert. Aber ich mußte ja am Morgen um sieben/halb 8 wieder 'raus (und das mir!). Deutschland all over Canaria!

Mittlerweile – bei dem Versuch, unsere Anschlußwoche zu organisieren – geht mir das schlechte Englisch der Canarios doch etwas auf die Nerven. Ich bestätige hier meine schon früher gemachte Erfahrung, daß Spanier nur spanisch reden. Ja, Spanier. Das Merkwürdigste an diesen Inseln ist nämlich der Umstand, daß von den Guanchen, den Einwohnern vor der Kolonialisation (vermutlich gab es vor der Zeitenwende andere, aber das ist noch unklarer), nur wenige Spuren existieren – museale wohlgemerkt. Ich habe es nur gehört, sehen werde ich, hoffentlich, erst morgen eine. (Das ist ja eine Wanderreise, keine Zeit für Zivilisations- und Landeskunde!) Angeblich haben sie sich alle mit den Spaniern vermischt, und deswegen gibt es keine mehr. Eine andere parawissenschaftliche Analyse behauptet, de facto wären fast alle Canarios Abkömmlinge der Guanchen, doch die spanische Sklavenhalterei und Assimilationspolitik habe zur frühzeitigen Verleugnung der Wurzeln geführt. Entsprechend variieren die Beschreibungen des Typos von »negroid« bis »groß und hell- bis rothaarig« (eine aufregende Kombination, die ich in der Tat in den ersten Tagen einmal getroffen habe!). In jedem Fall gibt es Bezüge zu den Berbern, ganz eindeutig sprachliche und kulinarische. Dies Archipel ist also nicht nur auf gleicher Höhe mit der Sahara, sondern auch von Nordafrika aus – vermutlich – besiedelt worden. Und einige Busfahrer auf Gomera beherrschen noch das Silbo, die alte Pfeifsprache, mit der man sich über die Berge verständigen konnte. Deutsch allerdings sprechen hier nur die Deutschen, deren Fincas, Restaurants und Naturkostläden uns immer wieder gezeigt werden. Ich weiß nicht, was die hier finden, aber es gibt berühmte Aussteigerorte deutscher Hippies und Geschäftsleute auf Gomera und La Palma, angesichts derer ich mich frage, wieso es für die Aussteiger aus der Sahara in Deutschland so schwierig ist.

Ja, liebe Sylke, wenn man mit so einer deutschen Gruppe reist, kann man aus dem Alltäglichen doch nicht recht aussteigen und muß sich allerlei anhören, über das man zwei Wochen im Jahr einmal nicht streiten wollte. Ich sage nur »Türkenkinder« und »Japaner«. In meinem Ärger habe ich mir eine Liste gemacht, ähnlich der Opferliste rechter Aktivitäten aus Eurem Bulletin, um es zu kanalisieren und mich einfach nicht aufzuregen. Über wen darf man als friedfertiger, wohlmeinender, gebildeter Bürger spotten oder Klischees verbreiten? Dazu muß ich sagen, daß die Gruppe ungemein nett und solidarisch ist (obschon mich ein Erlebnis an DDR-Zeiten erinnerte und fast bewog zu sagen: eher kameradschaftlich als solidarisch – denn das letztere bedeutet für mich eine ausdrückliche Akzeptanz der Individualität). Die Leute haben alle mittlere oder akademische Bildung, allerdings eine Kunstphobie, scheint mir, denn man spottet freundlich über mich als »Kunstken-

nerin«, weil ich öfter Bücher lese (obwohl keiner weiß, welche ...). Ich schäme mich sogar, mich über so nette Leute zu ärgern, die auch viel Gutes, Moralität im besten Sinne und Lebensfreude ausstrahlen. So gibt es zum Beispiel zwei Ehepaare, die um die 30 Jahre verheiratet sind und täglich eine warmherzige hurmorvolle Liebe füreinander spüren lassen. Wunderbare Menschen, und gerade deshalb tut mir die Klischeepflege in dieser Mitte unserer Gesellschaft so weh. Die geht so (in zeitlicher Reihenfolge):

1. Am ersten Abend die *Raucher*. Man entsann sich mit Widerwillen und nimmermüdem Erstaunen mitwandernder Genossen früherer Reisen, die rauchten und von denen es unter uns »glücklicherweise« keine gibt. Ich widerstand dem Drang, sofort Zigaretten zu kaufen. (Hatte ich Dir erzählt, daß ich erst in den USA angefangen habe, gelegentlich zu rauchen? Es war die einzige Möglichkeit, in diesem Land offiziellen Nichtrauchens auszubrechen und sich einen Moment lang Schwierigkeiten zu machen – es gibt kaum Raucherecken. Allerdings ist in den USA das System rigide und die Gesellschaft tolerant, bei uns eher umgekehrt. Wie in der Asylpolitik, scheint mir.) Ganz leise hat Tage später einer angemerkt, er wäre nicht so gegen die Raucher, denn er selbst hätte früher ja auch ... Das ging unter im allgemeinen Unmut über das Ausmaß von Raucherecken. Als witzigen Kontrapunkt empfand ich, daß die Reiseleiterin uns dennoch in Los Llanos die Zigarettenfabrik gezeigt hat: Reyno wird hier produziert, mit Gruß an Bernd von mir!
2. Unvermeidlicherweise »outete« sich am gleichen ersten Abend ein *Vegetarier*, und man fiel augenblicklich mit ernährungswissenschaftlichen Vorträgen über ihn her. Da alles richtig ist, wie ich fleischfressende Pflanze bestätigen muß, wird es regelmäßig wiederholt, so daß der junge Mann schon sehr ins Schwanken geraten ist. Zuhaus will er dann wohl doch etwas Fisch gelegentlich genießen. Bislang allerdings »verzichtet« er noch ...
3. Das dritte ist sicher kleinlich: Es geht um Franzosen (nicht mit mir!) und das karge *französische Frühstück*. Trotz Europäischer Union und internationalen Reiseverkehrs wird es immer noch in französischen Hotels angeboten, eine Zumutung, wie ich höre. Da habe ich diskutiert, aber ich konnte nicht überzeugen, da mir doch schon das Baguette zum Kaffee am Morgen zuviel ist. Und was gleich dazu gehört, ist die täglich auf's neue erfahrbare Unsitte der Spanier, zusammen zu essen und gemeinsam zu zahlen. Die Gruppe bemüht sich seit zwei Wochen tapfer, kanarische Kellner zum Separat-Abkassieren zu erziehen, und deren Schwerfälligkeit erzeugt dann die seltenen Momente, in denen die Leute doch mal Geduld und Urlaubsleichtigkeit verlieren. Wenn schon EU, dann nach deutschem Rezept und Prinzip!
4. Das alles hab ich geschluckt. Das erste Mal wirklich richtig bedrückt war ich bei der lustigen Geschichte vom Autoverkauf. Du ahnst schon, es geht um Zigeuner bzw., da hier in der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft alles ›politisch korrekt‹ formuliert wird, um Leute, die »so aussahen«, denn man »wußte ja nicht, ob es *Sinti oder Roma* waren, obwohl sie sich als Bosnier ausgaben«(!). Die Geschichte war halbkriminell und hatte den gewünschten Lach- und Lernerfolg (verkaufe dein Auto nie an Anrufer vor acht Uhr und ohne deutsche Dokumente). Die Gefahr liegt ja immer in der Verknüpfung authentischer Erfahrung mit dem wohlmeinenden, ›politisch korrekt‹ verorteten Vorurteil; und gerade die Menschenfreundlichkeit des Ganzen hat mich so bestürzt. Im gleichen Genre mit anderem Thema ist mir natürlich auch »Mehmet« mit seinen Eltern* nicht erspart geblieben. Das war gestern, und ich habe nicht gestritten, sondern wollte nur noch weg.
5. Vor Mehmet aber kamen die Türkenkinder, und das fand ich schon nicht mal mehr scheinbar politisch korrekt, selbst wenn es um Läuse geht, mit denen eine kinderreiche Familie jeden Jahrgang einer ganzen Schule bestückte. Die *Türkenkinder* zeichnen sich durch renitente Eltern aus, die der Hygiene und den Mitschülern gleichgültig gegenüberstehen; und da sehen wir wie bei Mehmet, daß in der türkischen Familie Eltern für ihre Kinder und umgekehrt haften (sollten).
6. Ich würde gern aufhören, aber jetzt kommt ein Stich von der Seite, zum Thema Häuslebau: In den *neuen Bundesländern* nämlich (auch beim »Schwätze« immer politisch exakt) »lassen die sich arbeitslos melden und bauen dann so in fünf Jahren ihr Haus. Und da wundern sie sich, daß sie von uns kein Geld mehr kriegen.« Obwohl mir die Spucke wegblieb (es war in 1500 m Höhe), habe ich etwas gesagt und den Rest des Tages gehofft, ich hätte da einfach etwas total falsch gehört.
7. Irgendwann bekamen auch die *Dicken* ihr Fett weg – zum Glück ist keiner unter uns. Und nachdem man sich vergewissert hatte, daß die beschriebenen fetten Kinder auch andere unschöne Charakterzüge hatten, stimmte man allgemein erleichtert ins Gelächter über die Mobbing-Geschichten ein.
8. Und da sind wir nicht weit von dem immer wiederkehrenden Thema *Strand- und Busurlauber*. Also, das ist »das letzte«. Immerhin geben sie täglich Stoff zum Mokieren, obwohl sie völlig abwesend sind (wir treffen sie ja nie). Mich hat dies mehr verwundert als verärgert, als wären die Wanderer nicht mit sich zufrieden. Jedenfalls habe ich nie erlebt, daß Neckermann-Reisende sich darüber erregen, wie andere Leute Urlaub machen.
9. Die allerletzte Bemerkung, liebe Sylke, gilt natürlich den *Japanern*. Obwohl wir wissen, daß sie nur 14 Tage Jahresurlaub haben, sind sie immer mal ein gutes Ziel für freundlichen Spott. Wir haben hier keine getroffen, es ist also rein fiktive Kritik; und deshalb als Zugabe noch ein Schlag aus der Arbeitswelt: »Die sind so unselbständig, wie Kinder. Da muß immer einer daneben stehen, sonst kriegen die nichts zustande.« Das sehen wir ja allerorten.

* Im Sommer 1998 wurde der Fall des 13-jährigen »Serienstraftäters Mehmet« aus München und die ihm anstelle einer Jugendstrafe in Deutschland drohende Ausweisung intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert. Seine Eltern sollten aufgrund der kriminellen Vergangenheit ihres Sohnes mit ausgewiesen werden, konnten dies jedoch verhindern. Mehmet wurde tatsächlich in die Türkei zu einem ihm unbekannten Verwandten abgeschoben, sobald er 14 Jahre alt und damit strafmündig geworden war.

Ich habe die Liste abgeschrieben, liebe Sylke, und hoffe, sie erfährt nicht morgen, am letzten Tag, eine weitere unglückliche Ergänzung. Was ich noch hinzufügen muß, ist der Kontrapunkt: wieso ich es hier ausgehalten habe, abgesehen von Trägheit und Inkonsequenz. Immerhin war es ja für mich nicht so leicht, als Individualistin (ich bin hier sogar einmal allein essen gegangen!!) in der Gruppe Stand zu bekommen. Einerseits waren die Leute, wie schon gesagt, sehr nett und hilfsbereit ohne Ansehen der Person. Zum anderen jedoch hatten wir großes Glück mit der Reiseleiterin, die Individualität akzeptiert und auch in Bezug auf's Programm gelegentlich ermöglicht und unterstützt hat. Sie ist eine sehr integrierende und vielseitige Person mit interessanter eigener Geschichte, aus der DDR geflohen und hat im Ausland gelebt. Und von Beruf ist sie, Du wirst es nicht glauben oder gerade doch, Lehrerin! (Aber natürlich hat auch sie gern mal einen Asylanten- oder Japanerinnenwitz gemacht.)
Also kein rechter Urlaub bis hierhin, und nicht mal perfekter Abstand von Arbeit und monokulturellem Alltag. Denn wenn Du etwas über die Integration in der deutschen Gesellschaft wissen willst, schau Dir die Urlaubsziele an: keine Griechen oder Türken hier, keine Schwarzen in den Reisegruppen (auch nicht aus England oder Frankreich). Ein karges Land, wie eingangs geschrieben, auch hinsichtlich der Touristenströme. Ich suche mir eine richtige Insel!

Bis dato liebe Grüße von Britta

*Britta Kollberg*

# Service: Adressen

**Berlin**

RAA Berlin
Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e. V.
Chausseestr. 29
10115 Berlin
Tel.: 49 (030) 282 30 79
Fax: 49 (030) 238 43 03
e-mail: info@raa-berlin.de
http://www.raa-berlin

Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus, Jugendgewalt, Neue Medien
Chausseestr. 29
10115 Berlin
Tel.: 49 (030) 28 39 12 65
Fax: 49 (030) 28 39 12 64
e-mail: info@zdk-berlin.de
http://www.zdk-berlin.de

Amadeu Antonio Stiftung – Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur
Chausseestr. 29
10 115 Berlin
Tel: 49 (030) 28 39 05 43
Fax: 49 (030) 238 43 03
e-mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de

ARiC Berlin e. V.
Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum
Chausseestr. 29, 10115 Berlin
Tel.: 49 (030) 30 87 99–0
Fax: 49 (030) 30 87 99 12
e-Mail:ARIC-BERLIN@IPN-B.comlink.apc.org
http://www.ipn.de/aric

»Anti-Defamation Forum« e. V.
Jüdisches Forschungs-, Dokumentations- und Kommunikationszentrum
Oranienburger Straße 31
10117 Berlin
Tel.: 49 (030) 283 65 52
Fax: 49 (030) 282 98 69
e-mail: ADFBerlin@aol.com

AntidiskriminierungsBüro Berlin
im Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalderstr. 4
10405 Berlin
Tel/Fax: 49 (030) 20 42 511

Bündnis gegen Rechtsextremismus- für ein solidarisches Treptow
Rodelbergweg 6
12437 Berlin
Tel./Fax: 49 (030) 532 89 22

Antifaschistische Aktion Berlin
Engeldamm 68
10179 Berlin
Tel: (030) 27 56 07 56
Fax: (030) 27 56 07 55
Internet: www.antifa.de

Antirassistische Initiative Berlin
Yorckstr. 59
10965 Berlin
Tel.: 49 (030) 785 72 81
Fax: 49 (030) 786 99 84
e-mail: Art-@VIBerlin.comlink.de

Antifa – Treptow
Bund der Antifaschisten e. V.
c/o Begegnungsstätte »pro«
Kiefholzstr. 275
12437 Berlin
Tel./Fax:49 (030) 532 86 44
http://www.treptow.de/antifa.htm

Bund der Antifaschisten
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus
c/o DGB Jugend- und Kulturetage im Olof Palme Jugendzentrum
Brunnenstr. 125
13355 Berlin

Initiative gegen Rechtsextremismus Lichtenberg
Kontakt über: Giyasettin Sayan
Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Reistrommel e. V.
Beratungszentrum für ausländische MitbürgerInnen
Rhinstr. 139
Haus 1
10315 Berlin
Tel.: 49 (030) 549 57–447
Fax: 49 (030) 549 57–448

Gesellschaft zur Förderung angewandter Jugendforschung (GFAJ e. V.)
Immanuelkirchstr. 8
10405 Berlin
Tel: (030) 442 80 32
Fax: (030) 442 70 93

Iskra e. V. – Verein zur Förderung selbstgestalteter Jugendkultur
Engeldamm 68
10179 Berlin

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
Gneisenaustr. 2a
10 961 Berlin

## Brandenburg

RAA Brandenburg e. V.
August-Bebel-Str. 88
14482 Potsdam
Tel: 49 (0331) 747 80–0
Fax: 49 (0331) 747 80 20

Opferperspektive
c/o RAA
August-Bebel-Str. 88
14482 Potsdam
Tel: (0171) 19 35 669

Bildungsoffensive 2000
Projekt des demokratischen
JugendFORUM e. V.
Breitscheidstr. 43a
16321 Bernau

Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt
Bahnhofstr. 45
03046 Cottbus
Tel: (0172) 75 85 772

Jugendbündnis »Aktion Noteingang«
c/o Dosto
Breitscheidstr. 43a
16321 Bernau
Tel/Fax: (03338/5590)
noteingang@bernau.net

RAA Angermünde
Berliner Str. 72
Haus II
16278 Angermünde
Tel: 49 (03331) 252 20 80
Fax: 49 (03331) 252 20 80
e-mail: raa-ang@jpberlin.de

RAA Belzig
Niemöllerstr. 66
14 806 Belzig
Tel: 49 (033841) 31 81 0

RAA Eberswalde
Am Bahnhof Eisenspalterei
16 225 Eberswalde
Tel/Fax: (03334) 28 54 87

RAA Lübbenau
Straße des Friedens 3a
03222 Lübbenau
Tel/Fax: 49 (03542) 39 58

RAA Forst
Richard-Wagner-Str.37
03149 Forst

RAA Frankfurt/Oder
Große Oderstr. 26/27
15230 Frankfurt/Oder
Tel/Fax: 49 (0335) 552 40 66

»Für ein tolerantes Eberswalde«
Netzwerk gegen Gewalt,
Rechtsextremismus
und Fremdenfeindlichkeit
c/o Ausländerbeauftragte
Kreisverwaltung Barnim
Rudolf-Breitscheid-Str. 36
16225 Eberswalde
Tel: (03334) 214 866
Fax: (03334) 23 97 60

Antifaschistische Jugend Brandenburg
Hauptpostamt
Postfach 15 37
14 731 Brandenburg a. d. Havel

RAA Strausberg
Europäische Kinder-und
Jugendbegegnungsstätte »Brücke«
Rosa-Luxemburg-Str. 9
15344 Strausberg

RAA Storkow
Friedensdorf 11
15859 Storkow
Tel/Fax: 49 (033678) 711 46

RAA Wittenberge
Schulplatz 4/5
19322 Wittenberge
Tel/Fax: 49 (03877) 60 76 2

## Mecklenburg-Vorpommern

RAA Rostock
Wendenstr. 7
18055 Rostock
Tel.: 49 (0381) 459 10 02
Fax: 49 (0381) 459 10 02

RAA Schwerin
Körnerstr. 17
19055 Schwerin
Tel/Fax: 49 (0385) 56 30 30

RAA Waren
Lange Str.17
17192 Waren/Müritz
Tel: 49 (03991) 66 70 44
Fax: 49 (03991) 66 70 43

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern
c/o Büro der Ausländerbeauftragten
Fiesenstr. 29
19059 Schwerin
Tel./Fax: 49 (0385) 743 42 04

## Sachsen-Anhalt

Bund der Antifaschisten/Antifa Halle
Große Klausstr. 11
06108 Halle
Tel.: 49 (0345) 202 12 79
Fax: 49 (0345) 202 12 79

Arbeitskreis Antifaschismus
c/o Blaue Welt Archiv
Uhlandstr. 8
39108 Magdeburg

## Sachsen

Flüchtlingsrat Sachsen e. V.
c/o Ausländerrat Dresden
Heinrich-Zille-Str. 6
01219 Dresden
Tel.: 49 (0351) 471 40 39
Fax: 49 (0351) 471 40 39

RAA Hoyerswerda
Straße des Friedens 27
02977 Hoyerswerda
Tel.: 49 (03571) 416 072
Fax: 49 (03571) 924 047

Bündnis gegen Rechts Leipzig
Postfach 54
04251 Leipzig

Sächsische Arbeitsstelle für Schule und Jugendarbeit
Hohenthalplatz 2a
01067 Dresden
Tel: 49 (0351) 490 68 67

## Thüringen

Verein für Arbeitnehmerbildung
DGB-Bildungswerk Thüringen e. V.
Juri-Gagarin-Ring 150
99084 Erfurt
Tel.: 49 (0361) 596 13 94
Fax: 49 (0361) 596 12 46
e-mail: dgbbwt@t-online.de
http://www.dgb-bwt.com

Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/Antifaschismus Thüringen
c/o Bildungswerk Thüringen e. V.
Juri Gagarin-Ring 150
99084 Erfurt
Tel.: 49 (0361) 659 98 0
Fax: 49 (0361) 659 98 99

**Die Adressen wurden der ARiC-base-Adreßdatenbank entnommen. Sie enthält 3000 Datensätze für Berlin und Neue Bundesländer. Programm und Anleitung sind auf Diskette zum Preis von 59,00 DM plus Versandkosten zu beziehen bei:**
**ARiC Berlin e. V.**
**Chausseestr. 29**
**10115 Berlin**
**Fon: 030-30 87 99-0,**
**Fax: 030-30 87 99 12**
**E-Mail:ARIC-BERLIN@IPN-B.comlink.apc.org**

# Im Angebot

Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, Rechtsextremismus, Jugendgewalt, Neue Medien

**Bulletin 1/1997** *vergriffen – bald als pdf-Datei*
Kulturelle Hegemoniebestrebungen Rechtsextremer in der Jugendszene.
Dokumentation; enthält Chronik rechtsextremistischer Vorfälle NBL 1996
Freiwillige Schutzgebühr: 5,00 DM + Versandgebühr

**Bulletin 2/1997** *vergriffen – bald als pdf-Datei*
Rechtsextreme Militanz – kulturelle Hegemonie – Rechtsextreme in den Neuen Medien
enthält Chronik rechtsextremistischer Vorfälle NBL Januar bis März 1997
Freiwillige Schutzgebühr: 5,00 DM + Versandgebühr

**Bulletin 1/1998** *vergriffen – bald als pdf-Datei*
»National befreite Zonen« – Vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung
enthält Chronik rechtsextremistischer Vorfälle NBL April bis Juli 1997
Freiwillige Schutzgebühr: 5,00 DM + Versandgebühr

**Bulletin 2/1998**
»Die Rechten in Berlin oder wie sich Ost und West ergänzen«
enthält Chronik rechtsextremistischer Vorfälle NBL Januar bis März 1998
Freiwillige Schutzgebühr: 5,00 DM + Versandgebühr

**Bulletin 3/1998**
Rechtsextremismus heute.
Eine kurze Einführung für Lehramt, Verwaltung, Polizei, Justiz und soziale Arbeit
Freiwillige Schutzgebühr: 5,00 DM + Versandgebühr

**Bulletin 4/1998**
Handeln für mehr Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus – Möglichkeiten der Intervention

**Bulletin 1/1999**
Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen

**Bulletin-Sonderausgaben:**
Chronik rechtsextremer Vorfälle in den neuen Bundesländern 1997.
Chronik rechtsextremer Vorfälle in den neuen Bundesländern 1998.
Bernd Wagner:
Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Studie.
Freiwillige Schutzgebühr: 5,00 DM + Versandkosten

Das Bulletin kann bestellt werden beim
Zentrum Demokratische Kultur, Rechtsextremismus,
Jugendgewalt, Neue Medien
Chausseestr. 29, 10115 Berlin
Fax: 030–28 39 12 64
e-mail: info@zdk-berlin.de
www.zdk-berlin.de

Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus, Jugendgewalt, Neue Medien

Chausseestraße 29
10115 Berlin
Telefon +49 (030) 28 39 12 65 und 28 39 15 32
Fax (030) 238 43 03
e-mail:info@zdk-berlin.de
www.zdk-berlin.de